

# Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für  
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner  
Klaus Harpprecht  
Johannes Rau  
Carola Stern  
Hans-Jochen Vogel

# Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz  
(Chefredakteur)  
Norbert Seitz  
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer  
Tilman Fichter  
Eve-Marie Kallen  
Christine Pries  
Hans-Joachim Schabedoth  
Uli Schöler  
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler  
Jürgen Burckhardt  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Horst von Gizyeki  
Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reinhard Höppner  
Reimut Jochimsen  
Tomas Kosta  
Ferdinand W. Menne  
Thomas Meyer  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen  
Richard Schröder  
Wolfgang Thierse

**10** 1994  
41. Jahrgang

867 Editorial

## **Thema I: Wohin die Linke geht**

- 869 JACQUES DELORS  
Kurshalten in einem Europa  
des Umbruchs
- 876 FRANZ VRANITZKY  
Die Vision von der Neuordnung  
Europas
- 883 RUDOLF SCHARPING  
Reformpolitik für Deutschland
- 892 REGINE HILDEBRANDT  
Über die Zukunft von Familien  
und Kindern
- 897 GÜNTER VERHEUGEN  
Außenpolitik als globale  
Innenpolitik

## **Thema II: Wer treibt die Union wohin?**

- 904 WOLFGANG SCHROEDER  
Führungsprofile in der CDU
- 912 MARGARITA MATHIOPOULOS  
Kohls neue Bundesrepublik
- 925 FRANZ SOMMERFELD  
Juniorchef Schäuble kämpft  
um die Zukunft
- 929 DIETMAR SCHILLER  
Geschichtspatriotismus als  
nationale Sinnstiftung
- 934 EBERHARD MOTHS  
Ökologische Marktwirtschaft –  
eine zeitnahe Form  
von Selbsttäuschung

## **Kultur**

- 940 MEINHARD RAUCHENSTEINER  
Einsam wie Elias Canetti
- 942 RÜDIGER GÖRNER  
Nietzsche und der Wille zur Macht
- 946 GABRIELE RÖTHEMEYER  
Filmforum

## **Kritik**

- 948 CHRISTIAN JÜRGENS  
Bilderverbot
- 951 LUTZ RATHENOW  
Anwalt zwischen Ost und West
- 953 CARL-WILHELM MACKE  
In Freundschaft zugeneigt
- 955 JOHANO STRASSER  
Macht und Moral
- 957 FRANZISKA FITTING  
Dem Treibhauseffekt erlegen
- 960 Zu den Autorinnen und Autoren
- 960 Impressum

Titelfoto: JOKER/Rainer Steußloff

Da wir in unserem Novemberheft die Resultate der Bundestagswahl berücksichtigen wollen, bitten wir unsere Leser um Verständnis, daß sich die Auslieferung um wenige Tage verzögern wird.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Loseblattzeitschrift »Der Reden-Berater« oder »Die besten Reden von A-Z«, Bonn, bei.

Die Siege Stolpes und Biedenkopfs waren fulminant, die Niederlagen der jeweiligen Opposition auch. In einer Landschaft mit schütterten Parteibindungen und der Sehnsucht nach überlebensgroßen Führungsfiguren signalisieren diese Wahlergebnisse nur einen einzigen Trend: Die FDP könnte eines sanften Todes sterben. Der Kontrast zwischen dem Fatalismus der alten liberalen Fahrensleute und den beflissenen optimistischen Prognosen der liberal-konservativ gestimmten Meinungsforschungsinstitute ist fast rührend. Aber er ist verständlich: Kippt die FDP, geschieht das Udenkbare – Kohl wäre nicht mehr Kanzler. Und da nicht sein kann, was nicht sein darf . . .

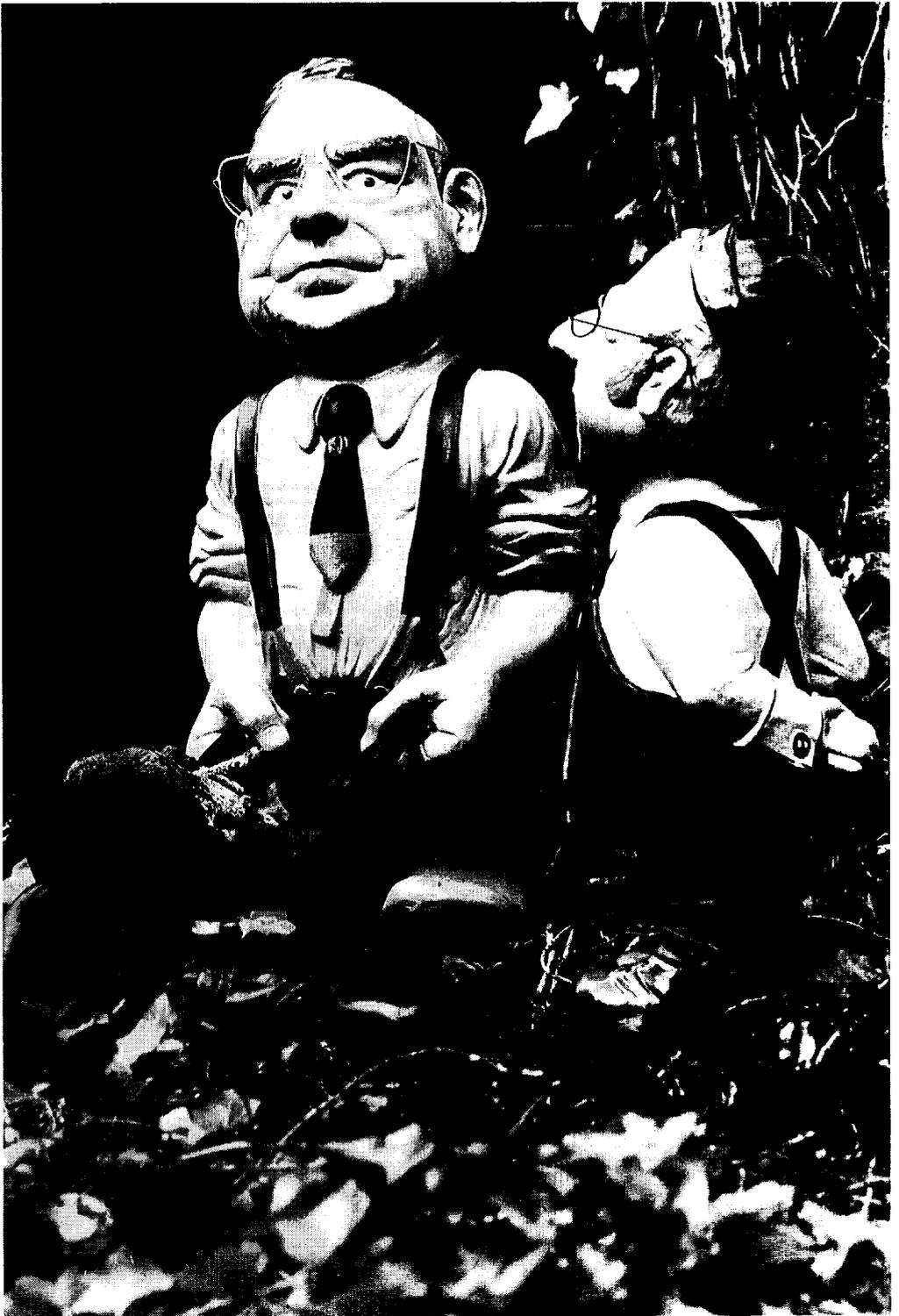
Die FRANKFURTER HEFTE blicken in ihrer Oktober-Ausgabe über den Wahltag vom 16. hinaus. Wir beschäftigen uns diesmal mit zwei *Clustern*, Themenkomplexen, mit der Zukunft der Linken und Rechten. Zum eigenen Biotop: Mit Jacques Delors und Franz Vranitzky haben wir zwei Leitfiguren der modernistischen, libertären europäischen Linken als Autoren gewonnen. Einen aus dem Kreis der Gründernationen der Europäischen Union, einen aus den EFTA-Staaten. Für die deutsche Sozialdemokratie argumentieren ihr Vorsitzender und Kanzlerkandidat, der präsumtive Außenminister Verheugen und die Verkörperung des Gerechtigkeits-themas, Regine Hildebrandt. Die fünf Essays erheben nicht den Anspruch, eine neue Programmatik der europäischen Linken zu formulieren; sie zeigen aber die antinationalistische, ökologische, strikt marktwirtschaftlich orientierte, einen finanzierbaren Sozialstaat anstrebende Perspektive der sich erneuernden Sozialdemokratie. *Tony Blair*, der neue Labour-Führer, fehlt noch in unserer Sammlung. Wir werden ihn bald ausführlich zu Wort kommen lassen.

Die Auseinandersetzung mit dem fremden Biotop der Rechten ist zänkischer. Neblich. Margarita Mathiopoulos, sicherlich keine Linksradikale, versucht einen (gut überlegten) Rundschlag. Der Titel dieser Abteilung zitiert eine berühmte Auseinandersetzung aus den Sechzigern. Jaspers fragte: »Wer treibt die Bundesrepublik?« Der Politologe Newman frag

zurück: »Wer treibt die Bundesrepublik wohin?« Die Schlüsselfigur unserer »Geschichte« ist selbstverständlich der Hydrauliker der Union, Wolfgang Schäuble: Wird er, in dem versterben Wunsch, den Rechtspopulismus im eigenen Verein zu halten, die nationalkonservative Karte überreizen? *Oh god, nobody knows the trouble you've seen*. Wir plädieren allerdings für Distinktionsfähigkeit. Wahlkampf ist Wahlkampf, aber intellektuelle Präzision bleibt selbst mitten im Fluß, mitten in der Kampagne nötig. Das »Kerneuropa-Papier« Schäubles (das in Wahrheit von dem rheinischen Adenauer-Adepten Lamers stammt) ist nicht »nationalistisch«. Es ist eher der (vielleicht mißglückte) Versuch, zum (unvollkommenen) europäischen Bundesstaat zurückzukommen. Man kann es drehen wie man will: Die deutsche Schlaumerei, man könne (nach 1989) die Europäische Union gleichzeitig »vertiefen« und »erweitern«, wird kläglich scheitern, genauso wie alle gutgemeinten paneuropäischen Visionen. Wer das ganze geographische Europa integrieren will, landet – unwillentlich, aber unweigerlich – bei einem Europa der Nationalstaaten. Auch die schönste Wahlkampfstimmung rechtfertigt es nicht, diese schmerzhaften Selbstverständlichkeiten zu unterdrücken. Schäuble hat einen dicken Fehler gemacht, als er vom deutschen Eismareckturn aus darüber zu spekulieren begann, wer zum Kern der Europäischen Union gehören könne und wer nicht. Das muß nach objektiven Kriterien entschieden werden, nicht nach Sympathie/Antipathie. Aber das Thema der *Cluster*-Bildung in Europa ist nicht nur unvermeidbar, sondern auch nötig.

Die Redaktion begrüßt noch einmal ihre neue Kolumnistin, die Filmkritikerin *Cäcile Röthemeyer* aus Hamburg. Wir teilen mit, daß wir die »Kerneuropa-Debatte« gegen Ende des Jahres weiterführen werden; fundierte Einwendungen wären willkommen. Im übrigen sind wir entschlossen, die Ideen und die Dummheiten der Kampagne '94 schonungslos zu analysieren. Fünf Millionen Arbeitslose, hundert Milliarden Aufwand für Zins und Tilgung, als zentrales Thema aber die *Linis-Front* – die Deutschen, so scheint es, haben nicht alle auf dem Zaun.

Peter Glutz



Deutsche Idylle

Foto: dpa/Gerten

## Thema I: Wohin die Linke geht

JACQUES DELORS

### Kurs halten in einem Europa des Umbruchs

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der europäische Kontinent in Bewegung geraten. Die Gefahr eines nuklearen Holocaust ist geringer geworden, während gleichzeitig regionale Konflikte für mehr Instabilität sorgen. Ein Ende dieses Prozesses ist noch nicht abzusehen. Es gibt neue Risiken, aber im gleichen Maße auch neue Chancen. Natürlich können wir die Risiken des Umbruchs nicht leugnen. Das Beispiel Jugoslawien zeigt, wie ethnische Spannungen wiederaufleben und Völker, die über lange Zeiträume friedlich zusammengelebt haben, in Kriege verwickeln können. Der wirtschaftliche Umbau Mittel-, Ost- und Südosteuropas, vor allem aber in der ehemaligen Sowjetunion, geht nur langsam voran und ist mit starken sozialen Spannungen, der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und mit Ungewissheiten über künftige politische Orientierungen verbunden. Patriotismus kann eine starke Kraft sein, um solche schwierige Situationen zu ertragen und zu meistern. Aber Patriotismus kann in einen extremen Nationalismus umschlagen. Dies gilt vor allem in neuen Staaten, die noch keinen inneren Halt gefunden haben und deshalb häufig versucht sind, ihre nationale Identität auf Kosten des Nachbarn zu festigen. Angesichts vielfach umstrittener Grenzen und einem ausgeprägten Minderheitenproblem in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie im Bereich der ehemaligen Sowjetunion kann sich dies zu einem explosiven Gemisch entwickeln.

Als Folge seiner geographischen Lage und seines geschichtlichen Erbes richtet Deutschland seinen Blick nach

Osten. Frankreich und die südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sorgen sich ihrerseits über die Entwicklung im Süden. Allein in den Maghreb-Staaten wächst die Bevölkerung bis zum Jahr 2020 auf über 100 Millionen Menschen an; in sämtlichen Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres wird sich die Bevölkerung auf 400 Millionen verdoppeln. Gleichzeitig vergrößert sich mit dem Erstarken des Fundamentalismus das politische Gefährdungspotential in diesen Staaten.

Ich bin davon überzeugt: Wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder rechtzeitig zu fördern, werden die Ideologien des Fremdenhasses, der Ausgrenzung Andersdenkender und der Technologiefeindlichkeit weiter Auftrieb erlangen. In einer Welt, in der unverantwortliche Führungsexportpolitiken vieler Staaten den Einkauf schwerer Waffen zu einem Kinderspiel machen, kann eine derartige Entwicklung rasch zu bewaffneten Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen mit immensen Verlusten führen. Auch die Zuwanderung aus diesem Raum wird zunehmen. Sie kommt zu dem hinzu, was wir aus dem Osten zu erwarten haben.

Um diese Risiken zu kontrollieren, habe ich mich stets für eine starke und handlungsfähige Gemeinschaft ausgesprochen, die den politischen Willen zu einer mutigen und wirkungsvollen Politik besitzt. Nur Stärke, wirtschaftlich und politisch, erlaubt uns Großzügigkeit nach Osten und nach Süden.

Stärke ist auch erforderlich, wenn wir im internationalen Wettlauf um neue Technologien, Innovationen und damit

um Arbeitsplätze mithalten wollen. Es geht darum, unserer Wirtschaft nicht in ständig wiederkehrenden Anpassungskrisen, die auch noch unser politisches Handeln lähmen, die Wettbewerbsfähigkeit zu nehmen.

### Den Binnenmarkt absichern

Als ich 1985 meine Aufgabe in der EG-Kommission übernahm, setzte ich alles daran, der Gemeinschaft ein konkretes Ziel zu geben, das den Vorgaben der Römischen Verträge entsprach und bei entsprechendem Willen politisch realisierbar war. So entstand mein Weißbuch zur Verwirklichung des Binnenmarktes. Für mich war die Vollendung des Binnenmarktes stets die Grundvoraussetzung, um die wirtschaftlichen Kräfte umfassend freizusetzen und um sicherzustellen, daß die Gemeinschaft im sich rasch entwickelnden internationalen Wettbewerb wirklich mithalten kann.

Der Binnenmarkt hat eine tiefgreifende Modernisierung der europäischen Wirtschaft eingeleitet und die Verhaltensweisen der Unternehmen dem neuen Wettbewerbsdruck angepaßt. In Erwartung des Binnenmarktes wurden in Europa der Zwölf über neun Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Ein großer, homogener Markt gibt die beste Garantie dafür, daß wir im internationalen Wirtschaftsgeschehen nicht nur mithalten können, sondern weiter an der Spitze liegen.

Freilich warne ich davor, daß wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen. Im Gegenteil. Wir stehen derzeit vor einer der größten Herausforderungen unserer Wirtschaftsentwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: die Bewältigung des Problems einer seit den siebziger Jahren von einem Konjunkturtief zum nächsten immer höher ansteigenden Arbeitslosigkeit. Fast 20 Millionen Menschen sind inzwischen in der Europäischen Union ohne Arbeit. Das bedeutet millionenfaches Leid, zunehmende soziale Ausgrenzung und Gefahr für den inneren Zusammenhalt und die Stabilität unserer Gesellschaften.

Auch wenn die wirtschaftlichen und politischen Zwänge in Europa verstärktes gemeinsames Handeln unausweichlich erscheinen lassen, so habe ich doch immer wieder Zweifel, ob der Wille dazu tatsächlich vorhanden ist. Natürlich ist die Europäische Union kein Selbstzweck. Ihr Erfolg in der Vergangenheit allein rechtfertigt noch nicht ihr Weiterbestehen in der Zukunft. Sie muß sich an neue politische Situationen anpassen, darf aber dabei nicht ihre Grundprinzipien in Frage stellen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Es lohnt, an diese Grundprinzipien zu erinnern:

Erstens: *Der Wille zu Kooperation und Kompromiß*. Die Mitgliedstaaten der Union haben zum Beispiel mit ihrer einstimmigen Zustimmung zu den GATT-Verhandlungen eindrucksvoll bewiesen, daß sie durchaus in der Lage sind, ihrer Verantwortung als größte Handelsmacht der Welt gerecht zu werden.

Zweitens: *Wettbewerb, Kooperation und Solidarität*. Wettbewerb und die Beachtung gemeinsamer Wettbewerbsregeln sind das Fundament unserer Wirtschaft. Kooperation in der Forschung und beim Ausbau unserer Infrastruktur stärkt unser wirtschaftliches Potential. Solidarität hält uns zusammen und gibt, über die Struktur- und Kohäsionspolitik, allen Regionen eine Chance, am Fortschritt der Europäischen Union zu partizipieren.

Drittens: *Gemeinsames Recht statt nationale Macht*. Der Europäischen Union anzugehören, bedeutet Mitsprache aller Mitglieder statt Hegemonie einzelner Staaten oder einer Staatengruppe. Streitfälle werden durch den Europäischen Gerichtshof auf der Grundlage bestehenden Rechts geschlichtet.

Viertens: *Effiziente Entscheidungsprozesse und starke Institutionen*. Die Gründer der Gemeinschaft haben ihre Lehren aus dem Scheitern des Völkerbundes und anderer internationaler Organisationen, die an ihrer Ohnmächtigkeit scheiterten, gezogen und sich für eine Europapolitik auf der Grundlage integrierter, handlungs- und entscheidungsfähiger Institutionen entschieden.

In der Tat: Während die intergouvernemental ausgerichtete politische Zusammenarbeit stagniert und bei jedem wirklichen Härte-test versagt, beruht der Erfolg europäischer Politik auf dem integrierten Gemeinschaftsmodell. Aber auf Dauer kann es keine wirtschaftliche Integration ohne Entsprechung auf der politischen Seite geben. Das ist die grundlegende These, die hinter dem Vertrag von Maastricht steht.

### Nach außen mit einer Stimme

Am meisten Sorge hat mir stets die Vorstellung bereitet, Europa könnte sich aus seiner weltpolitischen Verantwortung abmelden und sich nur noch mit sich selbst beschäftigen. Der politische, wirtschaftliche und kulturelle Niedergang des Kontinents und seiner Werte wäre dann unvermeidlich. Dynamischere, kreativere aber auch aggressivere Länder und Gesellschaften würden unseren Platz einnehmen und die Geschicke dieser Welt bestimmen.

Mit dem Maastrichter Vertrag haben wir uns den Rahmen gegeben, um die Architektur der Europäischen Union weiterzuentwickeln, hin zu einer Politischen Union, die in Fragen von gemeinsamem Interesse nach außen mit einer Stimme spricht. Dabei geht es darum, der Gemeinschaft das politische Gewicht zu geben, das sie wirtschaftlich schon längst hat. Sie soll befähigt werden, europäische Interessen zu formulieren und mit Überzeugung und Durchsetzungsvermögen zu vertreten und zu gestalten. Nur so kann sie ihrem Auftrag gerecht werden, die Stabilität auf unserem Kontinent langfristig zu sichern. Denn welcher Staat in Europa kann heute noch ernsthaft annehmen, er könne allein und ohne die Hilfe anderer die Probleme unserer Gesellschaft lösen und eine eigenständige Außenpolitik betreiben? Das gilt auch für das wirtschaftlich starke Deutschland, das sicherlich überfordert wäre, müßte es allein auf politische und wirtschaftliche Stabilität im Osten hinwirken. Dies war wohl auch einer der Gründe, warum Deutschland so nach-



Jacques Delors am Tag der Deutschen Einheit 1990 in Saarbrücken. Foto: JOKER/R. Steußhoff

drücklich für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union eingetreten ist.

Ich bin mir darüber im klaren, daß von der Formulierung einer gemeinsamen Politik bis zu deren effektiven Gestaltung ein langer Weg zurückzulegen ist. Außenpolitik ist Ausdruck und Folge nationaler Traditionen, Denkmuster historischer Erfahrungen und geographischer Gegebenheiten. Im Europa der vielen Nationalstaaten müssen gemeinsame

Betrachtungsweisen erst mühsam erarbeitet werden. Das Beispiel in Jugoslawien hat uns das einmal mehr deutlich gemacht. Gewiß, auch nach Maastricht hat die EU noch keine wirklich eigenständige, außenpolitische Handlungsfähigkeit. Aber selbst wenn sie vorhanden wäre: Solange wir nicht über eine gemeinsame Sicht der Dinge verfügen, wird auch in Zukunft die EU nicht in der Lage sein, schwierige außen- und sicherheitspolitische Probleme zu lösen.

Um so mehr werte ich es als einen besonderen Erfolg, daß sich die Union auf den schnellen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit den skandinavischen Staaten und Österreich einigen konnte. Allerdings wurden in der buchstäblich letzten Phase der Verhandlungen Bruchstellen deutlich, die nur mühsam durch Formelkompromisse überbrückt werden konnten. Großbritannien und Spanien bestanden darauf, daß in der auf 16 Mitglieder erweiterten Gemeinschaft das Stimmengewicht von zwei großen und einem kleinen Mitgliedstaat weiterhin genügen sollte, um Entscheidungen des Ministerrates zu blockieren. Großbritannien, das am nachdrücklichsten für eine möglichst rasche und umfassende Erweiterung der Union eintritt, war vom Grundsatz her nicht bereit, sein »souveränes Recht« auf eine Politik des Veto abzuschwächen. Spanien dagegen bewegte die ganz spezifische Sorge, bei einer Änderung der Stimmengewichte nicht mehr in der Lage zu sein, gemeinsam mit Italien und Portugal mögliche Ministerratsentscheidungen zum Nachteil der Mittelmeerstaaten verhindern zu können.

Die Bruchstellen waren vorhersehbar. Erstaunlich ist eher, daß sie erst so spät zutage traten. Denn die Uneinigkeit gründet tiefer und ist alles andere als neu. Im Kern geht es um die Frage, welchen Charakter, welche Ziele die Gemeinschaft haben soll. Wollen wir einen föderalen Bundesstaat oder einen eher losen Staatenbund, eine Politische Union oder eine reine Wirtschaftsunion? Man könnte noch weitergehen und fragen, ob wir eine Wirtschaftsunion mit koordinierten

Wirtschaftspolitiken und einer gemeinsamen Währung wollen, oder eine Freihandelszone mit konkurrierenden Währungen und nationalen Wettläufen um generellen Lohn- und Sozialabbau.

Welches Europa wollen wir?

Der Streit zwischen den Befürwortern eines Bundesstaates einerseits und eines Staatenbundes andererseits besteht seit dem Kongreß von Den Haag im Jahre 1948, auf dem Winston Churchill Europas Einigung beschwor, aber Großbritanniens Beteiligung in die ferne Zukunft verwies. Auch der Maastrichter Vertrag hat insofern keine klare Entscheidung getroffen, sondern eine komplizierte Mischung beider Modelle festgeschrieben.

Es ist kein Geheimnis, daß es die Europäische Kommission vorgezogen hätte, zuerst die Institutionen und Entscheidungsmechanismen zu reformieren und erst dann die Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Staaten abzuschließen. Die Mitgliedstaaten hatten sich auf dem Gipfel in Lissabon für den umgekehrten Weg entschieden und die Reform der Institutionen auf 1996 vertagt.

Klare Entscheidungen sind um so notwendiger, als die Staaten Mittel- und auch Südosteuropas immer ungeduldiger in die Union drängen. Sie haben Angst vor nationalistischen Entwicklungen in Rußland und ringen noch um die innere Stabilität, die letztlich Voraussetzung für die Festigung ihrer jungen Demokratien ist, und das friedliche Zusammenleben mit ihren Nachbarn. Sie suchen deshalb Schutz und Sicherheit in der Union und wollen Teil Europas sein. Wirtschaftliche Überlegungen, wie der ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt, zum Agrarmarkt und zu unseren Struktur- und Kohäsionsfonds der Europäischen Union, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.

Um den Anliegen der mittel- und osteuropäischen Staaten zumindest teilweise zu entsprechen, hat die EU das Konzept der Europäischen Abkommen entwickelt, das diesen Staaten einen be-

sonders weitreichenden Assoziationsstatus gewährt. Abkommen dieser Art werden inzwischen mit dem überwiegenden Teil der Staaten Mittel- und Osteuropas abgeschlossen. Der Kopenhagener Gipfel vom Juni 1993 hat diesen Staaten eine klare Beitrittsperspektive eröffnet, die jedoch an die Erfüllung konkreter Voraussetzungen geknüpft ist. Einige der Staaten werden die Voraussetzungen für einen Beitritt schneller erfüllen als andere, aber Kandidaten sind alle. Ich habe daher vorgeschlagen, möglichst rasch eine klare Strategie für die Übergangszeit und den Beitritt zu entwickeln. Die Europäischen Abkommen und die Kopenhagener Gipfel-Erklärung bieten umfassende Möglichkeiten für eine enge politische Zusammenarbeit und eine schrittweise Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen bis hin zur Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraums, vergleichbar mit dem EWR, den die EU mit den EFTA-Staaten vereinbart hat. Gleichzeitig muß man die mittel- und osteuropäischen Staaten dazu ermutigen, die Zusammenarbeit untereinander zu entwickeln und zu stärken. Es handelt sich dabei wohlgerne nicht um eine Alternative zum Beitritt. Die Verträge und unsere wirtschaftlichen Hilfen sollen diese Länder gezielt auf einen Beitritt vorbereiten.

### Die Erweiterung nach Osten

Schwieriger ist die Situation im Bereich der Sicherheitspolitik, die aber letztlich nicht von der Beitrittsfrage zu trennen ist. Es ist derzeit nicht leicht, die Staaten der Europäischen Union und der NATO zu Sicherheitsgarantien zu bewegen, die in Anbetracht der instabilen Lage in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu nicht mehr kalkulierbaren Risiken führen können.

Die Lage ist in der Tat unbefriedigend: Je mehr Sicherheitsgarantien erforderlich sind, weil sich die Lage in diesen Ländern verschlechtert, um so weniger ist der Westen bereit, diese Garantien zu geben. Hinzu kommt, daß die EU noch nicht über die erforderlichen militä-

rischen Mittel und eine entsprechende Sicherheitsstrategie verfügt, um derartige Garantien glaubwürdig gewährleisten zu können. Schlimmer noch: Durch einen nicht ausreichend vorbereiteten Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten könnten die zaghafte Versuche der Europäischen Union zur Entwicklung einer eigenständigen Sicherheitspolitik als Teil ihrer Außenpolitik in Frage gestellt werden. Rußland könnte diese Entwicklung als Bedrohung seiner eigenen Interessen empfinden, wenn sie sich unmittelbar vor seinen Grenzen abspielt. Und nicht zuletzt werden einige Beitrittsstaaten versucht sein, ihre Probleme mit ihren Minderheiten oder Nachbarn ohne eigene Strategie der Konfliktbegrenzung voll in die politische Zusammenarbeit der Europäischen Union hineinzutragen und damit deren Effizienz weiter schwächen.

Das auf der Pariser Konferenz vereinbarte Stabilitätspaket ist deshalb ein Versuch, durch spezifische Abkommen im multilateralen Rahmen die Lage in den Ländern mit Europaabkommen schrittweise zu entspannen, insbesondere durch Regelungen in den Bereichen, die den Schutz von Minderheiten und die Garantien von Grenzen betreffen. Der Erfolg dieser Initiative erscheint mir deshalb als wichtiges Element im Prozeß eines schrittweisen Beitritts der Staaten Mittel- und Osteuropas.

Aber nicht nur Osteuropa muß seine Reformen vorantreiben, um sich auf den Beitritt vorzubereiten. Auch die EU muß sich auf die Erweiterung nach Osten und Süden vorbereiten. Dabei muß alles getan werden, damit der Beitritt finanzierbar bleibt. Die nach Osten erweiterte Union muß so strukturiert sein, daß sie ihre Aufgaben effizient wahrnehmen kann. Das Subsidiaritätsprinzip wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Die EU darf auf keinen Fall durch den Prozeß der Erweiterung politisch geschwächt werden. Sie muß zudem klare Vorstellungen darüber entwickeln, in welcher Weise sie ihre demokratische Legitimation und ihren inneren Zusammenhalt verbessern will.

Das könnte unter anderem darauf

hinauslaufen, daß man die erweiterte EU auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum reduziert und denjenigen Mitgliedern, die zur verstärkten politischen und wirtschaftlichen Integration bereit sind, den Zusammenschluß zu föderativ gestalteter Staatengemeinschaft erlaubt. Es läge dann insbesondere an Deutschland und Frankreich, hoffentlich mit der Unterstützung durch die Kommission, eine Führungsrolle zu übernehmen.

Was unsere Bürger heute am meisten bedrückt, ist der hohe und ständig steigende Sockel der strukturellen Arbeitslosigkeit. Zwar sind Kompetenzen und Möglichkeiten der EU im Bereich originärer Wirtschafts- und Sozialpolitik begrenzt. Sie hat weder die finanziellen Mittel noch die notwendigen Lenkungsinstrumente, um ohne Mitwirkung der Mitgliedstaaten den Konjunkturaufschwung in die Wege zu leiten. Sie kann Empfehlungen an die Mitgliedstaaten aussprechen, ihre Wirtschaftspolitiken so aufeinander abzustimmen, damit ein Weg aus der Krise durch gemeinsame Anstrengungen, die in unserer interdependenten Wirtschaftswelt ohnehin notwendig sind, gefunden wird.

Mit ihrem Weißbuch zu *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung* vom Dezember 1993 richtet die Kommission den Blick auf die nächsten fünf Jahre und auf den Weg ins 21. Jahrhundert, ohne freilich kurzfristige Maßnahmen außer acht zu lassen.

Aus Sicht der Kommission sind gemeinsame Aktionen zur Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit vor allem in folgenden Bereichen geboten: Zunächst regen wir an, die trans-europäischen Infrastrukturnetze auszubauen, damit Waren und Dienstleistungen schneller zirkulieren und das Potential des Binnenmarktes voll ausgeschöpft werden kann. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Aufbau der Kommunikationsnetze zu, zum Beispiel durch den Bau sogenannter »Informationsautobahnen«. Sonst laufen wir das Risiko, daß unsere Unternehmen und Verwaltungen bald ausschließlich von amerikanischen Datenbanken abhängig werden.

Wir stehen vor einer Revolution in der Informationstechnologie, die zu Veränderungen führen wird, die sich nur mit der Erfindung der Buchdruckerkunst durch Gutenberg vergleichen läßt. Information wird zu einem Hauptfaktor der Wertschöpfung. Ihre Technologien können grundlegend unsere Arbeitsorganisation und unser gesellschaftliches Verhalten verändern. Aber durch bewußtes, gemeinsames Handeln der *Sozialpartner* können wir durch strukturelle Maßnahmen die Flucht vom ländlichen Raum in die Städte aufhalten, neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnen und durch verbesserte Sachaufklärung und Transparenz einen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratien leisten. Wir sollten deshalb eine gemeinsame Anstrengung unternehmen, um die Chancen des Informationszeitalters früher und besser zu erkennen und die Entwicklung vernünftig zu planen, statt uns vom Fortschritt überrollen zu lassen.

Stabile Währungsverhältnisse innerhalb der Union sind Voraussetzung für die engere Verschmelzung unserer Wirtschaften und die Stärkung unserer Wettbewerbskraft. Trotz der Währungskrisen von 1992 und 1993 und der daraufhin eingeführten weiten Bandbreiten für die zulässigen Schwankungen der Wechselkurse der europäischen Währungen ist für mich entscheidend, daß wir am Ziel einer gemeinsamen Währung nach den Kriterien des Maastrichter Vertrages festhalten. Alle empirischen Untersuchungen zeigen, daß Länder mit stabilen Währungen mehr wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung erreicht haben als solche mit monetärer Instabilität. Es ist daher kaum überraschend, daß die meisten Mitgliedstaaten die größeren Bandbreiten nicht für eine an kurzfristigen nationalen Bedürfnissen orientierte Geldpolitik genutzt haben. Vielmehr haben sie eine Fiskal- und Geldpolitik verfolgt, die mit den Zielen des Vertrages von Maastricht in Einklang steht.

Außerdem erfordern die Veränderungen in der Organisation von Arbeit und des Stellenwertes der Arbeit in unseren

Gesellschaften noch gründlicheres Nachdenken. Dabei geht es unter anderem um die Beantwortung der Frage, warum unser ganzes Beschäftigungssystem, von der Ausbildung über das Funktionieren des Arbeitsmarktes, des Tarifverhandlungssystems bis hin zum sozialen Sicherungssystem, bei gleichem wirtschaftlichem Wachstumstempo nicht soviel Arbeitsplätze schafft, wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Müssen unsere Ausbildungssysteme verbessert werden? Brauchen wir flexiblere Arbeitsmärkte und Unternehmen oder eine stärkere Differenzierung der Löhne? Warum gibt es weniger Teilzeitarbeit in allen möglichen Formen, obwohl bekannt ist, daß ein erheblicher Anteil der Vollzeitbeschäftigten lieber weniger arbeiten würde? Ist ein Umdenken auch in den Unternehmen erforderlich, etwa ein größeres Engagement und eine Personalpolitik, die alle Möglichkeiten flexibler Beschäftigung ausschöpft, bevor Mitarbeiter entlassen, dem sozialen Netz überlassen und einige Jahre später völlig aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden? Muß die vorhandene Arbeit nicht besser verteilt werden und der Zugang von Jugendlichen zum Arbeitsmarkt gezielter als bisher gefördert werden?

In Deutschland gibt es am Berufsbildungssystem wenig zu bemängeln. Aber wie überall scheint es an umfassenden Möglichkeiten für ein lebenslanges Lernen zu fehlen. Ein derartiges Angebot aber ist wichtig, denn niemand kann heute noch erwarten, im einmal erlernten Beruf bis zur Pensionierung tätig zu sein.

Lebenslanges Lernen ermöglicht es dem Bürger, seine Lebens- und Arbeitsbedingungen besser zu steuern. Dabei geht es nicht nur um »Höherqualifizierung, sondern auch um einfaches Umlernen. Wenn wir neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen wollen, die unsere Gesellschaften humaner gestalten, wie Pfleger für ältere Menschen oder die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Umwelt, so benötigt man spezifische Qualifikationen. Wir werden uns um diese Bereiche stärker als bisher küm-

mern müssen, denn unsere Bevölkerung wird im Durchschnitt älter.

Um neue Beschäftigungsmöglichkeiten attraktiver zu gestalten, sollten wir ihnen mehr soziales Prestige verschaffen und aufhören, sie als »unqualifizierte« Tätigkeiten abzuwerten. Solche Tätigkeiten werden in Europa gut bezahlt, weitaus besser als in den Vereinigten Staaten. Sie sind deshalb teuer und weniger erschwinglich. Die Forderung, deshalb die direkten Löhne abzusenkern, wäre eine zu einfache Antwort. Wir können uns nicht wünschen, daß die Menschen arbeiten und trotzdem unter die Armutsgrenze fallen, wie das vielfach in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Das Weißbuch schlägt deshalb vor, die indirekten Lohnkosten für solche Tätigkeiten durch ein den modernen Verhältnissen angepaßtes Steuersystem zu finanzieren, das knappe und umweltschädliche Güter und Dienstleistungen höher besteuert. Die Vernunft spricht dafür: Die Arbeitskraft wird am höchsten besteuert, obwohl sie nicht sparsam eingesetzt werden sollte. Die Umwelt dagegen ist ein knappes Gut, das bisher am wenigsten besteuert und deshalb nicht angemessen geschont wird.

Letztlich stellt sich die Frage, ob wir nicht unsere grundlegende Betrachtungsweise in Sachen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit verändern müssen. In den Staaten der EU geben wir heute 70 bis 80 Prozent der Mittel für die passive Finanzierung von Arbeitslosigkeit aus und nur 20 bis 30 Prozent für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. In Schweden ist dieses Verhältnis umgekehrt, mit einem hohen Beschäftigungsniveau als Folge. Deshalb habe ich mich immer wieder dafür ausgesprochen, eine bürgernahe Politik zu fördern, die auf die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist. Die Aufgabe, für ausreichend Beschäftigung Sorge zu tragen und die Lebensqualität insgesamt zu verbessern, muß im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Es geht darum, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, Arbeitslose durch Umschulung oder Qualifizierung wieder auf die Bedingungen

des Arbeitsmarktes vorzubereiten und erst zuletzt, wenn dies alles nicht fruchtet, Arbeitslosengeld zu bezahlen. Wir müssen heraus aus der Passivität und Gleichgültigkeit, die Arbeitslose registriert, bezahlt und vergißt.

Ein Umdenken ist ebenso notwendig in der Umweltpolitik. Unser bisheriges Modell, das Wachstum produziert und dadurch verursachte Umweltschäden nachträglich repariert, muß abgelöst werden durch ein Modell, das Umweltschäden von vornherein zu vermeiden sucht. Dazu braucht es Steuerungsinstrumente, wie eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die die Entwicklung umweltverträglicher Produkte und Produktionsverfahren fördern. Manches ist hier schon geschehen, aber von einer wirklich neuen Politik in diesem Bereich sind wir doch noch weit entfernt. Ein Umsteuern kann auch nur Schritt für Schritt erfolgen. Die Wirtschaft braucht Zeit, um sich anzupassen. Auf Dauer aber können neue Technologien, die den Umweltschutz integrieren, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen nur stärken und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Eins jedoch ist sicher: Die Bemühungen um Anpassung und Umbau in der Wirtschaft dürfen in keinem Fall zu einer Politik des Sozialabbaus und der Ausgrenzung mißbraucht werden. Mit Nachdruck habe ich mich stets gegen den Zynismus der Ultra-Liberalen zur Wehr gesetzt, die das Problem der Arbeitslosigkeit verharmlosen und eine Zwei-Drittel-Gesellschaft in Kauf nehmen. Es gibt keinen Grund, ja es wäre sogar gefährlich, wegen der augenblicklichen Probleme unserer Wirtschaft das europäische Sozialmodell aufzukündigen und den Kündigungsschutz, das Prinzip der kollektiven Lohnverhandlungen oder die kollektiven Sicherheitssysteme in Frage zu stellen. Wir würden auf diese Weise leichtfertig die Stabilität unserer Gesellschaft und das Prinzip der Solidarität untergraben, das für uns Sozialdemokraten so entscheidend ist.

FRANZ VRANITZKY

## Die Vision von der Neuordnung Europas

**W**as wird aus Europa? Diese Frage stellt sich nicht nur aus aktueller österreichischer Sicht angesichts der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union. Diese Frage stellt sich auch aus deutscher Perspektive verstärkt seit der Wiedervereinigung. Jürgen Habermas konstatiert bei den deutschen Eliten seit der Wiedervereinigung eine starke Tendenz, »aus Deutschland wieder eine unabhängige Großmacht in Mitteleuropa zu machen, deren Blick nach Osten gerichtet ist«. Daher – so Habermas – müsse der Prozeß der politischen Integration, den er in den fünfziger Jahren aus antikapitalistischen Beweggründen bekämpfte, durch die Verwirklichung des Vertrags von Maastricht weitergehen.

### Friedenssicherung

Ich teile Habermas' Plädoyer für Maastricht, allerdings nicht, weil ich eine Ver selbständigung Deutschlands befürchte. Der Fall der Berliner Mauer war nicht der Beginn eines von manchen kritischen Beobachtern an die Wand gemalten Vierten Reichs, sondern die Korrektur einer katastrophalen historischen Fehlentwicklung, die Faschismus und Kommunismus zu verantworten haben.

Habermas' Plädoyer für Maastricht bezieht sich letztlich auf eine der großen Utopien unserer Zeit, für die es sich zu kämpfen lohnt. Es ist die Vision einer friedlichen und demokratischen Neuordnung Europas, der das Vertragswerk von Maastricht nach den revolutionären Umwälzungen in Zentral- und Osteuropa verpflichtet ist. Deutschlands parteienübergreifend großes Engagement der letzten Jahre für die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration dokumentiert, daß sich auch nach der Wiedervereinigung die maßgeblichen politischen Kräfte der historischen Bedeu-

# Keine Sorge

Wer früh genug vorsorgt,  
hat später  
nicht das Nachsehen.

Ruhestand braucht Sicherheit:  
Mit einer Rentenversicherung der  
Volksfürsorge bekommt Ihr  
Lebensabend mehr Lebensqualität.



**Volksfürsorge**  
Versicherungen



Ja, ich will im Ruhestand einfach besser dastehen und interessiere mich für das  
Volksfürsorge-Renten-Programm.

Ich bin am besten zu erreichen: Wochentags: \_\_\_\_\_ Uhrzeit: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie diesen Coupon an:  
Volksfürsorge-Versicherungsgruppe · Abt. KD · An der Alster 57-63 · 20099 Hamburg

tung und Notwendigkeit des europäischen Einigungsprozesses bewußt sind und Deutschland als unverzichtbaren Baustein der Europäischen Union betrachten.

Der Vertrag über die Europäische Union verstärkt die existierenden Integrationsstrukturen, kommt aber auch den Möglichkeiten eines solidarischen Zusammenarbeitens entgegen, auf dessen Basis vor allem die europäische Sozialdemokratie gefordert ist, ihr Modell eines geeinten, demokratischen, ökologischen und sozialen Europas in die Realität umzusetzen.

Vor welchen Herausforderungen steht die europäische Sozialdemokratie? Die Sicherung des Friedens steht gewiß an oberster Stelle. Die durch die Politik des »Neuen Denkens« von Gorbatschow ausgelösten dramatischen Veränderungen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion haben nicht nur die kommunistischen Diktaturen hinweggefegt und das Ende des Ost-West-Konflikts besiegelt, sondern auch die altbekannten Dämonen wie Nationalismus und Fremdenhaß geweckt. Vom ehemaligen Jugoslawien bis Aserbaidschan zieht sich eine blutige Spur des Völkerhasses, der auch die westeuropäische Geschichte jahrhundertlang prägte.

In dieser Situation sind die aufgrund ihrer europäischen Mittellage vom Umbruch in Osteuropa stärker als die westlichen EU-Länder betroffenen Länder, wie Österreich, aber auch Deutschland, besonders gefordert, die Öffnung der europäischen Integrationsstrukturen in Richtung Osten mit dem Ziel zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung zu forcieren. Erfolgreicher als es Friedensverträge je sein können, entspricht eine Politik der wirtschaftlichen Verflechtung dem Menschheitsziel einer dauerhaften Friedenssicherung.

Im Jahr 1926 wurde in Berlin ein Buch mit dem Titel *Die Vereinigten Staaten von Europa* veröffentlicht, in dem der russische Sozialdemokrat Woytinsky bereits den Grundgedanken der späteren EU-Gründergeneration vorwegnahm – wirtschaftliche Verflechtung

führt zu politischer Integration und damit zum Frieden in Europa: »Die wahre Friedensgarantie kann nur in einer ökonomischen Vereinigung der Völker liegen . . . Friedensverträge sind alles nur Formen. Den Inhalt der gegenseitigen Beziehung der Völker schafft die Wirtschaft . . . Die Sicherheit des Friedens in Europa und in der ganzen Welt hängt nicht von Verträgen und nicht von diplomatischen Konferenzen ab, sondern von den Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens.«

Jahrzehnte später ist diese Vision in Gestalt der Europäischen Gemeinschaften endlich Wirklichkeit geworden. Für Europa, jahrhundertlang Schauplatz furchtbarer Kriege und bis in die Gegenwart Schauplatz menschenverachtender Ideologien, hat damit eine neue Zeitrechnung begonnen. Die Staaten der Europäischen Union sind heute in historisch beispielloser Weise ökonomisch, institutionell und kulturell derart miteinander vernetzt, daß ein Krieg zwischen ihnen unmöglich geworden ist. Diese Erfahrung gilt es nun auch auf den Osten Europas auszuweiten, d. h. nach der Erweiterung der Europäischen Union durch die EFTA-Staaten muß die verstärkte Einbindung der zentral- und osteuropäischen Reformländer auf der Brüsseler Tagesordnung stehen. Nur die klare Perspektive einer Teilnahme am europäischen Einigungsprozeß kann die osteuropäischen Völker ermutigen, den schwierigen, mit vielen Opfern und Entbehrungen verbundenen Reformprozeß fortzusetzen.

Wichtiger als die Implementierung des NATO-Konzepts »Partnerschaft für den Frieden« ist daher die Ausarbeitung und Umsetzung eines konsistenten osteuropäischen Wiederaufbauprogramms. Stärker als bisher muß sich der Westen – vor allem jedoch die Europäische Union – am demokratischen und sozio-ökonomischen Wiederaufbau Osteuropas beteiligen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei nicht nur die Ausweitung der öffentlichen und privaten Hilfszuflüsse, die im Jahr 1992 laut einer OECD-Studie lediglich 0,11 % des kombinierten Brutto-

inlandsprodukts der westlichen Geberländer entsprachen und damit – gemessen an der historischen Dimension der Herausforderung – bei weitem als zu gering bezeichnet werden müssen. Österreichs Osthilfe liegt prozentuell mit 0,22 % des Bruttoinlandsprodukts an der Spitze der westlichen Industriestaaten und erreicht nominell mit 4,76 Mrd. \$ nach Deutschland, den USA und Italien immerhin den 4. Platz. Eine Verdoppelung der westlichen Osthilfe wäre kurzfristig schon dadurch erreichbar, wenn die OECD-Staaten prozentuell mit Österreich gleichziehen würden.

Die Absicherung und Fortführung der Reformprozesse erfordern darüber hinaus ein deutliches Abgehen von den bisher praktizierten, den Reformländern einseitig verordneten Modellen einer wirtschaftlichen Schocktherapie, die von den Menschen, denen jahrzehntelang eine andere Mentalität eingeprägt wurde, plötzlich eine radikale Umstellung im Denken und Handeln ohne geeignete soziale Absicherung abverlangen. Nach den jüngsten Wahlgängen müßte auch den eifrigsten Vertretern derartiger Schocktherapien klargeworden sein, daß der historisch beispiellose Prozeß des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft stärker mit sozialen und sozialpolitischen Elementen durchsetzt und abgesichert werden muß. Gerade der soziale Frieden gehört zu den Grundvoraussetzungen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Wie ernst die soziale Lage inzwischen geworden ist, dokumentiert eine im Jänner 1994 veröffentlichte Studie des UNO-Kinderhilfswerks (UNICEF) zur Lage in den ehemaligen Ostblockstaaten. Die Autoren warnen vor den Konsequenzen der rasanten sozialen Verelendung als Folge des Umwandlungsprozesses, bei dem es sich um den bisher massivsten und schnellsten strukturellen Wandel einer menschlichen Gesellschaft handelt. Generell ist die Krise in diesen Staaten, von der vor allem Kinder, Frauen und alte Menschen am stärksten betroffen sind, bereits schlimmer als diejenige in Lateinamerika während der achtziger Jahre.

Diese triste soziale Bilanz steht in krassem Widerspruch zu teilweise – vor allem in den *Visegrad*-Staaten – beachtlichen Ergebnissen auf makro-ökonomischer Ebene und muß zu einem behutsameren, sozial abgefederten Vorgehen beim Übergang zur Marktwirtschaft führen. Gefordert ist eine aktivere Rolle der westlichen Staatengemeinschaft als bisher beim Aufbau sozialer Netze in den Reformländern. Angesichts des massiven Mittelbedarfs für den Übergangsprozeß vor dem Hintergrund eines an sich knappen internationalen Kapitalmarktes sollte auch eine verstärkte Konzentration westlicher Hilfe auf strategische Engpässe wie Infrastruktur und Ausbildung stattfinden.

Eine neue Teilung Europas in *arm* und *reich* ist völlig unakzeptabel. Wenn es uns nicht gelingt, in diesem Jahrzehnt zu einer grundlegenden Stabilität in Osteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beizutragen, könnte eine explosive Mischung aus ethnischen Konflikten und wirtschaftlichen und ökologischen Katastrophen auch Westeuropa destabilisieren. Die Zukunft der Freiheit und die Sicherung des Friedens in Europa liegt daher in einer weiteren Dynamisierung des europäischen Integrationsprozesses mit der Perspektive der Einbeziehung der zentral- und osteuropäischen Reformländer und der GUS. Eine diesem Ziel angepaßte, die Volkswirtschaften nicht überfordernde Erweiterung des Konzeptes des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) auf Mittel- und Osteuropa könnte die nächste Stufe nach den Europaverträgen sein und die Reformstaaten für eine spätere EU-Mitgliedschaft vorbereiten. Europa hat die historische Chance, zum demokratischen und wirtschaftlichen Stabilitätsanker des Nordens zu avancieren. Am Ende des Prozesses der Neuordnung Europas könnte die Vision einer euro-asiatischen Gemeinschaft realisiert sein, die sich um die wirtschaftlich stark verflochtenen Integrationsmodelle Europäische Union und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten formiert und deren Sicherheit zu sätzlich durch die Weiterentwicklung der

KSZE zu einem regionalen kollektiven Sicherheitssystem unter dem Dach der Vereinten Nationen hergestellt wird.

### Umweltpartnerschaft

Seit der UNO-Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 gilt es vor allem für die Menschheit insgesamt umzudenken und zu einer umweltverträglichen Entwicklung zu kommen.

Diese Herausforderung stellt sich vor dem Hintergrund der weltgeschichtlichen Zäsur von 1989 um so dringender. Im ehemaligen Ostblock steht eine Konsumrevolution bevor, die in ökologische Bahnen gelenkt werden muß. Gleichzeitig offenbart sich, daß eine weitere Durchökonomisierung der Welt nach dem westlichen ressourcen- und energieintensiven Lebensstil angesichts der Erkenntnisse über Treibhauseffekt und Ozonloch ökologisch nicht tragbar ist. Das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist maßgeblich für die globale Umweltzerstörung und den Ressourcenverbrauch verantwortlich. Damit stehen die westlichen Industrieländer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erst vor ihrer größten Herausforderung: die Umsetzung eines glaubwürdigen Modells einer nachhaltig wirtschaftenden Industriegesellschaft.

Gemeinsam mit den ökologisch fortschrittlichen EU-Staaten und den EFTA-Beitrittskandidaten muß es daher gelingen, die Europäische Union zu einer beispielhaften Umweltgemeinschaft weiterzuentwickeln und die im Vertragswerk von Maastricht eingegangene Verpflichtung zur Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung globaler Umweltprobleme einzulösen.

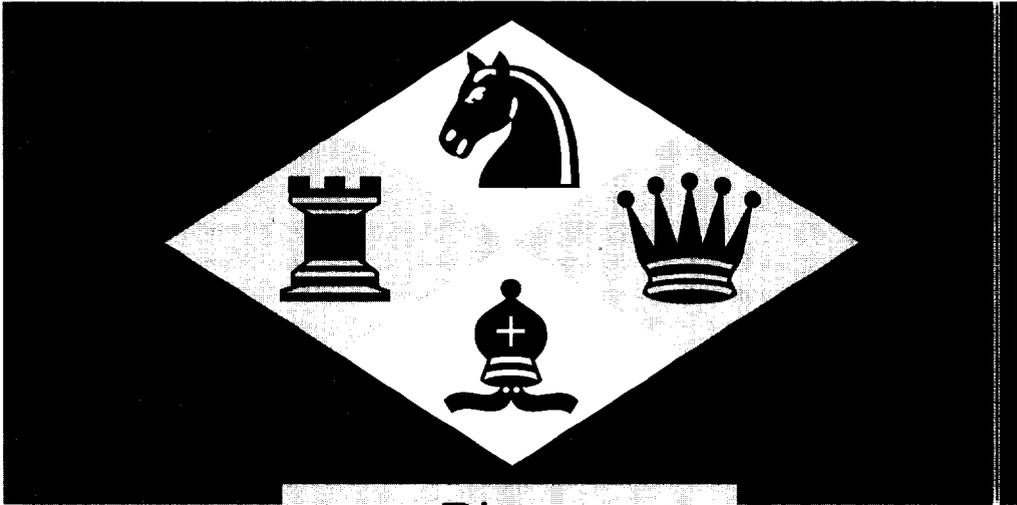
Diese Strategie muß durch eine Umweltpartnerschaft mit den Staaten Osteuropas und der GUS ergänzt werden, die noch jahrelang mit den katastrophalen ökologischen Hinterlassenschaften der kommunistischen Diktaturen zu kämpfen haben werden. Veraltete Industrieanlagen und Kraftwerke blasen Millionen Tonnen von Schadstoffen in die Luft,

die vor den Grenzen der Europäischen Union nicht halt machen. Manche Kraftwerke in dieser Region emittieren laut einer Untersuchung des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg mehr Schwefeldioxid als alle Emittenten Österreichs zusammen, das mit einem Schwefeldioxidausstoß von 0,011 Tonnen pro Jahr und Einwohner im internationalen Ländervergleich zu den ökologischen Vorreitern gehört. Eine weitere substantielle Reduktion der SO<sub>2</sub>-Emissionen wird aufgrund des weiträumigen grenzüberschreitenden Luftschadstofftransports in Europa nur über eine engagierte Ost-West-Umweltpartnerschaft zu erzielen sein, wie sie die österreichische Bundesregierung in konkreten Einzelprojekten, wie beispielsweise bei der Sanierung des slowenischen Dampfkraftwerks Sostanj, bereits praktiziert. Verstärkte Investitionen in den osteuropäischen Umweltschutz sind sowohl konkrete Beiträge zur Hebung der Umweltqualität in den Reformländern, als auch notwendige Voraussetzung einer integrierten Umweltentlastungsstrategie für ganz Europa.

Nicht nur im Streben nach größtmöglichem Schutz der österreichischen Bevölkerung propagiere ich seit einigen Jahren das Projekt eines kernkraftwerkfreien Mitteleuropas. Diese Position ist auch von der Überzeugung getragen, daß die Kernenergie global in eine energie-, umwelt- und sicherheitspolitische Sackgasse mündet, die den Gesellschaften unakzeptable Risiken aufbürdet. Dies wird von so manchen naturgemäß anders gesehen, die angesichts einer nach wie vor rasch wachsenden Weltbevölkerung und der Industrialisierung in der Dritten Welt versuchen, die Rolle des Atomstroms als Retter vor der Klimakatastrophe zu propagieren.

In dieser Situation auf die Atomindustrie zu setzen, liefe allerdings – wie bereits 1988 auf der Weltklimakonferenz in Toronto Kritiker anmerkten – »auf eine Verschiebung der Katastrophenoptionen« hinaus. Vor diesem Hintergrund werde ich weiterhin für die Schaffung eines AKW-freien Mitteleuropas kämpfen,

# Königszinsen statt Zinsopfer.



Bis zu  
8% p.a. Zinsen

Wie möchten Sie Ihr Geld anlegen? Sicher?  
Chancenreich? Schnell verfügbar? Oder ...?

Sie möchten jetzt mehr wissen? Bitte,  
wenden Sie sich an Ihre BfG Filiale und fragen  
Sie Ihren Kundenbetreuer.

**BfG·BankAG**

GRUPPE CREDIT LYONNAIS

wobei ich allerdings nie ein Hehl daraus gemacht habe, daß rasche Fortschritte bei der Verfolgung dieses Ziels – wie die jüngsten Entwicklungen um das tschechische Atomkraftwerk Temelin zeigen – nicht zu erreichen sein werden. Ich bin mir auch bewußt, daß ein Ausstieg aus der Atomenergie kaum kurzfristig zu realisieren ist und betrachte in diesem Sinn die westliche Strategie, durch sicherheitstechnische Aufrüstungen das Gefährdungspotential grenznaher kerntechnischer Anlagen zu reduzieren, als eine gerade noch akzeptable Zwischenlösung. Mittelfristig muß und wird es aber zum Ausstieg aus der Atomenergie kommen.

Die zentrale Herausforderung besteht heute also darin, die unbestreitbare Notwendigkeit der Umsetzung einer Strategie der »Ökologisierung der Industriegesellschaft« mit der Arbeitsplatzproblematik zu verknüpfen. War die bisherige Industriegeschichte vielfach geprägt durch den vermeintlichen Gegensatz Arbeit statt Umwelt, so muß die Strategie nun lauten: Arbeit *und* Umwelt.

Es kann nicht hingenommen werden, daß breite Schichten der Bevölkerung aufgrund rasanter gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Veränderungsprozesse an den Rand gedrängt werden und die Gesellschaft in streitende und egoistische Gruppen und Grüppchen zerfällt. Ein politisches System, in dem bereits 40jährige zum Alteisen zählen und über 50jährige immer schwerer vermittelbar sind, untergräbt seine eigene Legitimität. Die vom amerikanischen Ökonomen und Gesellschaftskritiker John Kenneth Galbraith als *Culture of Contentment* umschriebene illusionäre Selbstzufriedenheit der herrschenden Eliten in den Vereinigten Staaten trotz gesellschaftlicher Zerfallserscheinungen muß in Europa auf entschiedenem Widerstand stoßen. Die us-Wirtschaft kann auch nicht unser Vorbild bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Anspruchslosere Jobs, niedrigere Löhne und geringere Lebensstandards sind die negativen Begleiterscheinungen der erfolg-

reichen »Job-Maschine« Amerika, die mit dem zügigen, sozialpolitisch mangelhaft gesteuerten Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft zusammenhängen. Die Mehrheit der neuen us-Jobs entsteht primär in Dienstleistungsbranchen, wo die schlechtesten Löhne gezahlt werden.

Das von der Europäischen Kommission erstellte Weißbuch *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert* dokumentiert die zunehmende Bereitschaft Europas, einen eigenen, gemeinschaftlich abgestimmten Weg aus der Beschäftigungskrise zu suchen. Zukunftsweisend ist, daß auch die EU-Kommission auf eine ökologische Steuerreform bei gleichzeitiger Senkung der Lohnsteuern und der Förderung von Umwelttechnologien setzt. Diese Strategie könnte mittelfristig die Beschäftigungskrise entschärfen, vorausgesetzt, sie wird durch eine kreative Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die eine soziale Absicherung mit dem Ziel der Armutsverhinderung beinhaltet, ergänzt.

Die Welt als Ganzes ist heute zu einer globalen Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen, die einen Paradigmenwechsel in der internationalen Politik erfordert, ein – wie es Richard von Weizsäcker postuliert – neues Verständnis von Außenpolitik als »Weltinnenpolitik«. Dabei sind Unabhängigkeit und Souveränität neu zu definieren. Die elementaren Probleme unserer Zeit wie Umweltgefährdung, Militarisierung, organisierte Kriminalität, Überbevölkerung und Verelendung weiter Teile der südlichen Hemisphäre sind miteinander vernetzt und überfordern bei weitem die Möglichkeiten nationaler oder auch europäischer Politik. Wir sind Zeitzeugen eines historisch einmaligen Prozesses der Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft und einer gleichzeitigen massiven Zunahme der Ungleichverteilung der Lebenschancen auf einem letztlich begrenzten Planeten, deren Folgen nicht nur in anwachsenden Wanderungs- und Flüchtlingsströmen manifest werden. Wenn es uns nicht gelingt, im Rahmen

einer Weltinnenpolitik die Nord-Süd-Problematik zu entschärfen und eine umweltverträgliche Entwicklungsperspektive in Nord und Süd zu realisieren, wird die Flut der Hoffnungslosen auch vor den Toren der Europäischen Union nicht aufzuhalten sein.

Mit Dieter Senghaas teile ich die Hoffnung, daß die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung »als Einstieg in eine wirklich weltweit konzipierte kooperative Weltinnenpolitik interpretiert werden könnte«. Gerade aus Deutschland, das im Vorfeld und auf der Rio-Konferenz eine ambitionierte Rolle eingenommen hat, kommen diesbezüglich hoffnungsvolle Ansätze, die für die im Frühjahr 1995 in Berlin stattfindende erste große Nachfolge-Konferenz des Umweltgipfels optimistische Erwartungen rechtfertigen.

Ein wesentliches Element der Weltinnenpolitik ist die entsprechende Adaptierung existierender globaler und regionaler Sicherheitsorganisationen. Vor allem geht es um eine verstärkte Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, deren bisherige Form der traditionellen Friedenssicherung zu einem umfassenden Konzept der vorbeugenden Konfliktverhütung weiterentwickelt werden muß. Sozialdemokraten setzen dabei prioritär auf präventive Diplomatie, und das ist gut so. Während amerikanische Politikwissenschaftler in den Bruchlinien zwischen den Zivilisationen schon die neuen Schlachtlinien der Zukunft orten und im Grunde den Denkstrukturen des Kalten Krieges verhaftet bleiben, gehören aus sozialdemokratischer Sicht Dialogbereitschaft und interkulturelle Zusammenarbeit zu den unverzichtbaren Fundamenten einer neuen Weltordnung.

RUDOLF SCHARPING

## Reformpolitik für Deutschland

Die Bundesrepublik steht vor einer Richtungsentscheidung: Vor uns liegen enorme Herausforderungen und die Grundsatzfrage, wie die entscheidenden Aufgaben der Zukunft angegangen werden.

»Wer morgen sicher leben will«, so hat Willy Brandt einmal gesagt, »muß heute für Reformen kämpfen«. Dieses Land braucht eine neue Politik. Eine Politik, die Kräfte, Mut und Engagement für einen neuen Anfang freisetzt. Das kann eine Partei alleine nicht erreichen. Wir brauchen das Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte in dieser Gesellschaft.

»Wo der Politik das Projekt fehlt, wächst die postmoderne Beliebigkeit«, warnt Erhard Eppler. Das »Verkaufte« von Personen dürfe nicht an die Stelle der Darstellung konkreter Projekte treten. Wir haben uns unsere Vorschläge in einem offenen Dialog erarbeitet und sind als erste Partei das Wagnis eingegangen, unseren Entwurf auf zahlreichen Foren öffentlich zur Diskussion zu stellen.

### Solidarität der Generationen

Wir wollen die Solidarität wieder zu einem Grundpfeiler dieser Gesellschaft machen. Solidarität zwischen denen, die heute in Deutschland leben, aber auch Solidarität mit denen, die morgen hier leben werden. Deshalb brauchen wir einen doppelten Generationenvertrag, einen sozialen und einen ökologischen.

Der ökologische Part dieser gemeinsamen Verantwortung wird ohne soziale Komponente nicht zustande kommen, und der soziale Pakt der Generationen erfordert ökologische, d. h. eine auf langfristige Entwicklung hin angelegte Perspektive. Wir dürfen es nicht länger zulassen, daß die ökologischen Fragen ungelöst beiseite gelegt werden, weil die sozialen Ängste die Menschen dazu bringen, nur nach ihren kurzfristigen, aktuellen Tagesbedürfnissen zu entscheiden.

Fortschritt ist nur noch in der Kombination des Sozialen mit dem Ökologischen möglich.

Die Idee einer gerechten Gesellschaft, die sich aus verteiltem oder verteilbarem Wachstum gestalten ließe, ist am Ende. Eine Gesellschaft zu formen, in der sich Gerechtigkeit aus der Erträglichkeit und Einsicht in notwendige Zuzumutungen speist, wird die politische Aufgabe der Zukunft. Dabei muß dieser Wandel der Werte gar nicht als Verzicht oder gar Askese daherkommen. Die Politik muß den Bürgerinnen und Bürgern die Einsicht vermitteln, daß sie nicht verlieren, sondern einige unrealistische Ansprüche aufgeben, um reale Gewinne zu erzielen: mehr Lebensqualität, mehr Zufriedenheit, mehr Zukunftssicherheit für sich und ihre Kinder.

In diesen Zusammenhang gehört auch die überfällige Diskussion über die echten und angemessenen Eliten in unserem Land, über das Anspruchs- und Besitzstandsdenken. Mit dem Epochenbruch 1989/90 habe sich alles dramatisch verändert, heißt es. Aber jeder möchte, daß die Veränderung vor allem beim Nachbarn stattfindet, nicht jedoch bei sich selbst. In Amerika hat man für dieses Phänomen bereits eine treffende Abkürzung geprägt, man spricht von den Nimbies – alles verändert sich, aber *not in my backyard*.

Es ist noch nicht lange her, da wurde die Öffentlichkeit fast täglich von Krisenmeldungen über den Standort Deutschland beunruhigt – die Stimme der Bundesregierung war dabei im Chor der Kritiker stets deutlich zu hören. Die Löhne seien zu hoch, die Arbeitnehmer verwöhnt, die Gewerkschaften zu anspruchsvoll, das Management nicht konkurrenzfähig, kurz: Unsere Volkswirtschaft sei auf dem Weg ins Aus. Heute, wenige Wochen später, müssen die Vorboten einer leichten konjunkturellen Erholung bereits für eine massive Aufschwung-Kampagne der konservativ-liberalen Regierungsparteien herhalten. So falsch es ist, den Standort Deutschland herunterzureden, so falsch ist es, eine künstliche Euphorie zu erzeugen.

Unsere Gesellschaft braucht echtes Engagement auf der Grundlage realistischer Hoffnungen. Vor einem neuen Anfang muß daher eine ehrliche Schlußbilanz stehen. Die in weiten Teilen seriöse Auseinandersetzung um den »Standort Deutschland« war in dieser Hinsicht sehr fruchtbar; ihre wichtigsten Ergebnisse haben wir in unserem Regierungsprogramm berücksichtigt.

Dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist der Motor für die Schaffung und Sicherung von Arbeit und den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft. Der Schutz von Umwelt und Natur und die Ökonomie sind keine Gegensätze – ohne entschiedenes Umsteuern können wir weder die Ansprüche der Menschen von heute befriedigen, noch werden wir der Verantwortung für unsere Kinder und Enkel gerecht.

Eine ressourcenarme Gesellschaft wie die unsere lebt zu großen Teilen vom »Reichtum in den Köpfen« der Menschen. Gerade hier hat die Bundesregierung die Weichenstellungen für die Zukunft versäumt: Zwischen unserer Volkswirtschaft und der unserer Konkurrenten im internationalen Wettbewerb klafft eine Modernisierungs-Lücke. Es ist unverantwortlich, die Ausgaben für Forschung und Bildung ebenso wie die Mittel für Hochschulen und Studienförderung laufend zu beschneiden.

- Wir müssen mehr in unsere Zukunft investieren – gerade in Krisenzeiten.
- Der Aufbau im Osten muß endlich energisch vorangetrieben werden; es kommt darauf an, Konzepte an Stelle von medienwirksamen Spatenstichen zu präsentieren.
- Die Arbeit in Deutschland kann intelligenter organisiert werden; die Maschinen müssen länger laufen, die Menschen können kürzer arbeiten.
- Die Lohnnebenkosten müssen sinken, die Lasten der Einheit dürfen nicht auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden.
- Die verfehlte Finanzpolitik hat die Mark unter starken Aufwertungsdruck gesetzt. Das schädigt die exportabhängige deutsche Wirtschaft

stärker, als es Tarifabschlüsse ohne Augenmaß je gekonnt hätten.

- Die Staatsfinanzen müssen konsolidiert werden. Mit rund 2 000 Mrd. Mark hat die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände einen traurigen Rekord erreicht.
- Leistungsbereitschaft darf nicht bestraft werden: Mittlerweile kassiert der Staat fast 50 Pfennig jeder verdienten Mark.
- Der Staat muß effizienter arbeiten: Dienstwege müssen verkürzt werden, Entscheidungen schneller fallen, Verfahren und Vorschriften klarer werden.

### Aufschwung für alle

Es ist sehr erfreulich, daß sich die Auftragsbücher unserer Industrie zu füllen beginnen. Doch die einsetzende wirtschaftliche Belebung ist keineswegs hausgemacht, es ist die bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik anderer Länder, von der wir profitieren. Jetzt müssen wir die Chance ergreifen und die Grundlagen für ein stabiles, umweltverträgliches Wachstum unserer Volkswirtschaft legen. Wir müssen dafür sorgen, daß aus der geliehenen Konjunktur ein Aufschwung aus eigener Kraft wird – ein Aufschwung, von dem alle profitieren.

Schon heute fehlen in Deutschland rund sechs Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, in diesem Jahr werden mehrere Hunderttausende weitere Stellen abgebaut. Selbst eine spürbare Belebung der Konjunktur wird das Beschäftigungsproblem nicht von selbst lösen. Hier ist die Politik gefragt. Die bessere Verteilung der Erwerbsarbeit sowie die Schaffung zusätzlicher wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist das vordringliche Ziel.

Natürlich ist dies in mehrfacher Hinsicht ein ökonomisches Problem. Das »Unternehmen Deutschland« verschwendet seine Ressourcen, wenn es die Erfahrungen, die Fähigkeiten und Motivationen so vieler Arbeitswilliger brach liegen läßt. Wir leisten uns darüber hinaus den

unverantwortlichen Luxus, diese Arbeitslosigkeit mit rund 120 Milliarden Mark pro Jahr zu finanzieren, den Arbeitswilligen gesellschaftlich dringend notwendige Aufgaben zu übertragen und ihnen so eine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt zu bauen.

### Arbeit und umweltverträgliches Wachstum

Wir brauchen eine gesamtdeutsche Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum. Zunächst müssen wir dafür sorgen, daß alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit an einen Tisch geholt werden. Unsere zentrale Aufgabe ist es, einen nationalen Beschäftigungspakt zu organisieren. Dabei hat der Staat die Aufgabe, diesen Dialog zu moderieren. Darüber hinaus muß das Engagement bei Zukunftsinvestitionen im Wohnungsbau und bei der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen deutlich verstärkt werden.

### *Arbeit intelligent organisieren*

Die intelligente Organisation und gerechte Verteilung der Arbeit ist nach wie vor Aufgabe der Tarifparteien. Hier ist Phantasie nötig, um für den jeweiligen Einzelfall geeignete Lösungen zu erarbeiten. Aber der Gesetzgeber kann hier einen passenden Rahmen vorgeben, z. B. mit einer moderneren Ausgestaltung des Arbeitszeitgesetzes.

Es geht darum, daß nicht wenige noch mehr arbeiten, sondern viele in den Arbeitsprozeß integriert werden. Hunderttausende von Beschäftigten werden mit 55 oder weniger Jahren in den Ruhestand entlassen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt ständig zu, und viele Betriebe beeilen sich, ihre Auszubildenden nach dem Abschluß der Lehre loszulassen. Gleichzeitig müssen die, die eine Beschäftigung haben, ständig mehr arbeiten: Trotz hoher Arbeitslosigkeit haben die Beschäftigten 1993 rund 1,7 Mrd. Überstunden geleistet – das allein entspräche rund 1,1 Millionen neuen Arbeitsplätzen.

## *Teilzeit fördern*

Unsere Nachbarn in den Niederlanden haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht, den Beschäftigten flexible Wochenarbeitszeiten zuzugestehen. Jeder dritte Arbeitnehmer ist dort auf einem Teilzeitarbeitsplatz beschäftigt. In der Bundesrepublik sind es nur rund 15 Prozent. Aber auch bei uns hat die Ausweitung der Teilzeitarbeit zwischen 1983 und 1992 bereits zu 300 000 neuen Beschäftigungsverhältnissen geführt. Wenn es uns gelänge, eine niederländische Teilzeitquote zu erreichen, könnten wir mit 2,7 Millionen neuen Arbeitsplätzen rechnen. Auch hier ist der Staat gefordert. Einen wichtigen Beitrag muß der öffentliche Dienst leisten, denn derzeit liegt dort die Teilzeitquote mit 12 Prozent deutlich unter dem ohnehin niedrigen deutschen Durchschnitt.

## *Aktive Arbeitsmarktpolitik*

Es ist Unsinn, Arbeitslosigkeit zu finanzieren und nicht Arbeit. Die Maßnahmen der Arbeitsämter greifen erst, wenn die Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist. Künftig müssen sie vorbeugend tätig werden können, Entscheidungen sollen weitgehend dezentral gefällt werden. Es ist eine Aufgabe eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, die Brücke zum regulären Arbeitsmarkt zu schlagen. Öffentliche Förderung kann dabei sowohl als Lohnkostenzuschuß erfolgen wie als zusätzliches Entgelt für die Durchführung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit.

## *Kosten der Arbeit*

Die Löhne in Deutschland sind nicht zu hoch, aber die Arbeit ist zu teuer. In jedem Jahr steckt die Bundesregierung 50 Mrd. Mark aus der Rentenkasse und der Arbeitslosenversicherung in die Finanzierung der Einheit und treibt damit die Beiträge in die Höhe. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß hier vor allem die Arbeiter und Angestellten in die Pflicht genommen werden. Und es ist eine wirtschaftliche Dummheit, die Kaufkraft von denen zu beschneiden, denen ohnehin

laufend weniger von ihrem Brutto-Einkommen bleibt.

Wer die Lohnzusatzkosten senkt, unterstützt vor allem die arbeitsintensive mittelständische Wirtschaft. Sie beschäftigt zwei Drittel aller Arbeitnehmer und 80 Prozent der Auszubildenden, 50 Prozent aller Investitionen werden hier vorgenommen. Eine beispiellose Pleitewelle – mehr als 15 000 Insolvenzen von kleinen und mittleren Betrieben Jahr für Jahr seit 1992 – belegt, daß die seit Jahren von der Bundesregierung angekündigte Mittelstandspolitik über blumige Versprechen nie hinausgekommen ist.

## *Aufbauprogramm Ost*

Der beispiellose Abbau industrieller Arbeitsplätze in Ostdeutschland erfordert entschiedenes Gegensteuern. Die bisher eingesetzten wirtschaftspolitischen Instrumente reichen nicht aus. Ein Aufbauprogramm Ost muß Kräfte bündeln und sie zielgerichtet beim Auf- und Ausbau von wissenschaftlich-technischen Einrichtungen, der Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur einsetzen. Ostdeutschland braucht wettbewerbsfähige Unternehmen, wissenschaftlich-technische Einrichtungen und eine leistungsfähige Infrastruktur. Mit speziellen Krediten und Bürgschaften kann der Absatz ostdeutscher Produkte auf westlichen Märkten gefördert werden. Die Betriebe benötigen in vielen Fällen Hilfe, um hier den Markteinstieg zu schaffen. Zur Sicherung bestehender und Erschließung neuer Märkte in Osteuropa können Handelsentwicklungsgesellschaften beitragen.

## *Steuerreform*

Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und stabiles Wirtschaftswachstum stehen auch im Mittelpunkt der von uns geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung. Einfaches Motto: Wer Gewinne reinvestiert, bekommt eine Steuererleichterung, steuerliche Subventionen hingegen, die nichts mit Arbeitsplätzen und Investitionen zu tun haben, kann sich der Staat derzeit nicht leisten.

## Diebstahl an unseren Kindern

Wir wollen den Lebensstandort Deutschland zukunftsfest machen. Dabei steht ein Thema im Mittelpunkt: Die ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft. Wir kämpfen einen »Krieg gegen die Natur«, befindet etwa die renommierte Wochenzeitung DIE ZEIT. Dieser Krieg wird vordergründig immer noch mit Wirtschaftswachstum und Wohlstand gerechtfertigt, doch er richtet sich zunehmend gegen die Existenzgrundlage der Menschheit selbst. Eine *High-Tech-Zivilisation* wie die unsere entläßt mehr als 100 000 unterschiedliche Chemikalien aus dem Produktionsprozeß. Die Abfallstoffe müßten gereinigt oder zumindest unschädlich gelagert werden, vielfach jedoch werden sie in die Luft geblasen, in den Boden oder in Gewässer eingeleitet; 90 Hektar täglich werden asphaltiert; die Ausdünnung der Ozonschicht und der exzessive Energieverbrauch verändern den Strahlungshaushalt der Erdatmosphäre; täglich müssen Pflanzen und Tiere von der Liste der bedrohten Arten gestrichen werden, weil es sie nicht mehr gibt.

Mit dieser ungehemmten Ausbeutung der Natur schaden wir uns selbst. Wer immer noch glaubt, in Zeiten der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit könne sich ein Land Umweltschutz nicht leisten, der hat die Fakten nicht begriffen. Der Umweltfrevler kostet allein in Westdeutschland rund 600 Milliarden Mark pro Jahr, das entspricht einem Viertel unseres Sozialprodukts.

Die wesentliche Ursache der gegenwärtigen Fehlentwicklungen ist eine ökonomische: Die Umwelt hat keinen Preis. Die natürlichen Ressourcen dürfen von jedermann weitgehend kostenfrei genutzt werden, und das bedeutet, sie werden hemmungslos ausgebeutet – zu unser aller Schaden.

Zentraler Ansatzpunkt einer ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft ist daher der Umbau des Steuersystems. Damit verbinden wir unsere Ziele Umweltschutz, Wachstum und Beschäftigung.

Leitidee dieser Reform ist es, auf der einen Seite Arbeit attraktiver zu machen und umweltverträgliches Verhalten zu fördern, auf der anderen Seite den umweltschädlichen Energie- und Materialverbrauch kostengerecht zu belasten. Damit sich die Wirtschaft auf die neuen Rahmenbedingungen einstellt und die angestrebte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden kann, sollte die Veränderung der relativen Preise berechenbar und schrittweise erfolgen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bestimmt wesentlich über das Ausmaß und den Zeitpunkt der einzelnen Schritte. Dabei wollen wir unsere Partner in der EU dafür gewinnen, ebenfalls eine ökologische Steuerreform durchzuführen.

### *Ökologische Steuerreform*

Dieser Umbau im Steuersystem wird dafür sorgen, daß die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen. Wie wichtig dieser Umbau aus beschäftigungspolitischer Sicht ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Schon heute leben in Deutschland rund 320 000 Menschen vom Umweltschutz, jährlich werden Produkte und Dienstleistungen für rund 30 Milliarden Mark verkauft.

Noch gilt: Wer Arbeitsplätze schafft und Gewinne erwirtschaftet, wird dafür mit hohen Steuern bestraft, wer aber die Umwelt verschmutzt, kommt fast ungeschoren davon. In den vergangenen 10 Jahren ist die Arbeit steuerlich immer stärker belastet worden. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer am Gesamtsteueraufkommen etwa stieg in diesem Zeitraum von 37 auf annähernd 40 Prozent. Die Preise für Energie hingegen blieben für den Einzelnen wie für Unternehmen wesentlich unter den Kosten, die der Energieverbrauch der Allgemeinheit aufbürdete. Im Sinne des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Deutschland ist ein Umsteuern nötig. Eine aufkommensneutrale Energiesteuer soll den Verbrauch von Energie und Umwelt verteuern, sie wird den Steuerzahler insgesamt jedoch nicht stärker belasten.

In Zukunft gilt: Steigende Energie-

preise schaffen einen Anreiz, Energie sparsamer und produktiver zu verwenden. Die technischen Möglichkeiten dafür sind immens, und die Umstellung sichert uns Wettbewerbsvorteile auf den Märkten von morgen. Nach einer Untersuchung der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA wird sich das Weltmarktvolumen für Güter und Dienstleistungen im Umweltschutz bis zur Jahrtausendwende auf rund 600 Milliarden Dollar verdreifachen. Wenn wir unsere führende Stellung als »Ökonation« ausbauen, ist ein Zuwachs von rund 800 000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich realistisch. Der Umweltschutz gehört zu Deutschlands letzten Wachstumsmärkten. Es kann nichts schaden, sich gelegentlich daran zu erinnern, daß wir diesen Status auch dem hartnäckigen Einsatz und großen Engagement häufig verlachter und angefeindeter Umweltschützer verdanken.

Gewarnt sei allerdings vor dem Glauben, mit noch mehr Filtern, noch größeren Kläranlagen, noch leistungsfähigeren Verbrennungsöfen ließe sich die Umwelt- und Beschäftigungskrise meistern. Die Lösung unserer Probleme besteht also nicht darin, am Ende der Abwasserleitung halbwegs sauberes Wasser zurückzuführen in den Bio-Kreislauf. Unsere Zukunft liegt darin, ökonomische und ökologische Vernunft schon in der Produktion zusammenzuführen. Unser Ziel: Deutschland soll nicht Spitzenreiter bei den sogenannten *End-of-Pipe*-Technologien bleiben, sondern Weltmeister beim produktintegrierten Umweltschutz.

### *Forum Zukunft*

Wir können es uns nicht länger leisten, als Pionier Ideen zu liefern und die Grundlagen für neue Produkte zu schaffen, die Erschließung der neuen Märkte dann jedoch anderen zu überlassen. Es muß möglich sein, daß sich unsere Gesellschaft, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, Ziele setzt und die Leistungskraft der Volkswirtschaft aber auch von Wissenschaft und Forschung auf diese Schwerpunkte konzentriert.

Warum müssen etwa Frankreich und Deutschland beim Bau von Hochgeschwindigkeitszügen miteinander konkurrieren? Die USA setzen auf den Ausbau der *Information Highways* oder die Entwicklung von Autos mit optimierten Verbrauchswerten, an diesen Projekten arbeiten Privatwirtschaft, öffentliche Hand und Universitäten gemeinsam. Japan bündelt seine Kräfte unter dem Stichwort *Eco-lution*, einem Kunstwort, das die evolutionäre Entwicklung umweltgerechter Technologien beschreiben soll.

Bisher haben wir zu oft technologische Vorsprünge leichtfertig aufgegeben. Das 10 000-Dächer-Programm zur Erforschung der Solarenergie beispielsweise hat schon in den 70er Jahren wichtige Erkenntnisse über die Anwendung dieser sanften Energie für private Haushalte erbracht. Kurz bevor diese Technologie die Marktreife erlangt hat, wurde das Programm abgesetzt. In Japan handelte der Staat entschlossener. Auf der Grundlage der bundesdeutschen Ergebnisse legte der Staat ein ähnliches Förderkonzept auf – für 70 000 Dächer. Es waren japanische Unternehmen, die im vergangenen Jahr einen 650 Millionen Mark-Auftrag für den Aufbau einer Solarenergiestation in Saudi-Arabien erhielten.

Wichtig ist, daß die Ergebnisse der Forschertätigkeit an Universitäten und in Unternehmen wesentlich schneller als bisher an die praktische Anwendung überführt werden können. Wissenschaft und Industrie müssen enger zusammenarbeiten. Besondere Anstrengungen sind in Ostdeutschland erforderlich. Hier sind Forschung und Entwicklung in weiten Bereichen zusammengebrochen.

Die Vorgabe vernünftiger und erfüllbarer Rahmenbedingungen durch den Staat wird eine Säule erfolgreicher Umweltpolitik sein müssen. Das gilt zum Beispiel für die Energiepolitik: Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie, eine Wiederbelebung dieser »Dinosaurier-Technologie« wird es nicht geben.

Gesetze und Verordnungen schädigen nicht automatisch die Wirtschaft,

# *Glückauf*

*Braunkohle  
liefert preiswerten Strom  
für die Wirtschaft  
und bietet sichere Arbeit  
für die Menschen.*

*Ein Glück, daß wir sie haben.*

 **RHEINBRAUN**

das zeigt das Beispiel des Katalysators. Hier hat die verbindliche Regelung den ökologischen Fortschritt und den ökonomischen Erfolg deutscher Produkte erst möglich gemacht. Daß staatliche Regelungen auf der anderen Seite den umweltpolitischen Fortschritt behindern können, zeigt das Problem der relativen Mehrbelastung von Diesel-PKW bei der Besteuerung. Es ist schon grotesk, wenn für ein Mittelklassefahrzeug mit High-Tech-Dieselantrieb und einem Verbrauch von durchschnittlich 4,38 Litern mehr Kfz-Steuern fällig werden als für den größten, in Deutschland gebauten Sportwagen. Diese Regelung setzt falsche Anreize für die Entwicklung neuer Motoren und neuer Fahrzeugtechnologie.

### Den Staat modernisieren

Staatliches Handeln steht unter einem stetig gewachsenen Legitimationszwang, das gilt nicht nur für den Umweltschutz. Viele Menschen erleben die öffentliche Verwaltung als träge und bisweilen arrogant, kompliziert und undurchschaubar. Hinzu kommt, daß der Staat sich seine Verwaltung inzwischen kaum noch leisten kann. Die Modernisierung des staatlichen Handelns ist deshalb eine wesentliche Aufgabe für die Sicherung unserer Zukunft.

Bisweilen richtet sich die Kritik allerdings gegen staatliche Tätigkeit überhaupt, dieser Standpunkt ist überzogen: Nicht nur die Erfahrungen in den neuen Bundesländern belegen die Rolle einer funktionierenden Bürokratie als einer »Autobahn der Marktwirtschaft«. Die Frage ist nicht, ob der Staat handeln muß, sondern wo und mit welchen Mitteln das zu geschehen hat. Das Ziel ist, die öffentliche Verwaltung an die veränderten Erfordernisse anzupassen – der Staat muß wieder auf die Bürger zugehen.

Die öffentliche Verwaltung muß ein bürgernahes Serviceunternehmen werden. Sie braucht klare Ziele, muß effizient handeln können und sparsam mit Ressourcen umgehen. Das bedeutet, wir müssen die Voraussetzungen für mehr

Entscheidungsfreiheit und die Konzentration auf das Wesentliche schaffen. Dazu gehört auch, daß die Behörden überprüfen, ob eine Aufgabe unbedingt in ihren Verantwortungsbereich gehört.

Über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen muß von Fall zu Fall entschieden werden. Wichtig dabei ist, daß private Anbieter keine geschützten Märkte erhalten. Ihre Dienstleistungen müssen dauerhaft erbracht werden und in der gleichen Qualität, wie es die öffentliche Verwaltung tun kann; der soziale und tarifliche Schutz der Arbeitnehmer muß gewährleistet sein. Privatisierung darf nicht den Abbau von Sozialverträglichkeit bedeuten.

Die Diskussion verengt sich zu häufig auf die angeblichen Gegenpole Staat oder Privatwirtschaft. Aber viele staatliche Dienstleistungen und Angebote können ebenso gut oder sogar besser durch die Bürgerinnen und Bürger und ihre Eigeninitiative erfüllt werden. Ein moderner Staat muß daher das Engagement und das *Know-how* der Menschen stärker nutzen und mehr Raum für ihre Ideen und ihre Verwirklichung schaffen.

Ein wichtiger Schritt: Wir müssen das Wissen in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser nutzen; es geht darum, Hierarchien abzubauen und stärker auf die Verantwortungsbereitschaft der Einzelnen zu bauen. Es muß nicht so bleiben, daß in der Industrie jeder zweite Mitarbeiter regelmäßig mit Verbesserungsvorschlägen zur Produktivitätssteigerung beiträgt und in der öffentlichen Verwaltung nicht einmal einer von hundert Beschäftigten den Mut hat, Veränderungen zur Diskussion zu stellen.

Zur Motivation der Beschäftigten trägt es auch bei, wenn das starre System der Laufbahngruppen durch ein Modell ersetzt wird, das auf den tatsächlichen Aufgaben beruht, nicht auf abstrakten Ämtern.

Die Einstiegsgehälter müssen attraktiver werden, um gut ausgebildeten jungen Leuten Anreize zu vermitteln. Spitzenpositionen wollen wir künftig nur noch auf Zeit vergeben.

## Der schlanke Staat

Wir brauchen schlankes Spitzenmanagement. Es reicht völlig aus, wenn die Ministerien sich auf die Vorbereitung der Gesetzgebung beschränken, auf die Kontrolle der Gesetze und die politische Leitungs- und Weisungsfunktion. Bisher geht der Trend in die entgegengesetzte Richtung. Ein drastisches Beispiel für die Aufblähung von Bürokratien bietet der Bund. Eine Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* belegt eindrucksvoll, wie sich diese Großorganisationen durch Überkomplizierung und Übersteuerung selber lähmen.

Anfang der 50er Jahre kam der Bonner Apparat mit 13 Ministerien, 13 Staatssekretären, 16 Ministerialdirektoren und insgesamt 4 000 Beschäftigten aus. Mittlerweile beschäftigt die Regierung 27 000 Staatsdiener, 19 Minister, 62 Staatssekretäre und 120 Ministerialdirektoren. Daß die Besetzung der Spitzenpositionen in den Ministerien häufig weniger nach der Qualifikation und eher nach der Parteizugehörigkeit erfolgt,

trägt ebenfalls nicht zur Professionalisierung bei.

Seit mehr als zehn Jahren müht sich ein Expertengremium im Auftrag der Bundesregierung – die sogenannte Waffenschmidt-Kommission – um eine Reform der Bundesverwaltung. Bisher hat diese Runde vor allem weiteres Papier produziert. Währenddessen blähte eine Flut von Gesetzen und Verordnungen den Verwaltungsapparat zusätzlich auf. Die Personalausgaben für die Bundesbediensteten kletterten von 1980 bis 1992 von 32,2 auf 51,5 Milliarden Mark. Wir müssen jetzt entschieden gegensteuern, sonst bleibt der Politik kaum noch Gestaltungsspielraum.

## Reformen sind möglich

Daß Veränderungen möglich sind, ist in Rheinland-Pfalz bewiesen worden. Zum Beispiel mit dem Projekt *Finanzamt 2000*, in dem Steuererklärungen nach einer organisatorischen Vereinfachung nun nach drei und nicht, wie bisher, frühestens nach neun Wochen an die Bürger

»La Ola«-Welle in Dortmund

Foto: epa



zurückgegeben werden. Zum Beispiel durch die Einbindung von privatem Kapital und *Know-how* bei öffentlichen Bauvorhaben. Unser Wirtschaftsministerium hat für Straßenprojekte, die aufgrund der angespannten Haushaltslage mit privatem Kapital finanziert werden sollen, ein bisher bundesweit einmaliges Finanzierungsmodell entwickelt. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Modellen für die Privatfinanzierung werden mittelständische Bauunternehmen gegenüber Großunternehmen nicht mehr benachteiligt. Zum Beispiel durch die stärkere Nutzung der Kenntnisse, Erfahrungen und Kreativität aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein landesweiter Ideenwettbewerb zur Verwaltungsvereinfachung läuft, der Rücklauf ist enorm und zeigt, die so häufig verspotteten Bürokraten warten nur auf eine Gelegenheit, sich beteiligen zu können.

Arbeit, soziale Gerechtigkeit und der Schutz von Umwelt und Natur sind also die zentralen Reformfelder für die Zukunft unseres Landes. Die Modernisierung der Staatstätigkeit, der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft, nationaler Beschäftigungspakt und aktive Arbeitsmarktpolitik sind wesentliche Schritte auf diesem Weg in eine menschlichere Zukunft. Die Kräfte der Freiheit und der gegenseitigen Verantwortung müssen sich wieder entfalten können. Eine Regierung hat den Einzelnen in den Mittelpunkt zu stellen, seine Wünsche und Sorgen ernstzunehmen, statt mit seinen Hoffnungen zu spielen. Wir brauchen eine neue Politik, für Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam die deutsche Einheit verwirklichen.

## REGINE HILDEBRANDT Über die Zukunft von Familien und Kindern

**I**n den Köpfen und Herzen der Menschen hat die Familie eine Zukunft« (Bundesministerin *Rönsch*).

»Wenn Staat und Gesellschaft die Familie weiterhin so im Stich lassen, dann wird sie nie wieder eine Zukunft haben« (*Heinz Hilgers*, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes).

»Familie ist *die* Lebensform der Zukunft« (Der Bayerische Staatsminister *Glück*).

»Auslaufmodell« (*Trude Unruh*, Vorsitzende der »Grauen Panther«).

»Familie ist ein aufgehendes Untergangsphänomen mit soliden Überlebenschancen« (*Ulrich Beck*, Süddeutsche Zeitung, 13. Januar 1994).

Dieser dissonante Chor muß seltsam anmuten. Beeinträchtigen ideologische Sichtblenden den klaren Blick? Gibt es vielleicht mehrere Wirklichkeiten?

Wenn ich als ehemalige Bürgerin der DDR über Familie nachdenke, dann liegt es nahe, daß ich einen Blick zurückwerfe. Für die Menschen in der DDR hatte Familie einen hohen Stellenwert. »Man braucht die Familie zum Glücklichein«, sagten 1991 84 % der Ostdeutschen, aber nur 69 % der Westdeutschen. Die Menschen in der DDR heirateten früher und häufiger, es gab mehr Zweit- und Dritt-ehen, und vor allem wurden mehr Kinder geboren: Laut einer Studie des Münchner Jugendinstituts von 1990/91 waren 18 % der Ostdeutschen, aber 37 % der Westdeutschen kinderlos. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war möglich, wenn auch nicht unproblematisch. 92 % der Frauen in der DDR waren berufstätig, und das war möglich, weil eine flächen-deckende Betreuung der Kinder von 0 bis 10 Jahren zur Verfügung stand. Es war dennoch nicht unproblematisch, sagte ich eben, weil der Hauptanteil der Hausarbeit natürlich bei den Frauen lag. In dieser Hinsicht waren sich die deutschen

Männer Ost und West im wesentlichen einig, auch wenn die Ost-Männer ein bißchen mehr mithelfen.

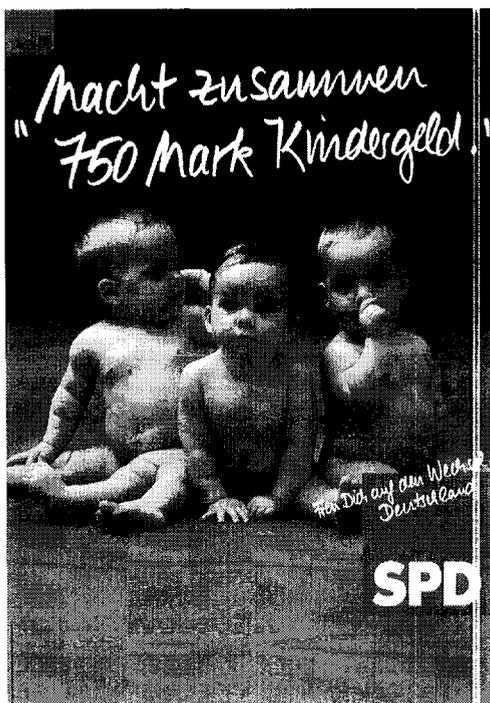
Die deutsche Einheit führte zu einem Schock, der historisch ohne Beispiel ist: 65 % weniger Eheschließungen, über 60 % weniger Geburten und 80 % weniger Scheidungen. Die außergewöhnlichen ökonomischen und sozialen Verwerfungen – insbesondere die hohe Massenarbeitslosigkeit, die in vielen Fällen in Langzeitarbeitslosigkeit übergeht – lassen es nicht geraten erscheinen, die Risiken noch durch Kinder zu erhöhen. Dann muß man aber auch nicht unbedingt heiraten. Andererseits geht man in einer Situation allgemeiner Unsicherheit auch nicht ohne Not auseinander, die bestehende Familie ist vielleicht noch ein letzter Fixpunkt, von praktischen Problemen wie Wohnraummangel und den Unübersichtlichkeiten des »neuen« Scheidungsrechts ganz zu schweigen. Und ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die wachsende Arbeitslosigkeit in vielen Fällen das Haushaltseinkommen so gesenkt hat, daß davon noch gerade *ein* Haushalt leben kann. Eine Trennung ist in diesen Fällen aus materiellen Gründen nicht möglich, selbst wenn sie gewollt ist.

## Das Jahr der Familie

Das Jahr 1994 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahr der Familie proklamiert. Überdies ist 1994 auch das Jahr des Weißstorches. Dies könnte zu der sarkastischen Parallele Veranlassung geben, beide Kategorien rangierten in der Liste der aussterbenden Arten relativ hoch. Zumindest für den Weißstorch in Brandenburg kann ich feststellen, daß das nicht zutrifft.

Das Motto des Bundesverbandstages 1993 des Deutschen Familienverbandes lautete: »Familie ist Mittelpunkt.« Zwischen diesem Anspruch und der gesellschaftlichen Wirklichkeit klafft eine beträchtliche Lücke.

Die soziale Situation von Familien mit Kindern in der Bundesrepublik macht deutlich, daß Familie zwar in Sonntagsreden als Keimzelle der Gesell-



Wahlplakat für mehr Kindergeld

Foto: JOKER/L. Schm dt

schaft gepriesen, in der sozialen Realität aber kraß benachteiligt wird:

Der Ende 1992 veröffentlichte Forschungsbericht über »Familienpolitische Fördersysteme in der Europäischen Gemeinschaft« hebt als Gründe für Armut von Familien in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft vier Kriterien in Rangfolge hervor: Kinderreichtum (ab dem 3. Kind), Alleinerziehung, Arbeitslosigkeit und soziale Randständigkeit. Kinderreich zu sein und/oder Kinder allein zu erziehen, bilden danach die beiden größten Risiken für Familien, in Armut zu geraten: 1991 lebten in den alten Bundesländern 77 % der alleinerziehenden Mütter kleiner Kinder unterhalb der Armutsgrenze.

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland stieg von 1981 bis 1990 um 58,6 %. Der Bundeshaushalt stieg um 33,8 %. Die Löhne stiegen um 32,7 %. Die Preise stiegen um 21,5 %. Die Leistungen des Familienlastenausgleichs hingegen sanken von 29,11 Mrd. im Jahre 1981 auf 29,0 Mrd. im Jahre 1990.

21 % der Sozialhilfeempfänger sind Alleinerziehende. In Brandenburg ist jeder zweite Sozialhilfeempfänger ein Kind. Bundesweit leben bereits über 1 Million Kinder von Sozialhilfe. Konsequenz: Deutschland hat den geringsten Kinderanteil an der Bevölkerung in ganz Europa. Der derzeitige Familienlastenausgleich ist in seiner Höhe unzulänglich, ungerecht finanziert und vollkommen undurchschaubar: Es gibt Kindergeld in Höhe von monatlich 70,00 DM für das erste, 130,00 DM für das zweite, 220,00 DM für das dritte und 240,00 DM für jedes weitere Kind.

Ab bestimmten Einkommensgrenzen wird das Kindergeld gestaffelt gekürzt. Daneben gibt es einen steuerlichen Kinderfreibetrag in Höhe von 4.104,00 DM im Jahr. Da ein solcher steuerlicher Kinderfreibetrag Familien bzw. Alleinerziehenden, die keine Einkommensteuer zahlen, nicht zugute kommt, wird für die Bezieher unterer Einkommen ein sogenannter Kindergeldzuschlag von höchstens 65,00 DM pro Monat gewährt. Da die Familienministerin es jedoch Anfang 1994 versäumt hat, die Steuerfreibeträge im Kindergeldgesetz anzupassen, verlieren in diesem Jahr 870 000 einkommensschwache Familien den Kindergeldzuschlag in Höhe von mehr als 500 Mill. DM.

Der steuerliche Kinderfreibetrag wird vom Finanzamt verwaltet, das Kindergeld und der Kindergeldzuschlag vom Arbeitsamt. Die komplizierte Konstruktion ist für die anspruchsberechtigten Familien oftmals nicht zu durchschauen, was zur Folge hat, daß Leistungen aus Unkenntnis nicht in Anspruch genommen werden.

In Form einer volkswirtschaftlichen Bilanz sehen die familienpolitischen Leistungen der derzeitigen Bundesregierung etwa folgendermaßen aus:

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber beauftragt, das Existenzminimum auch von Kindern mindestens in Höhe des durchschnittlichen Sozialhilfebedarfs zu sichern. Die Bundesregierung gibt das Existenzminimum für ein Kind im Jahre 1993 mit 591,00 DM

monatlich an, davon stellt sie über den Kinderfreibetrag und das Kindergeld 517,00 DM steuerfrei. Durch die ungerechtfertigte Besteuerung des Differenzbetrages erzielt sie einen Einnahmeüberschuß von etwa 10 Mrd. DM.

Die tatsächlichen Unterhaltskosten für ein Kind liegen bei schätzungsweise 830,00 DM pro Monat. Die Differenz zwischen dem Existenzminimum und diesen tatsächlichen Unterhaltskosten – also über 300,00 DM im Monat – behandelt die Bundesregierung als frei verfügbares Einkommen, das normal besteuert wird. Somit verdient der Staat an den etwa 16 Millionen Kindern bis zur Grenze von 40 Mrd. DM.

Davon flossen 1993 36 Mrd. DM als Kinder-, Erziehungsgeld und andere familienpolitische Leistungen an die Eltern zurück. Kostas Petropoulos (in DIE WOCHE, 3. Februar 1994) kommt zu dem Ergebnis: »Mithin zahlen Familien die staatlichen Leistungen an sich selbst nicht nur vollständig aus eigener Tasche, sondern müssen dafür, daß sie Kinder haben, Milliardenbeträge draufzahlen.« Hinzu kommen ca. 20 Mrd. DM, die der Staat über indirekte Steuern an den Kindern verdient.

Dieses System trägt den freundlichen Titel »Familienlastenausgleich«. Experten nennen es »Transferausbeutung«.

## Eine Zukunft für Kinder und Familien?

Die Frage nach der Zukunft von Kindern – und somit nach der Zukunft von Familien – legt die Frage nach den Gründen nahe, die bisher die Entscheidung für oder gegen Kinder beeinflusst haben. Es gab eine Reihe von »rationalen« Gründen für Kinder: Sehr viel früher war das die Versorgung der Eltern, dann bevölkerungspolitische Gründe (*Mutterkreuz*), und heute noch »die Deutschen sterben aus«, oder die Sicherung von Wohlstand und des Systems der Altersversorgung. Alle diese Gründe sind entweder überholt, oder waren seit jeher falsch.

Es gab und gibt aber einen wesentlichen Grund, sich für Kinder zu entscheiden, allen Widrigkeiten zum Trotz,

von denen im vorigen Kapitel die Rede war. Dieser Grund läßt sich kennzeichnen mit den Begriffen: Liebe, Vertrauen, Wärme, aber auch Verantwortung und Zukunft. Und viele andere Antworten, die jeder für sich selbst geben kann. Da hat der Staat oder die Gesellschaft nichts zu suchen. Deren Rolle liegt in einem anderen wesentlichen Bereich, nämlich dem der ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen.

Die Sozialdemokraten haben in ihrem Grundsatzprogramm 1989 ihre familienpolitischen Ziele wie folgt beschrieben: »Familien und andere Lebensgemeinschaften sind für die persönliche Entfaltung jedes Menschen unabdingbar. Deshalb müssen Staat und Gesellschaft sie anerkennen, schützen und fördern. Staat und Gemeinden haben die Pflicht, die materiellen Belastungen der Familie wenigstens teilweise auszugleichen, Benachteiligungen abzubauen und besondere Hilfe für Alleinerziehende, Familien mit kranken oder behinderten Kindern

und mit pflegebedürftigen Angehörigen bereitzustellen.«

Im Regierungsprogramm wurden diese generellen Ziele dann präzisiert: »Dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein. Deshalb wollen wir eine kräftige Erhöhung des Kindergeldes auf monatlich 250,00 DM für jedes Kind. Das ist ein erster entscheidender Schritt zu einem gerechteren Kinderleistungsausgleich. Dadurch wird sich vor allem die Lage der Familien mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar verbessern. Ab dem vierten Kind sollen die Familien mit zusätzlich 100,00 DM im Monat unterstützt werden. Diese Reform ist aufkommensneutral zu finanzieren: Durch Ersetzung der ungerechten steuerlichen Kinderfreibeträge, bei denen Spitzenverdiener fast dreimal besser abschneiden als geringverdienende Familien. Zugunsten der Kinder werden wir auch die überzogene steuerliche Begünstigung des Trauscheins bei hohen Einkommen begrenzen.«

# „Das Schicksal des Menschen ist der Mensch.“

Wie unsere Zukunft aussehen wird,  
liegt an uns Menschen selbst.

Wir – über drei Millionen Frauen und Männer  
in der IG Metall – wollen sie mitgestalten.

Deshalb mischen wir uns ein.

Für soziale Gerechtigkeit.

Für ein friedliches Zusammenleben  
der Menschen, Völker und Nationen.

Für eine lebenswerte Zukunft.

Bert Brecht



Diese zuletzt genannte – in der allgemeinen Diskussion als *Ehegattensplitting* bekannte – Regelung ist ein besonders plastisches Beispiel für die Ungerechtigkeit der derzeitigen Finanzierung. Das Ehegattensplitting verursacht momentan Steuermindereinnahmen der öffentlichen Hand von ca. 30 Mrd. DM pro Jahr. Mit dieser beträchtlichen Summe werden drei Effekte erzielt: Je höher das Einkommen, desto höher die Subvention. Subventioniert wird die Tatsache der Eheschließung, nicht das Vorhandensein von Kindern. *Ehegattensplitting* wirkt sich dann am stärksten aus, wenn einer der Partner nicht oder nur geringfügig berufstätig ist. Damit wird das Leitbild der Versorgerehe bevorzugt und gleichberechtigte Berufstätigkeit beider Partner bestraft.

Organisationstechnisch soll das Kindergeld künftig unmittelbar vom Finanzamt als Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt bzw. ausgezahlt werden. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger weniger Bürokratie und für die Verwaltung die Entlastung von unnötiger Doppelarbeit.

Dieses einheitliche Kindergeld ist ein enormer Schritt vorwärts, er ist dringend notwendig, aber er ist mittelfristig nicht hinreichend, da die Kinderkosten – wie vorhin erörtert – wesentlich höher liegen. Mittelfristig werden wir das Transfersystem vom Kopf auf die Füße zu stellen haben, indem nämlich eine Umverteilung von den Kinderlosen zu den Kinderreichen erfolgen muß, statt wie bisher umgekehrt. Kinderkosten müssen von der ganzen Gesellschaft getragen werden, denn Kindererziehung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen also ein System, das das Existenzminimum von Kindern tatsächlich deckt.

Hierfür sind mehrere Lösungswege denkbar. In Frage käme eine steuerfinanzierte Lösung oder die in Diskussion befindliche *Kinderkasse*. Daß eine solche Kinderkasse funktionieren kann, zeigt das Beispiel Frankreich, wo seit langem eine nationale Familienausgleichskasse für die Umverteilung von Kinderlosen zu Kinderreichen, die zentrale und transpa-

rente Auszahlung des Kindergeldes und eine Beteiligung der Sozialpartner und Familienorganisationen an der Leistungsgestaltung sorgt.

Eine ausreichend große und bezahlbare Wohnung ist natürlich für alle Bevölkerungsgruppen von Bedeutung, für Familien mit Kindern jedoch in besonderem Maße, da ihre ökonomischen Bedingungen – wie dargestellt – schlechter sind. Daher muß auch das Wohneigentum für Familien mit Kindern gefördert werden.

Zu diesen materiellen Komponenten müssen andere kommen, die auch mit Ökonomie, vor allem aber mit der Rolle der Frau in unserer Vorstellung einer künftigen Gesellschaft zu tun haben. Mit der Frage, ob wir ernsthaft glauben, mit gesellschaftlichen Konstruktionen bestehen zu können, die den Frauen auch weiterhin die zweite Geige zuweisen. Zurück zu den drei »K« (Küche, Kinder, Kirche) ist eine ebenso zukunftsweisende Forderung, wie etwa die Substitution des ICE durch die Postkutsche. Viele Frauen wollen Berufstätigkeit *und* Mutterschaft. Das geht – etliche haben es bewiesen und beweisen es fortwährend. Aber es ist heute noch ein steiniger Weg, und viele Kinder werden wohl deswegen nicht geboren, weil Kind oder Berufstätigkeit eine Alternative sein können.

Um hier Abhilfe zu schaffen, sollte zunächst der Gesetzgeber eine Ergänzung des Artikel 6 Grundgesetz folgenden Inhalts beschließen: »Wer in familiärer Gemeinschaft Kinder erzieht oder für Hilfebedürftige sorgt, ist durch den Staat zu fördern. Der Staat fördert ebenso die Möglichkeit für Frauen und Männer, die Erfüllung ihrer Familienpflichten mit der Erwerbstätigkeit und der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren.«

Außerdem wollen wir die Umsetzung des gesetzlich festgelegten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, und wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau von Tageseinrichtungen für alle Altersgruppen und Ganztagschulen.

Uta Meier, die Vorsitzende von *Pro Familia*, weist mit Recht darauf hin, daß

der alte Satz, daß nur die Reichen sich einen armen Staat leisten können, auch hier seine Richtigkeit hat: »Sie (die sozialen Unterschichten) sind es, die vom Defizit öffentlicher Kinderbetreuung am nachhaltigsten betroffen sind; eine Tagesmutter oder eine Elterninitiative, auf die eine Hochschulabsolventin bei entsprechenden Ressourcen immerhin noch Zugriff hat, kann sich eine alleinerziehende Sachbearbeiterin in der Regel nicht leisten.«

Wir brauchen eine Reform der Alterssicherung, die die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen im Rentenrecht angemessen berücksichtigt.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Frage der Arbeitszeit von Bedeutung. Die Benachteiligungen bei der Teilzeitarbeit müssen durch gesetzliche Regelungen abgebaut werden. Überdies sind Gesetzgeber und Tarifpartner aufgefordert, flexiblere und kürzere Arbeitszeiten anzubieten.

Die letzte Forderung bezieht sich wohlgerne auf Frauen und *Männer*. Hier kommen wir nun zu einem heiklen Punkt. Die bisherigen Erörterungen bezogen sich auf äußere Bedingungen, die für die Existenz von Familien wesentlich sind. Die Frage der Emanzipation von Männern betrifft das Innenverhältnis von Familien und ist offenbar ebenso wesentlich. Unverkennbar sind Männer in Bewegung geraten, aber sie bewegen sich zu langsam, und es sind zu wenige. Dazu nur ein symptomatischer Hinweis: Nach einer Allensbach-Umfrage aus dem Mai 1994 sind 64,3 % der Männer nicht bereit, zugunsten von Kindern und Haushalt beruflich zurückzustecken. Die Zahl der Frauen, die bereit sind, dies widerspruchslos hinzunehmen, nimmt offenbar ab: Die steigende Zahl von Scheidungen, wobei das Scheidungsbegehren häufiger von den Frauen als von den Männern ausgeht, mag hierauf ein Hinweis sein.

Der Familienforscher Hans Bertram riskiert einen Blick auf die Familie 2000: »Das Paar wird beruflich höchst qualifiziert sein und nicht mehr als zwei Kinder

haben. Sie werden auf dem Land in einem sehr komplizierten Beziehungsgeflecht von Unterstützungssystemen leben: zwischen Krippe und Oma. Die Eltern werden 60 km zur Arbeit pendeln. Sie sind mit sehr schwierigen Zeitarangements belastet. Nicht getrennt. Darauf hoffend, daß die Tagesschule eingeführt wird. Und weiterhin leidend an der Unfähigkeit der Politiker, die sich ihrer Probleme immer noch nicht angenommen haben.«

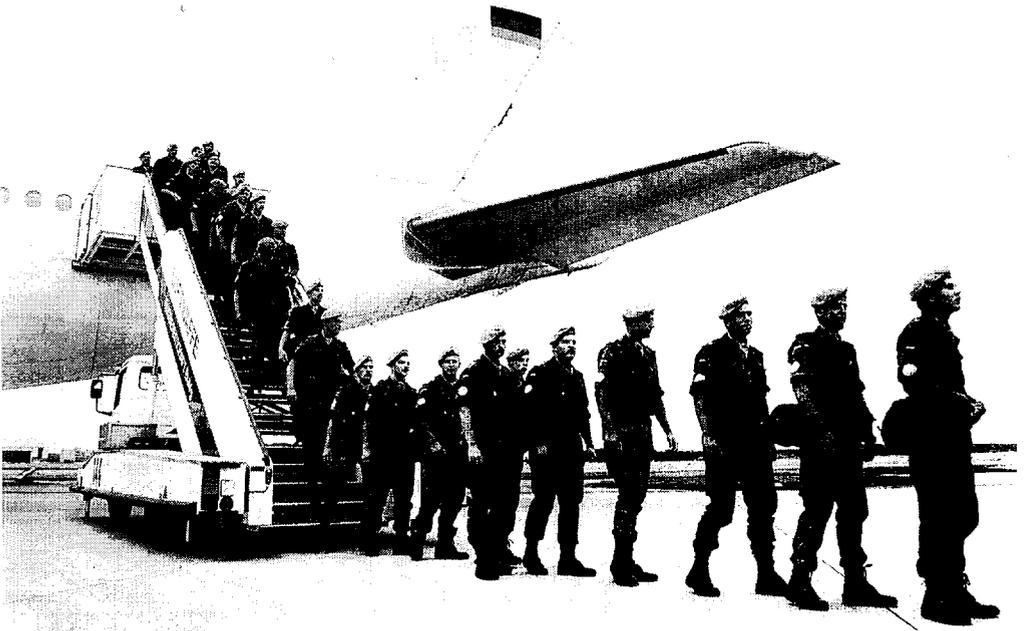
GÜNTER VERHEUGEN

## Außenpolitik als globale Innenpolitik

Es ist keine fünf Jahre her, da feierten die Menschen in Deutschland den Fall der Berliner Mauer – wohl kein Ereignis demonstrierte stärker den zu dieser Zeit stattfindenden Umbruch in Europa. Längst haben sich viele der damaligen Hoffnungen als Illusionen entpuppt. Die internationale Staatengemeinschaft befindet sich heute in einer Phase des Übergangs und der Umwandlung. Weg und Ziel sind unklar. Der Zusammenbruch der alten Weltordnung mit ihren zwei dominanten Blöcken – die mit ihrem Freund-Feind-Schema auf ihre Art für Stabilität gesorgt hat – hat auch die westliche Außenpolitik in eine Orientierungskrise gestürzt.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat zahlreiche positive Kräfte freigesetzt. Es hat die Kräfte der Demokratie, der Menschenrechte und der Freiheit gestärkt. Doch es hat eben auch viele unheilvolle Kräfte entfesselt, die lange kontrolliert oder unterdrückt worden waren: religiöse und soziale Konflikte, alter Haß zwischen Völkern und Volksgruppen, Gebietsstreitigkeiten und Herrschaftsansprüche. Der Gedanke des Nationalismus erweist sich selbst in Europa wieder als eine machtvolle und verderbliche Kraft.

Viel schwerwiegender für die gegenwärtige Krise der internationalen Politik



Deutscher Unterstützungsverband Somalia

Foto: JOKER/L. Schmidt

sind jedoch die globalen Risiken und Gefahren, die nicht nur das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern das Überleben der gesamten Menschheit bedrohen. Diese Probleme sind keineswegs neu. Sie haben sich seit der Industrialisierung aufgebaut und sich schließlich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch entwickelt. Unzählige Berichte liegen inzwischen vor über die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, die Ausmaße und Auswirkungen der Umweltzerstörung, das Bevölkerungswachstum und die zunehmende Verelendung – Faktoren, die sich zu einer Todesspirale zusammenschließen. Der mit der ständigen Bedrohung eines atomaren Krieges verbundene Systemkonflikt nach 1945 hat dabei eine fatale Rolle gespielt. Während der Ost-West-Konfrontation stand die Selbstbehauptung – auch die ökonomische Selbstbehauptung – im Zentrum der politischen Bestrebungen. Für die Krisenbewältigung notwendige Ressourcen waren gebunden und gingen zu einem beträchtlichen Teil in die unproduktive militärische Aufrüstung. Der Ost-West-

Konflikt hat zudem einen Prozeß der Verdrängung begünstigt. Die Lösung der globalen Probleme wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Nun aber ist der Kalte Krieg vorbei.

Trotzdem hat eine wirklich neue Politik bis heute nicht eingesetzt, und selbst das notwendige Umdenken fehlt bis heute bei großen Teilen der politischen Eliten. Es wäre ein verhängnisvoller Fehlschluß zu glauben, der Untergang des kommunistischen Systems sei ein Beweis für die Richtigkeit und Fehlerlosigkeit des kapitalistischen Systems und man müsse nur so weitermachen wie bisher. Gerade die westlichen Ökonomien bauen auf die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen auf. Auch sie haben sich der Ausbeutung in Ländern der Dritten Welt schuldig gemacht und profitieren noch heute vielfach von ungerechten Strukturen des Welthandels und der Weltwirtschaft. Deshalb ist die gegenwärtige Krise der internationalen Politik auch eine moralische Frage an die westliche Politik. Allerdings haben sich die westlichen Systeme mit ihrer Ver-

knüpfung kapitalistischer Volkswirtschaften und demokratischer Rechtsstaaten nicht nur als leistungsstärker, sondern auch als anpassungsfähiger und reformbereiter erwiesen. Tatsächlich bietet die gegenwärtige Weltlage auch die Chance, eine langfristige Ordnung aufzubauen, die den globalen Problemen gerecht wird. Die Handlungsmöglichkeiten sind größer geworden.

Notwendig ist eine Politik, die einen Prozeß des Umdenkens und des Umsteuerns einleitet. Dazu gehört die Einsicht, daß klassische Innenpolitik und klassische Außenpolitik nicht mehr problemadäquat sind.

Deutschland muß auf Fehlsteuerungen, die soziale Ungerechtigkeit im Weltmaßstab und die daraus resultierenden Konflikte eine Antwort geben, die sich in praktische Politik umsetzen läßt. Von konservativer Seite kann dabei nichts erwartet werden. Das neue konservative Weltbild zeichnet sich erneut durch zwei Blöcke aus: einen armen und einen reichen. Danach verbinden sich die Staaten, die viel zu verlieren haben, gegen diejenigen, von denen sie annehmen, daß sie alles daransetzen werden, sich ihren Anteil am Reichtum der Welt zu holen. Unklar ist dabei nur noch, wo die zukünftige Armutsgrenze verlaufen wird. Derartige Denkmuster zeigen sich immer deutlicher, so z. B. während der deutschen Asyldebatte. Auch die Lageanalysen aus dem Bundesverteidigungsministerium zeigen bereits das neue Feindbild. Die Rohstoffsicherung und der Schutz von Handelswegen werden wieder als Begründungen für nationale Verteidigungsmaßnahmen angegeben. Eine solche Politik wird aber die selbstzerstörerischen Kräfte nicht aufhalten.

Notwendig ist vielmehr eine Erweiterung der deutschen Außenpolitik um neue Themenfelder und institutionelle Formen, so daß globale Probleme einen zentralen Stellenwert erhalten. Das heißt nicht, daß nicht weitreichende Veränderungen im Sinne von Weiterentwicklungen notwendig sind. Jeder Analytiker, der zugleich politischer Praktiker ist, befindet sich nun in einem Dilemma. Er

kennt die Tragweite der globalen Probleme und die Notwendigkeit des Umsteuerns. Er weiß zugleich, wie schwer in Demokratien grundsätzliche Veränderungen, die den Menschen im eigenen Land Opfer abverlangen, durchzusetzen sind. Im allgemeinen ist die Mehrheit in demokratischen Ländern durchaus für das Notwendige und Richtige, auch wenn es um globale Probleme geht, zu gewinnen. Im besonderen sind die meisten jedoch nicht bereit, auf Privilegien zu verzichten. Politische Eliten, die sich nach Wählerbedürfnissen richten und an der eigenen Karriere interessiert sind, sind im Zweifelsfalle nicht für den notwendigen Paradigmenwechsel zu gewinnen. Für alle außenpolitischen Bereiche und erst recht für die Probleme der globalen Entwicklung kommt erschwerend hinzu, daß die Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten einzelner Staaten stark eingeschränkt sind. In dieser Situation gibt es zwischen der gänzlichen Aufgabe von Politik, d. h. der Resignation, und dem fatalen *Weiter-so-wie-bisher* nur eine sinnvolle und gangbare Alternative: eine Politik (der möglichst großen) kleinen Schritte, eine zukunftsweisende Realpolitik, die die notwendigen Veränderungen in Angriff nimmt, ohne die eigene Machtperspektive zu verlieren (ohne die aktive Politikgestaltung nicht möglich ist).

Betrachtet man aber die Diskussion der vergangenen Jahre, so scheint die politische Klasse eher überfordert. Insbesondere aus konservativen Kreisen hört man ständig das Argument, daß Deutschland jetzt ein »normales Land« werden und aus dem »Schatten der Geschichte heraustreten« müsse. Diese Antwort läßt unleugbare Fakten außer acht. Die Grausamkeiten der deutschen Geschichte, verbunden mit dem Erfolgsweg der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit, dem heutigen Gewicht und der geographischen Lage bewirken in dieser Kombination, daß Deutschland auch heute in den Augen vieler Nachbarn und Partner ein besonderer Fall ist. Die Reaktionen auf den Rechtsradikalismus in Deutschland, die

Ausschreitungen gegen Ausländer und die Fremdenfeindlichkeit in den vergangenen Jahren haben deutlich gezeigt, daß Ereignisse in Deutschland international mit einem anderen Maßstab gemessen werden. Die Tatsache gehört zu den Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, und man kann ihr Positives abgewinnen.

Gerade die eindeutig friedenspolitische Orientierung steht jedoch seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Erlangung der vollen Souveränität im Mittelpunkt der Diskussion über die neue Rolle Deutschlands in der Weltpolitik. Der über Jahrzehnte bestehende politische Konsens, daß das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr nur zur Landesverteidigung und im Rahmen der NATO-Verpflichtungen erlaubt, wurde von konservativer Seite aufgekündigt. Hinter den Bestrebungen der CDU/CSU, alle Beschränkungen für Auslandseinsätze der Bundeswehr aufzuheben, verbirgt sich dreierlei: *Erstens* die Suche nach neuen Aufgaben für die Bundeswehr, die durch das Ende des Ost-West-Konfliktes ihren

Feind eingebüßt hat und neue Aufgaben sucht. *Zweitens* ein neues Weltbild eines wachsenden Nord-Süd-Konfliktes und die Bereitschaft, die eigenen Errungenschaften gegen die Ansprüche armer Länder notfalls auch militärisch zu verteidigen. Und *drittens* eine überkommene Konzeption von Streitkräften als jederzeit einsetzbares Instrument nationaler Souveränität.

Hier sei unterstellt, daß zumindest einige der konservativen Strategen und Außenpolitiker tatsächlich meinen, durch unbegrenzte Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr bei der Beilegung von Konflikten in anderen Regionen der Welt helfen und einen Beitrag zum Weltfrieden leisten zu können. Im Einzelfall können militärische Interventionen durchaus zur Befriedung oder Deeskalation von Konflikten führen. Generell gilt jedoch, daß auf Interventionen unter nationalstaatlicher Verantwortung kein Verlaß ist. Es ist und bleibt eine irriige Annahme, zu glauben, daß Staaten in ihrer Außenpolitik nach edlen, humanitären und durch und durch uneigennütigen Motiven han-

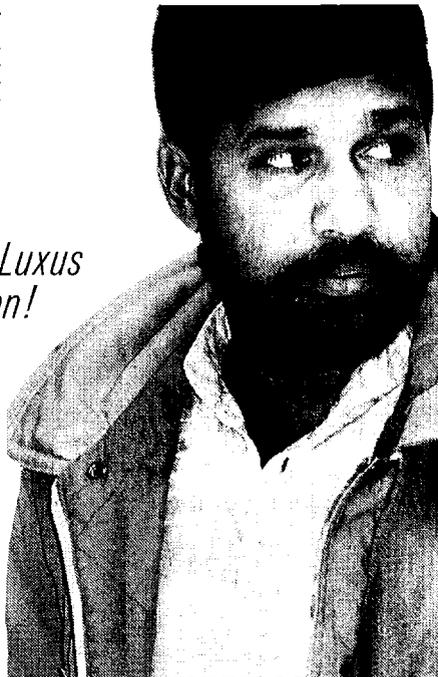
*Orientteppiche sind „in“. Deutschland ist Import-Weltmeister. Die große Nachfrage nach Billigangoboten führte in Südasien zur Massenproduktion bei menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen: Kinderklavens knüpfen ohne Lohn, ohne Pausen, ohne Schutz. Die UNO: 50 000 Teppichknüpfer erleben in Pakistan nicht ihren 12. Geburtstag!*

## Die Fesseln des Luxus können sich lösen!

**Helfen Sie uns mit Ihrer Spende! Bitte!**

Kinder aus Sklaverei zu befreien und auf ein Leben mit Selbstverantwortung vorzubereiten, kostet Geld. 4000 Kinder konnten bisher befreit werden. Helfen auch Sie durch Ihr Engagement weitere Fesseln zu lösen! Gerne informieren wir Sie über den neuesten Stand der Bemühungen um ein soziales Warenzeichen „Teppiche ohne Kinderarbeit“.

**Danke!**



**KAILASH SATYARITHI,**  
Initiator der Aktionen gegen Schuldknechtschaft und Kinderklaverei in Indien:  
„Die Mehrheit der Kinder, die in der traditionellen Teppich Region Mizapur arbeiten, werden gekauft oder entführt und später praktisch als Sklavens weiterveräußert.“

**DEN ARMEN GERECHTIGKEIT**

**Brot für die Welt**

Konto 500 500 500  
Postfach 10 11-42, 70010 Stuttgart  
Einzelungen bei Banken, Sparkassen, Post giro Köln. Bei vielen Institutionen liegen Spendenabstempel aus.

deln könnten. Sie handeln aus innenpolitischer Notwendigkeit oder aus egoistischem Kalkül. Der Begriff der »humanitären Intervention« ist zumindest irreführend. Auch Interventionen, die allein auf die Wiederherstellung des Völkerrechts zielen, gibt es in der Praxis nicht. Stets werden auch ganz konkrete Interessen verfolgt. Ein Blick auf die Interventionspraxis von Staaten zeigt das sehr genau. Beim Eingreifen im Irak-Kuwait-Krieg ging es nicht in erster Linie um die Wiederherstellung des Völkerrechts, sondern um handfeste strategische und wirtschaftliche Interessen. Somalia mußte erst zu einem Medienereignis werden, bevor es zur Intervention kam. Andere kriegerische Konflikte, die unter humanitären Gesichtspunkten längst ein Eingreifen erfordert hätten, wie beispielsweise im Sudan, bleiben nach wie vor unbeachtet.

Die Erweiterung der Aufgaben der Bundeswehr als nationale Streitmacht ist also keine adäquate Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen, ethno-sozialen Konflikte, Bürgerkriege und zwischenstaatlichen Kriege unserer Zeit. Und zwar nicht nur, weil Nationalstaaten in aller Regel keine humanitären Interventionen betreiben und militärische Eingriffe meist nicht das gewollte politische Ergebnis herbeiführen, sondern auch weil militärische Mittel zum weit überwiegenden Teil zur Konfliktlösung gänzlich ungeeignet sind.

So falsch eine militärisch ausgerichtete Außenpolitik heute ist, so richtig ist allerdings die Feststellung, daß gewalttätig ausgetragene Konflikte ein zentrales Problem der gegenwärtigen Weltordnung sind. Auffällig ist, daß kriegerische Konflikte in bestimmten Teilen der Welt besonders geballt und massiv auftreten. Häufig sind dies Regionen, die in der internationalen Politik eine untergeordnete Rolle spielen und auch von der Bundesrepublik Deutschland vernachlässigt werden. Beispielhaft ist die mehr als lückenhafte Afrika-Politik Bonn's.

Eine wichtige Aufgabe, um Kriege auszutrocknen und den Ausbruch neuer zu verhindern, ist die massive Einschränkung

von Rüstungsexporten. Noch werden weltweit Unsummen in Rüstung und Aufrüstung investiert. Waffen provozieren oder erleichtern Kriege und sorgen dann wieder für Menschenopfer und hohe Kosten bei der Konfliktbeilegung und dem Wiederaufbau. Diese paradoxe Situation muß beendet werden, die Mittel müssen in vorbeugende und konfliktverhütende Maßnahmen umgeleitet werden.

Ein schwerwiegendes Problem ist der außer Kontrolle geratene Transfer von Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, eine Entwicklung, die in den Konfliktregionen der Welt schon bald lebensgefährliche Auswirkungen zeitigen könnte. Deshalb muß auf die Herstellung derartiger Technologien verzichtet und müssen Nichtverbreitungsregime gestärkt werden.

Eine herausragende Bedeutung sollte in Zukunft der deutschen Politik zur Verhinderung und Eindämmung von Konflikten im Rahmen der Vereinten Nationen zukommen. Die UNO ist die internationale Instanz, die einzig dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtet, unabhängig von nationalstaatlichen Interessen agieren kann. Zahlreiche Verbesserungen und Reformen sind notwendig, damit die Vereinten Nationen diese Rolle uneingeschränkt wahrnehmen und den neuen Herausforderungen gerecht werden können. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Reformvorhaben, die auf eine Demokratisierung, Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten und Steigerung der Effizienz zielen, tatkräftig unterstützen.

An erster Stelle geht es dabei um Konfliktprävention. Durch Mechanismen der Früherkennung von Konflikten, durch diplomatische Konfliktregelung, durch Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und durch den Abbau sozialer Spannungen im Rahmen entwicklungspolitischer Maßnahmen können Konflikte verhindert und militärische Interventionen vermieden werden. Deutsche Außenpolitik sollte sich vorrangig an dem Aufbau eines weltweiten enghesigen Netzes von Institutionen und Mechanismen der Konfliktvermeidung

beteiligen. Unterorganisationen der UNO sollten ergänzt werden durch regionale Sicherheitssysteme und nationale Instanzen bis hin zu Nichtregierungsorganisationen. Zivile Kräfte werden dort mehr benötigt als militärische.

Selbst wenn es gelingt, kurzfristig ein System der Konfliktprävention aufzubauen, werden nach wie vor friedenserhaltende Maßnahmen (*Peace-keeping*) notwendig sein. Einzelne Staaten und Staatengruppen, wahrscheinlich jedoch nicht die UNO, werden auch in Zukunft nicht auf den Einsatz militärischer Mittel zur Erzwingung ihrer politischen Ziele verzichten. Das kann im Einzelfall durchaus mit der Absicht erfolgen, den Frieden wiederherzustellen. Die Möglichkeiten der Vereinten Nationen, mit eigenen Instrumenten tätig zu werden, müssen verbessert und ausgebaut werden. Einzig die UNO wäre in der Lage, weitgehend und unabhängig von nationalstaatlichen Interessen, tatsächlich humanitäre Interventionen durchzuführen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros Ghali, hat in der *Agenda für den Frieden* Vorschläge vorgelegt, die auf eine Bereitstellung von Truppen durch die Mitgliedsstaaten zielen, die dann unter dem Kommando des Sicherheitsrates agieren. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sollte sich für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen. Ziel ist eine UNO, die als unabhängiger und eigenständiger Akteur, als allein legitimierter Weltpolizist auftreten kann. Eine Beteiligung an traditionellen *Peace-keeping*-Einsätzen, bei denen das UN-Personal, bestehend aus Militärs, Polizisten und Zivilisten, als neutraler Konfliktschlichter auftritt, wird ebenfalls eine Aufgabe sozialdemokratischer Außenpolitik sein. Ein wichtiges Feld der Friedenspolitik wird auch der Bereich der klassischen Sicherheitspolitik sein. Die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in der ehemaligen Sowjetunion und Europa haben die Chance für die langfristige Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie in diesem Teil der Welt erhöht. Doch sind auch alte und neue Konflikte

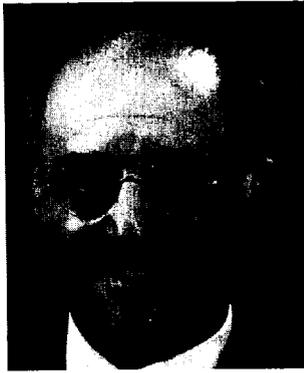
ausgebrochen. Eine zukünftige sicherheitspolitische und wirtschaftliche Grenzziehung im Osten birgt erhebliche Gefahren. Ziel muß daher ein Europa kollektiver Sicherheit durch eine Verflechtung der bereits bestehenden Sicherheitssysteme sein. Diese Politik der Kooperation und Partnerschaft darf sich nicht auf die Sicherheitspolitik beschränken. Anzustreben ist vielmehr eine abgestimmte europäische und atlantische Ostpolitik, die den ehemaligen kommunistischen Staaten auch eine wirtschaftliche und entwicklungspolitische Partnerschaft bietet. Spätere Institutionen der Zusammenarbeit sollten heute noch nicht festgelegt werden. Flexibilität muß in diesem Stadium des Wandels gewahrt bleiben. Sowohl das Europa der Europäischen Union als auch das sicherheitspolitische Europa sollten als Prozesse angesehen werden, die im Ergebnis noch offen sind.

Stärker als bisher muß sich Deutschland der Herausforderung der globalen ökonomischen und ökologischen Fehlsteuerungen stellen. Viel ist auf diesem Feld zu tun: Abbau protektionistischer Maßnahmen, Entschuldung der Entwicklungsländer, Aufbau fairer Handelsstrukturen, Durchsetzung von weltweit geltenden Sozial- und Umweltstandards. Kein Bereich erfordert gravierendere Veränderungen, da unsere eigenen Lebens- und Konsumgewohnheiten betroffen sind. Kein Bereich zeigt deutlicher, wie wenig angesichts der globalen Entwicklungen Innen- und Außenpolitik noch zu trennen sind.

So sollten wir uns künftig auf die Reform der Vereinten Nationen, die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa, die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration, die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung und Eindämmung von Rüstungsexporten und die Entwicklung einer fairen, ökologisch orientierten Weltwirtschaft konzentrieren. Wir müssen daran arbeiten, daß unsere Außenpolitik ein starker Teil europäischer und globaler Innenpolitik wird.



Monika Wulf-Mathies  
Bundesvorsitzende  
der Gewerkschaft ÖTV



Alfred Biolek  
Produzent



Hannelore Elsner  
Schauspielerin



Hans Koschnick  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger  
Bundesjustizministerin



Emil Mangelsdorff  
Musiker

# FÖRDERN SIE MIT UNS DAS NACHDENKEN ÜBER DEN HOLOCAUST.

1995 soll in Frankfurt das Fritz Bauer Institut gegründet werden, ein Ort der Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Geschichte und Wirkung des Holocaust.

Zu den Aufgaben des Instituts zählen pädagogische und wissenschaftliche Arbeit, Ausstellungen und Dokumentationen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik.

Benannt wird das Zentrum nach dem ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalt und Initiator des Frankfurter Auschwitzprozesses 1963-1965,

Fritz Bauer. Zur Gründung der Stiftung des Instituts muß der Förderverein, dem viele bekannte Persönlichkeiten angehören, mindestens DM 200.000,- aufbringen. Wir bitten Sie, uns durch Ihre Mitgliedschaft oder durch Ihre Spende zu unterstützen.

## **Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.**

Walter-Kolb-Straße 9-11, 60594 Frankfurt a.M.  
Tel. 069 / 21 23 76 15, Fax 069 / 21 23 07 66,  
Spendenkonto: Bankhaus Löffbecke & Co., Frankfurt,  
Kontonummer 13 066 200, BLZ 514 305 00.

## Thema II: Wer treibt die Union wohin?

WOLFGANG SCHROEDER

### Führungsprofile in der CDU

In den letzten Jahren war viel vom unaufhaltsamen Niedergang der CDU die Rede. Einen ähnlichen Abgesang erlebten wir bereits 1988/89. Die Wende erfolgte, als die Union die Revolution in der DDR zu ihrer Sache machte. Zwischenzeitlich wurde aus der Partei der Einheit das Opfer der Vereinigungsfolgen. Die Union habe zuviel blühende Landschaften versprochen, zuwenig dafür getan, Probleme ignoriert und die falschen Gegenmittel verwandt. Prophezeite und reale Ausfransungen am rechten Rand und in der Mitte hätten sogar dazu geführt, daß die Angst vor einer Spaltung in der CDU zuweilen stärker gewesen sei als der Wille, die Macht in Bonn zu behaupten. Kurzum: Der Sieg der SPD bei der Bundestagswahl 1994 schien nur noch eine Formsache zu sein. So oder ähnlich schätzten viele interessierte Zeitgenossen die Situation bis zu Beginn des Jahres 1994 ein.

Wurde die Union bis Anfang des Jahres noch als unheilbar krank bezeichnet, so verdichtete sich mit größer werdender Nähe zum Bundestagswahltermin der Eindruck, daß der Patient wieder genesen sei. Nach der Hannovermesse mit Bekanntwerden eines greifbaren wirtschaftlichen Aufschwungs setzte ein Stimmungswandel zugunsten der Union ein, der sich mit jedem Fehler der SPD-Führung, von denen es bisher nicht gerade wenige gegeben hat, ein klein wenig mehr stabilisiert. Manche Beobachter gingen denn auch gleich so weit, von der außerordentlichen Stabilität der Union zu sprechen.

Warum ist es so schwer, Profil und Chancen der Union einzuschätzen? Wie kann es kommen, daß innerhalb weniger Monate ein und dieselbe Partei, ohne daß

sie selbst ihre konzeptionellen Angebote verändert, vom hoffnungslosen Verlierer zum Garanten für Zukunftsfähigkeit mutiert? Sind es nur die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen, gesellschaftliche Stimmungen, der tiefe Glaube an die Demoskopie und die Schwäche der SPD – also externe Ursachen, die es so schwierig machen, ein komplexes Bild von der Union zu entwickeln? Ist die CDU nur als von außen Getriebene zu sehen oder ist es eher ihr eigenes Führungspersonal, das der Partei den Weg weist? Im folgenden geht es um Tendenzen des CDU-Profiles am Beispiel von Kohl, Schäuble und Geißler.

#### Die Stärke Helmut Kohls

Länger als Helmut Kohl, der seit 21 Jahren Vorsitzender der CDU ist, waren nur August Bebel und Willy Brandt Vorsitzende einer großen Partei in Deutschland. Mit seiner nunmehr 12 Jahre andauernden Kanzlerschaft wird er nur noch von Konrad Adenauer übertroffen.

Der Blick auf diese Zeitspannen läßt es kaum für möglich erscheinen, daß man diesen Mann unterschätzen kann. Daß dies trotzdem immer wieder passiert, beschränkt sich nicht nur auf die Linke. Neben der »ästhetischen Verhöhnung«, die vor allem die ersten Jahre von Helmut Kohls Regierungszeit begleitete, war der Vorwurf des Aussitzens sowie die zugespitzte These, »Helmut Kohl hat keinen politischen Gestaltungswillen, sondern nur politischen Verwaltungswillen« (Peter Glotz), die Regel.

Der Blick auf die Person Helmut Kohl war so getrübt, daß es einer außerordentlichen historischen Situation bedurfte, um seine politischen Fähigkeiten

auch für die verschwommenen Blicke einer sich kritisch gerierenden Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Nach dem Motto »Geschichte wird gemacht« bestimmte er im deutschen Einigungsprozeß die Richtung und schlüpfte so in eine historische Rolle. Aber auch sein mehr oder weniger entschiedenes Verhalten in dieser für ihn glücklichen Situation des Zusammenwachsens der beiden deutschen Teilstaaten führte nicht zu einem eindeutigen Urteil über Kohl. Weder inner- noch außerhalb der Partei.

Bescheinigt werden ihm ein hohes Maß an politischem Instinkt, ein ausgesprochenener Machtwillen und ein effizienter Umgang mit den Techniken der Machtabsicherung. Über die Jahre hinweg habe er ein ausgefeiltes System der Abhängigkeiten geschaffen. Für Bundesparteitage der CDU gibt es Schätzungen, daß sich nahezu die Hälfte der Delegierten in irgendeiner konkreten Form dem Parteivorsitzenden verpflichtet fühlen. Was bei anderen Politikern das Aktenstudium, das seien bei Kohl die regelmäßigen und umfangreichen Telefonate mit seinen CDU-Kreisvorsitzenden, mit den Vertretern in den CDU-Fraktionen der Landtage und des Bundestages. Mit diesem regelmäßigen Tagesprogramm setze er sich in die Lage, über alles, was in der Partei vor sich geht, gut informiert zu sein und rechtzeitig reagieren zu können. Der Blick auf Helmut Kohl ist der auf die Kunst der Machterhaltung. Besonders pointiert ist diese Position bei Warnfried Dettling zu finden: »Keiner vor ihm, keiner neben ihm und, in diesen zwanzig Jahren, keiner nach ihm hat die Techniken der Macht in einer Parteiendemokratie so virtuos entwickelt und beherrscht.«

Die Kehrseite dieser Einschätzung ist, daß seine inhaltlichen Positionen in der Regel gering geschätzt werden. Ihm wird zwar zugesprochen, daß er ein außerordentliches Engagement für den europäischen Einigungsprozeß und zugunsten einer Vertiefung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses entwickelt habe, darüber hinaus sei eine geistige Linie seiner Politik jedoch nicht erkennbar. Unter macht- und integrationspolitischen



Als Drahtzieher im Hintergrund: Peter Boenisch  
Foto: JOKER/L. Schmidt

Aspekten ist dieses Verhalten eher als positiv zu bewerten. Kohl legt sich nicht fest, hält sich Hintertürchen offen, um flexibel reagieren zu können. Insofern ist gerade diese dosierte Entwicklung von Vorgaben das Geheimnis seiner zentralen und nahezu unangefochtenen Rolle in der Union. Denn wie anders sollte über einen so langen Zeitraum ein so schwieriges Netzwerk wie die CDU in einer Balance gehalten werden als durch ein abwägendes und nur in bestimmten Situationen vorpreschendes Verhalten. Die Partei ist für Helmut Kohl seine Politik. Aussitzen und das Fehlen energischer Vorgaben können somit auch als konti-

nuitätsschaffende Führungskraft ausgelegt werden.

Kohl kooperiert, kontrolliert, belohnt, begünstigt, unterstützt, plazierte Leute am richtigen Platz und bindet sie an sich. Laufen die Dinge gegen ihn, so werden Personen bestraft oder ausgegrenzt. Genannt wird dies das *System Kohl*. Gemeint ist ein hermetisches und undemokratisches Machtkartell. Erlaubt sei die Frage, was an den genannten Führungstechniken originell sein soll, wenn diese doch tagtäglich in dieser Republik von der Ebene des Abteilungsleiters bis hin zur Spitze von Parteien und Verbänden praktiziert wird und insofern existentieller Bestandteil erfolgreicher politischer Tagesarbeit ist.

Während Kohl früher eher unterschätzt wurde, erleben wir in letzter Zeit eher die gegenläufige Tendenz. Die Rede vom *System Kohl*, das unanfechtbar scheint (SPIEGEL 31/1994), suggeriert eine festgefügte, in sich geschlossene Struktur. Die Nähe zur Mythologisierung der Kohl'schen Macht ist spürbar. So beschränkt sich denn auch der erwähnte SPIEGEL-Artikel auf die Zusammenstellung der von Kohl mit Erfolg eingesetzten Machtinstrumente und Verhaltensweisen. Dagegen werden negative und nicht ins Bild passende Elemente unberücksichtigt gelassen. Selbst dort, wo auch der SPIEGEL nicht umhinkommt, von Glück und Zufall zu sprechen, wird dies als systemisch interpretiert: »Dem Zufall überläßt er nichts. Hinter seinem Erfolg steckt System – und das System beherrscht nur einer: Kohl.« – Allein der Blick auf die Namen der mit Kohl in den letzten 21 Jahren zusammenarbeitenden Generalsekretäre müßte zeigen, wie fragil und widersprüchlich auch das vom Parteivorsitzenden gesponnene Einflußnetz in der Realität ist. Sind es nicht vielmehr jeweils neu auszutarierende Kräfteverhältnisse, deren relative Stabilität darauf beruht, daß Kohl neben allen wechselnden Einflußfaktoren, auf glückliche Rahmenbedingungen, schwache Gegner und auf eine Reihe über Jahrzehnte bewährter Beratungs- und Loyalitätspersonen wie beispielsweise Elisa-

beth Noelle-Neumann und Eduard Ackermann setzen konnte? Aber selbst die konnten ihn nicht vor allen Irrtümern bewahren. Dafür steht in jüngster Zeit vor allem die von Anfang an mißlungene Bundespräsidentenwahlkandidatur des konservativen sächsischen Kirchenjuristen Steffen Heitmann.

Warnfried Dettling geht den Folgen der engen Synthese zwischen Kohl und der CDU genauer nach und kommt zu der These, daß diese Verketzung seit der Ausgrenzung der Reformgruppe um Geißler zu einer inhaltlichen Entleerung der CDU-Politik geführt habe: »Helmut Kohl steht für das Schwinden und Verschwinden der CDU als einer modernen Volkspartei, was die Mitglieder, was die Wähler, aber auch was die politischen Inhalte betrifft, und all das hängt eng zusammen.«

Daß Kohl unmittelbar für eine nachlassende Bindekraft der Partei verantwortlich sein soll, läßt sich schwerlich belegen. Nach den Ergebnissen der empirischen Wahlforschung können Wähler und Mitglieder zwar durch einzelne Politiker motiviert oder demotiviert werden, ob dies aber bereits ausreichend ist, um für oder gegen eine Parteimitgliedschaft, Mitarbeit oder Wahl zu votieren, muß eher negativ beantwortet werden. Zudem ist zu berücksichtigen, daß der drastische Mitgliederrückgang der Union (von ca. 743 000 im Jahre 1983 auf 606 000 im Jahre 1994) eher einem allgemeinen Trend folgt, der die meisten Parteien und Großorganisationen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren erfaßte. Zu berücksichtigen ist auch, daß die demoskopisch erhobenen Werte zur Kompetenz, zum Vertrauen und zur Mobilisierungsfähigkeit des Kanzlers eher hoch liegen.

Eine Kritik, die einfach die inhaltlichen und organisatorischen Krisen als das Ergebnis der Kohl'schen Politik darstellt, überbewertet den Parteivorsitzenden, sie übersteigert dessen Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten ins Mythische und läuft zudem Gefahr, die strukturellen Probleme der CDU zu bagatellisieren sowie das spezifische Profil

der Union zu ignorieren. Wie absurd die Dettling'sche These ist, verdeutlicht der Umkehrschluß seiner These: Würde Helmut Kohl die Reformer, Modernisierer und engagierten Kräfte aus den Sozialausschüssen und Frauenvereinigungen nur hinreichend fördern, dann wäre die Union vor all den beklagten Fehlentwicklungen gefeit gewesen.

Kohl richtet sein Handeln am Machterhalt aus. Da die Quelle seiner Macht die Partei ist, kann von einem Primat der Partei in seinem strategischen Kalkül ausgegangen werden. Einen großen Teil seiner Zeit widmet er der Kontaktpflege innerhalb der Partei, um eine kontrollierte Ausbalancierung zwischen den Flügeln, Gruppen und Interessen zu ermöglichen. So stabilisiert er nicht nur seine eigene Macht, sondern auch die der CDU. Kontinuität verkörpernd, eine optimistische Aura verbreitend, gelingt es Kohl, die Menschen davon zu überzeugen, »daß die Kanzlerpartei ihnen beim fälligen Wandel der Welt die geringsten Opfer und Änderungen abverlangt« (*Leggewie*). Der Primat der Partei meint für Kohl, daß sein Handeln weniger an hehren Prinzipien der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert ist als vielmehr daran, wie widerstreitende Interessen ausgeglichen oder stillgestellt werden können, und zwar als erstes in der Union und dann in der Koalition. Wer Bitburg, sein Verhältnis zu den Gewerkschaften, zu den Vertriebenenverbänden, zu den Reformern verstehen will, der darf nicht nur auf persönliche Präferenzen und Verletzungen schauen, der muß als erstes beim Parteimann Kohl ansetzen, bevor die vielen kleinen anderen Erklärungen herangezogen werden. Kohl treibt die Partei weniger – er versucht, ihr Vertrauen und inneren Halt zu geben.

### Schäuble, der konservative Polarisierungsstrategie

»Zwei Männer, zwei Welten« – so übertitelt die ZEIT (17. Juni 1994) einen von Gunter Hofmann geschriebenen Vergleich zwischen Kohl und Schäuble. Während Kohl die »verinnerlichte Ge-

schichte der Bundesrepublik« sei, Kontinuität verbürge, Stimmungen produziere und von Aufbruch spräche, fordere Schäuble, die alte Bundesrepublik als Puppenheim verhöhrend und die Menschen wegen ihres fehlenden Risikokomplexes kritisierend, das Brechen von Tabus, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Auf diesen konträren Zuschreibungen aufbauend, formuliert Hofmann eine These, in der Kohl und Schäuble als Vertreter zweier konkurrierender politischer Projekte erscheinen, nämlich der alten und der neuen Bundesrepublik: »Schäuble, der jüngere, der Protestant aus Baden, steht für eine weit ältere und engere Republik als Kohl, der »liberale« Katholik aus der Pfalz. Schäubles Republik dreht sich um Größe, Nation und Schicksal, das Vorgestrigte wird zur Vision erklärt. Er will heraus aus dem Puppenheim, das aus Kohls Sicht das Land nie gewesen ist.«

In dieser Deutung wird Kohl zu dem, was er vor 1989 aus der Perspektive liberaler Beobachter nie gewesen ist; zum Bezugspunkt einer demokratischen und aufgeklärten Republik. Kohl repräsentiert den positiv bewerteten *status quo*, während Schäuble für Diskontinuität steht, die alten Strukturen diffamiert und neue errichten will. Während Kohl eher den Eindruck vermittelt, daß es ihm um Ausgleich, um »sowohl als auch« geht und dabei in Kauf nimmt, daß gewisse Unklarheiten und Offenheiten bleiben, setzt Schäuble in seiner Rhetorik auf dezidierte Positions- und Feindbestimmungen, die den Spielraum für Interpretationen und Zweideutigkeiten stark einschränken.

Ob die grundsätzlichen Zielvorstellungen sowie die rückbindenden Erfahrungen generativer und individueller Art so unterschiedlich sind, daß daraus bereits von zwei Personen und zwei Welten gesprochen werden kann, ist fragwürdig. Beispielsweise zeigen die Kohl'schen Besuche an den SS-Gräbern in Bitburg sowie sein Vergleich zwischen Goebbels und Gorbatschow, daß er selbst auch zu einer orientierten Polarisierung fähig ist, wenn es denn der politischen Situation

dienlich zu sein scheint. So sind es eher unterschiedliche Rollen im gleichen Spiel, bei einem ähnlichen Parteiverständnis, die von den beiden Akteuren wahrgenommen werden. Nicht: »Zwei Männer, zwei Welten«, sondern eher: Zwei Männer, zwei Rollen!

Die Zwei-Rollen-Theorie vertritt in pointierter Form Warnfried Dettling. Für ihn organisieren Kohl und Schäuble, ohne daß es zu einer öffentlichen oder innerparteilichen Debatte kommen würde, eine Neugründung der CDU rechts von der Mitte. Die Rollen in diesem arbeitsteiligen Prozeß seien klar verteilt: »Kohl läßt es geschehen, aber er wirkt mehr als der Zeremonienmeister denn als der Regisseur der neuen Inszenierung. Er will und er soll Kontinuität vortäuschen, derweil auf der Bühne die Kulissen für ein neues Stück umgestellt werden. Dramaturg und Regisseur ist Wolfgang Schäuble.« Kohl wird als der Pate, Schäuble als das treibende Element in diesem Spiel begriffen.

Schäuble reagiert mit seinen zuge-spitzten Reden gegen den Individualismus für mehr Gehorsam und Autoritätsakzeptanz, gegen eine multikulturelle und für eine an nationaler Identität ausgerichtete Politik auf die in den achtziger Jahren zugenommenen Integrationsdefizite im konservativen und rechten Spektrum der Unionswählerschaft. Er will wohl mit seiner individualismus- und modernitätskritischen Revitalisierung des konservativen Elementes dazu beitragen, das Profil der Union deutlicher von dem der SPD unterscheiden zu können.

Schäuble führt die national-konservative Integrationsstrategie von Franz-Josef Strauß und Alfred Dregger fort und distanziert sich von der Öffnungsstrategie Geißlers und Süßmuths. Indem er sich Forderungen national-konservativer Strömungen innerhalb und außerhalb der Union zu eigen macht, sie in wichtigen Situationen publikumswirksam darstellt, bindet er diese Kreise wieder enger an die CDU und weckt Hoffnungen, daß zukünftig das Parteiprofil von dieser Ideenwelt stärker bestimmt sein werde. Hierzu der rechtskonservative Klaus

Hornung: »Wolfgang Schäuble scheint deutlich zu sein, daß der von Heiner Geißler in den achtziger Jahren eingeleitete Kurs der systematischen Sozialdemokratisierung der CDU geradewegs in das Desaster geführt hat. Sie hat damit ihre geborenen und treuesten Wähler – entschiedene Christen, Patrioten, Mittelstand, Landwirtschaft, Vertriebene usw. – pausenlos vor den Kopf und von sich gestoßen und ihre rechte Flanke entblößt, in die die REPUBLIKANER und andere geradezu mit Notwendigkeit hineinstoßen mußten.«

Schäuble begreift die von ihm verfochtene geistig-moralische Wende als Voraussetzung, um soziale und rechtsstaatliche Leistungen abbauen zu können, ohne ausufernde Verteilungskämpfe zu riskieren. Er will eine Neujustierung der bundesdeutschen Außenpolitik, die auch von der Bevölkerung unterstützt wird. Um den selbstgestellten Führungsanspruch einzulösen, können seine polarisierenden Feindbestimmungen schnell kontraproduktiv werden. Dann nämlich, wenn potentielle liberale Mitstreiter für wichtige Umbauprojekte sich von den Schäuble'schen Optionen mehr Reibungsverluste, Widerstände als Integrationskraft versprechen. Schäuble ist in jüngster Zeit deshalb darum bemüht, eine Brücke zwischen den Traditionalisten und Modernisierern zu bauen, indem er beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als politische Gestaltungsaufgabe reklamiert und sich zugleich deutlicher als bisher von der neuen Rechten abgrenzt, der er nunmehr vorgeworfen hat, daß sie »souveränitäts-selige Großmachträumereien« verfolge.

Schäuble spielt auf einer alten Klaviatur, auf der eines moralisierenden Wertekonservatismus. Neu sind nicht die Ideen, sondern die Situation, in der diese Konzepte wirkmächtig werden sollen. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der außenpolitische Spielraum größer geworden, und mit der zugespitzten Weltmarktkonkurrenz ist der Druck auf den Sozialstaat ungeheuer angewachsen.

Schäuble kann ein rechter Demagoge sein, er ist aber mehr noch ein pragma-

tischer und flexibler Parteimanager, der in enger Bindung zu Helmut Kohl einen Instinkt für historische Situationen und ihm notwendig erscheinende Polarisierungs- und Integrationsstrategien hat.

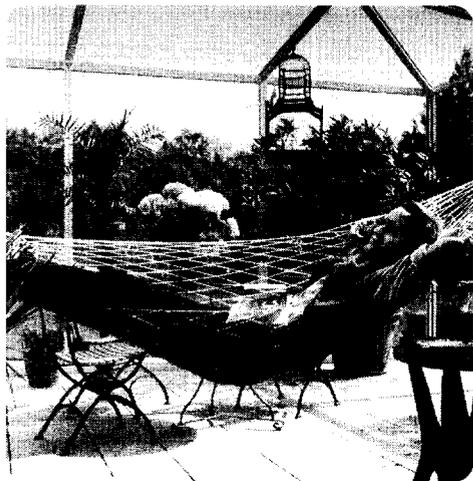
Wenngleich die These, Kohl und Schäuble seien Vertreter zweier Welten, überzogen ist, so legen Schäubles zugespitzte Thesen und sein entscheidungshungriges Auftreten sowie die Präsentation eines in sich geschlossenen konservativen Gesellschaftsbildes es nahe, daß er die Rolle als Integrator gegenüber den konservativen Kräften in der eigenen Partei nicht nur spielt, sondern sie Teil seiner eigenen politischen Identität zu sein scheint. Schäuble ist mehr als ein funktionaler Integrator, es gibt bei ihm einen unverbrauchten Überschuß an Veränderungswillen, dessen Brisanz noch nicht recht abzuschätzen ist.

In den Debatten um die Deregulierung des Sozialstaates, die Änderung des Asylrechtes und die Neujustierung der Außenpolitik gehörte Schäuble in den letzten Jahren zu den treibenden Kräften seiner Partei. Änderungen in diesen Politikfeldern basieren auf einem breiten in-

nerparteilichen Konsens. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß seine national-konservativen Identifikationsangebote diesen Konsens für sich beanspruchen können. Wenngleich sein Denken die Partei bisher noch nicht nachhältig prägen konnte, wird seine Fähigkeit der Machtpolitik auch in Zukunft gefragt sein, vor allem dann, wenn die kleine Koalition fortgeführt oder eine große Koalition kommen wird.

### Heiner Geißler: Ein transnationaler Katholik

Geißler wurde 1989 als Generalsekretär der CDU gestürzt, weil er im Verdacht stand, einen Putschversuch gegen Helmut Kohl betrieben zu haben. Seitdem bewegt er sich jenseits des Bonner Machtzentrums, seitdem ist die Steuerungszentrale der Union wieder voll und ganz ins Kanzleramt gerückt, so daß die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Status des Außenbüros einnimmt. Aus dieser Optik steht Geißler im Abseits und gehört nicht in eine Abhandlung über wichtige Kräfte der Union. Diese These halte



## Holen Sie sich den Garten ins Haus.

Ein Garten am Haus ist eine feine Sache. So etwas will man natürlich möglichst oft genießen. Leider spielt das Wetter nicht immer mit. Wie wär's mit einem Wintergarten? Umbauen und Modernisieren ist mit Wüstenrot-Bausparen kein Problem - es ist zinsicher, renditestark und flexibel. Dabei paßt es sich ganz Ihren persönlichen Wünschen an.

Fragen Sie Ihren Wüstenrot-Berater. Er sagt Ihnen, wie Sie Ihren Garten ins Haus holen können.



# wüstenrot

Zum Glück berät Sie Wüstenrot

ich für falsch. Einerseits bedeutet Heiner Geißlers Sturz als Generalsekretär nicht das Ende der Reformer in der Union. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Kohl und andere führende CDU-Repräsentanten es den Leuten aus der Geißler-Gruppe nach wie vor schwer und teilweise unmöglich machen, innerparteiliche Einflußpositionen einzunehmen. Andererseits ist die Abwahl Geißlers weniger eine inhaltliche Richtungs-, sondern vielmehr eine nachvollziehbare Führungsentscheidung gewesen. Daß dies heute vielfach übersehen wird, mag vielleicht auch damit zusammenhängen, daß die Ereignisse des Sturzes in das symbolträchtige Jahr 1989 fallen und somit am Scheideweg zwischen alter und neuer Bundesrepublik stehen. Hinzu kommt, daß sich seitdem die Kanzlerfixierung verstärkte und der Druck nationalkonservativer Kräfte zugenommen hat. Daß sich aus diesen beiden Tendenzen allerdings noch kein kohärentes Bild zeichnen läßt, wird beispielsweise dadurch deutlich, daß der heutige CDU-Generalsekretär Hintze und sein Team zwar nicht das Format und die Macht von Heiner Geißler haben, gleichwohl aber inhaltlich sicherlich wenig von ihm entfernt sind.

Geißler war ein Feindbild der Linken. Von der Parteirechten war er so lange geduldet, wie ihn Kohl protegierte und Geißler durch pointierte Kampagnen gegen den linken Anti-Amerikanismus und Pazifismus dazu beitrug, brauchbare Feindbilder für die CDU zu operationalisieren. Auf dieser Grundlage schuf er Spielräume für Projekte, die weniger das unmittelbare Interesse der CDU-Stammklientel bedienten und knüpfte an Probleme an, die eher jenen Gruppen wichtig sind, die sich mehr an verantwortungsethischen und postmaterialistischen Sichtweisen orientieren.

Geißler produziert permanent Impulse zur politischen Gestaltung des sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Ähnlich wie Schäuble – nur gegenläufig akzentuiert – ist ihm an einer wertgebundenen Grundlegung der Politik gelegen. Während der Fraktionsvorsitzende die Nation als Zentrum der bundesdeut-

schen Identität zu begreifen versucht, dispensiert sich Geißler davon ausdrücklich. Für ihn ist das Nationalgefühl eine »emotionale Kollektivkategorie«, die dazu führen könne, daß sich Menschen mit- und hinreißen ließen. Deshalb kämpft er gegen national-konservative und rechte Tendenzen in der Partei. Solche Entwicklungen und Themen würden die Wahlchancen der REPUBLIKANER verbessern. Wahlen würden nicht am rechten Rand, sondern in der Mitte gewonnen. Wer sie rechts zu gewinnen versuche, schaffe die Grundlage für eine linke Regierung. Gegen nationale Identifikationsversuche stellt Geißler den Verfassungspatriotismus. Sein Engagement gegen nationale Revitalisierungsversuche, für Menschenrechtspolitik, für ökologische Sensibilität und das Plädoyer für eine multi-kulturelle Gesellschaft haben dazu geführt, daß er heute das Feindbild Nr. 1 für national-konservative Strömungen in der Partei ist.

Als Geißler im Februar dieses Jahres auf dem Hamburger CDU-Parteitag ans Rednerpult trat, gab es vor und nach ihm niemanden, dessen Sätze mit soviel Aufmerksamkeit bedacht worden wären. Selbst die FAZ konstatierte dies: »Geißler hat geschickt die Möglichkeit zur innerparteilichen Kritik genutzt, die Kohl am Montag den Delegierten angeboten hat. Es wird lange genug verhalten, um als kritischer Geist zu gelten, ohne daß er es riskieren müßte, nach dem Mittwoch ins Abseits zu laufen.«

Geißler verkörpert in der Union das kritische, innovative und katholisch transnationale Denken, er repräsentiert soziale, ökologische und anti-nationale Positionen, wie sie im RCDS, der Jungen Union, den Sozialausschüssen, den Frauenvereinigungen und in einigen Landesverbänden sowie regionalen Untergliederungen Grundlage der CDU-Politik sind. Er spricht damit aufgeklärte, moderne Wählerschichten ebenso an wie viele verantwortungsethisch ausgerichtete West- und Wertkonservative. In einer Großen Koalition wie in der Opposition würde sich der Handlungsspielraum von Heiner Geißler erweitern.

## Wohin treibt die CDU?

Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz und der fortschreitenden Verdunstung christlicher und programmatischer Integrationspositionen sind die bindenden Kräfte in der Union schwächer geworden und die Tendenz zur Ausfransung größer. Einerseits hat der abnehmende Außendruck und die Abschwächung traditioneller Bindekräfte mehr Raum für innere Konflikte und fortschreitende Differenzierungsprozesse geschaffen, andererseits relativiert sich dieser Prozeß durch eine in den letzten Jahren stärker gewordene Fixierung auf das persönliche charismatische Element des Parteivorsitzenden, von dem zugleich eine hohe Integrationswirkung ausgeht. Hinzu kommt, daß die klientelspezifischen Integrationsstrategien gegenüber einzelnen Wähler- und Mitgliedergruppen vermittelt über Personen, Vereinigungen und eigens gegründete Vereine an Bedeutung gewonnen haben. Während Schäuble mit seiner zuspitzenden Orientierung auf konservative und nationale Projekte die rechte Flanke in der Union abzudecken versucht, bindet Geißler mit seinen verfassungspatriotischen, multi-kulturellen und sozial ambitionierten Denk- und Positionsbemühungen liberal und sozial denkende Menschen aus der Mitte und links davon an die CDU.

Die mangelnde Kampagnenstärke von SPD, Grünen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, um ihre Antworten auf die neuen Herausforderungen in der Sozial-, Innen- und Außenpolitik zu verankern, haben negative Folgen für die Reformkräfte in der Union. Die CDU ist in den letzten Jahren von jenen Kräften getrieben worden, die in der neuen politischen Konstellation seit 1989 eine Chance sehen, die Republik und die Union zu verändern. Dazu gehören vor allem national-konservative und besitzbürgerliche sowie mittelständische Strömungen. Zu berücksichtigen sind auch die Führungskräfte der deutschen Wirtschaft, die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände. Vor dem Bundestagswahlkampf haben sie keine Chance ausgelas-

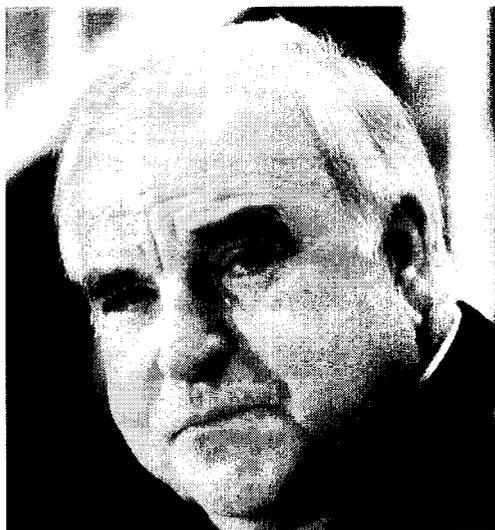
sen, um die CDU zu kritisieren (vor allem wegen ihres Votums für die Pflegeversicherung). Jetzt setzen sie wieder all ihre Macht dafür ein, daß die CDU weiterhin an der Regierung bleibt. Dahinter steht das Kalkül, daß diese Partei wohl am ehesten gewährleisten kann, daß Umverteilungsdebatten zu Lasten der Finanzstarken ausbleiben werden.

Gemeinsam ist es den genannten Strömungen teilweise gelungen, die Stimmungen in der Union zu beeinflussen. Jedenfalls drängten sie jene Kräfte in die Defensive, die den innen- und außenpolitischen *status quo* zu verteidigen suchen. Einige linke Beobachter aus dem traditionalistischen *Antifa*-Spektrum, wie die bei der WOCHE arbeitende Journalistin Charlotte Wiedemann, folgern daraus: »Die neue CDU-Politik ist zunächst dadurch gekennzeichnet, daß die Unionsgeführte Bundesregierung auf allen Feldern eine abrupt nach rechts verschobene Politik betreibt. Nach rechts heißt: Betonung des starken Staats; *versus* liberale Bürgerrechte; Abbau sozialer Sicherungen; Suche nach einer hegemonialen Rolle in der Außen- und Militärpolitik; Wiederbelebung eines biologistischen Frauenbildes; Verkoppelung von ethnischem Homogenitätsstreben und Wohlstandschauvinismus. Und schließlich, in vielem verwoben, das Selbstbewußtsein, aus Auschwitz sei nichts mehr abzuleiten. In der Summe übertrifft dies selbst frühere Karikaturen dessen, was man von der CDU befürchten konnte. Dennoch begreift der neudeutsche Alltag diese Politik nicht als Zäsur, weil sie durch die Rechtsverschiebung des gesamten Parteienspektrums sowie des geistig-kulturellen Klimas gleichsam nivelliert erscheint. Doch hat die CDU bei dieser Entwicklung eindeutig die Rolle des Vorreiters und Antreibers.«

In dieser »antifaschistischen« Optik ist die CDU bereits wieder zur rechten Partei transformiert, die die Republik nach rechts treibt. Suggestiert wird eine Kontinuitätslinie zur NS-Politik. Gruppen, Stimmungen und Positionen innerhalb der CDU, die sich tatsächlich für eine Rechtswende einsetzen, werden zur Par-

tei schlechthin erklärt. Häufig sind es einfache Positionen konservativer, neu-rechter Intellektueller, die für den Beweis dieser These herangezogen werden. Auf diese Weise wird ein opulentes Schreckensgemälde gezeichnet, ja eine Feindbildprojektion betrieben, die mehr der eigenen Bestätigung und Existenzberechtigung hilft als zur Analyse der CDU-Politik. Jedenfalls wird die Union in diesen Kreisen nicht als eine Volkspartei im Wandel begriffen. Berücksichtigt man, daß der gesellschaftliche Wandel nicht frei gewählt werden kann, sondern durch veränderte Konstellationen Handlungszwänge existieren, so drängt sich ein anderes Vorgehen auf. Es ist notwendig, die verschiedenen möglichen inhaltlichen Optionen zur Bewältigung neuer Herausforderungen (z. B. auf dem Arbeitsmarkt, beim europäischen Einigungsprozeß und in der Außenpolitik) in Relation zu setzen zu dem, was aus der Union angeboten wird. Genau dies fehlt aber in der linken Auseinandersetzung mit der CDU nahezu gänzlich. Die Debatte über die Politik der Union muß so geführt werden, daß dort Differenzierungsprozesse und Diskussionen forciert werden, statt durch undifferenzierte Kritik an der Union in ihr die Geschlossenheit zu stärken.

Foto: JOKER/L. Schmidt



MARGARITA MATHIOPOULOS

## Kohls neue Bundesrepublik

Die Bonner Republik,  
ihre Sünden und ihre Feinde

Unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls ist die Wiedervereinigung zustande gekommen, gleichzeitig aber die *Bonner Republik*, der freiheitlichste und liberalste Staat der deutschen Geschichte, zu Ende gegangen. Die *Berliner Republik* hat begonnen.

Mag deren Erscheinungsbild zwei Wochen vor der Bundestagswahl auch positiv gezeichnet werden, mögen die Regierungsparteien von wirtschaftlichem Aufschwung reden, weiterhin zukunftsoptimistisch »blühende Landschaften« verheißen und die gewachsene internationale Bedeutung des wiedervereinigten Deutschland preisen, die Analyse des inneren Zustands der neuen Bundesrepublik im Jahre Vier der Einheit zeigt einen anderen Befund. Unter der gesamtdeutschen Decke brodelt es, Verwerfungen in Politik, Wirtschaft und Kultur werden sichtbar. Zumal die Wunden, die der Vereinigungsprozeß den Menschen im Osten geschlagen hat, sind keineswegs vernarbt, sondern schwären weiter. Zunehmend werden in den neuen Bundesländern Ärzte konsultiert, die ihre Approbation im Schatten der Mauer erworben haben und deren »Therapie« darin besteht, »altbewährte« ideologische Hausmittel aus der SED-Apotheke zu verabreichen. Geheilt wird dadurch niemand, freilich ebensowenig durch die Medikamente, die aus der Rhöndorfer Restaurations-Pharmacie stammen.

Helmut Kohl setzte vor vier Jahren auf die Einheitskarte und gewann. Ein Mehr an Demokratie verband sich mit diesem Sieg nicht. Eher das Gegenteil! Eine »Guten Morgen, Deutschland!«-Stimmung macht sich breit, die 50er Jahre sind wieder da, Restauratives kommt zum Vorschein. Aber noch weit Unangenehmeres ist zu registrieren, vor allem ein Nationalismus, der sich zu gleichen Teilen aus übersteigertem Vater-

landsstolz, wohlgefälliger Selbstbespiegelung, spießiger Deutschtümelei und Geschichtsklitterei zusammensetzt.

Treibt die neue Bundesrepublik von Europa, vom Westen weg? Diese Frage ist nicht mit einem eindeutigen Ja oder Nein zu beantworten, aber sie bedrängt den, der die Bonner Demokratie nach wie vor für eine beispielhafte Größe hält und dem die Entwicklung Deutschlands in den vergangenen vier Jahren in vielerlei Hinsicht Anlaß zu Bedenken und Sorgen gab und gibt:

- Die *Bonner Republik* ist mit dem 9. November 1989, dem 3. Oktober 1990 und mit der Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991, die Hauptstadt von Bonn nach Berlin zu verlagern, symbolisch und juristisch zu Ende gegangen. Die von den Ostdeutschen mehrheitlich gewünschte Übernahme der DDR hat die Identität, das Bewußtsein und den Charakter der alten Bundesrepublik tiefgreifend verändert. Beginnt man zu begreifen, daß das vereinigte Deutschland mehr ist als der um fünf neue Bundesländer und 16 Millionen Bürger erweiterte westdeutsche Verfassungsstaat?
- Die ökonomischen und sozialen Probleme des langwierigen Prozesses der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands, plötzliche Zweifel an der europäischen Orientierung, das Aufkommen völkisch-nationalistischen Denkens und rechtsradikaler Gewalt kennzeichnen die neue Situation. Zukunftsängste, Vertrauensverlust in die »politische Klasse«, welche der dynamischen Problemwicklung hinterherzuhinken scheint, sind die Folge.
- Bedeutet nicht die von der *Neuen Rechten* gegenwärtig vehement geforderte Infragestellung der Westbindung, die als eine Art Ersatzideologie oder Ersatzidentität der letzten 40 Jahre für das eigentlich Wahre, Gute und Erhabene diffamiert wird, nämlich die deutsche Nation und ihre nationalen Interessen, nicht eine Verabschiedung von der westlichen Wertegemeinschaft?

- Sind die 40 Jahre der Bundesrepublik der Höhepunkt der deutschen Geschichte oder nur ein Betriebsunfall? Siegt Bismarck über Adenauer? Warum haben Ernst Noltes Thesen zur Relativierung des Nationalsozialismus schlagartig an Boden gewonnen? Warum werden »Verfassungspatrioten« neuerdings verächtlich gemacht? Warum ist der Begriff »multikulturelle Gesellschaft« in Deutschland ein Schimpfwort geworden?
- Warum kann jemand, dessen Urgroßvater in Usbekistan deutsches Blut in den Adern hatte, nach wie vor sofort deutscher Staatsbürger werden und ein Kind türkischer Eltern, das hier geboren wurde, nicht?
- Mußten nicht die rechtsextremistischen Untaten der jüngsten Vergangenheit im In- und Ausland berechtigterweise die Frage nach der Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit der deutschen Demokratie vermehrt aufwerfen?

Der Fall der Mauer entband neben verständlicher Freude und Dankbarkeit ein irrationales deutsch- und volkstümelndes Sehnen, Schmachten und Trachten und spülte ein trübes antiwestliches Gedankengut hoch, das sich in der alten Bundesrepublik entgegen allen Bemühungen, gesellschaftliche Offenheit, Pluralität, Liberalität und Toleranz als demokratische Grund- und Leitwerte auch im kollektiven politischen Bewußtsein fest zu verankern, hatte offenbar konservieren können und dessen Mixer nur auf die Gelegenheit warteten, ihre geschichtsrevisionistischen Drinks in aller Öffentlichkeit frisch gekühlt servieren zu können.

Die Giftmischer sind eine bunte Truppe, deren Zahl nicht im Schrumpfen begriffen ist. Gelehrte gehören dazu, Journalisten, Publizistinnen, Dichter, Verleger und Politiker. Was sie als gleiche Brüder mit bloß ungleichen Kappen erkennbar macht, ist der Hang zu allernhand Neubewertungen des Alten:

- Die Neubewertung des Nationalsozialismus, der in dem kryptischen Ideengewirr Ernst Noltes zu einer Art anti-

marxistischer Schutzbewegung gegen den vorzüglich von Juden urheberrechtlich zu verantwortenden Bolschewismus umgelogen wird.

- Die Neubewertung der Westbindung, aus der das *Welt-Kind* Rainer Zitelmann, assistiert von dem bläßlichen Michael Großheim und dem in preußisches Schwarzweiß eingefärbten Karlheinz Weißmann, die territorial arrondierte Bundesrepublik endlich entlassen möchte. Als dreiste Metaphysiker der abertausend europäischen Sonderwege erklären sie die Westorientierung einmütig für »verklärt« und denunzieren die »westliche Wertegemeinschaft« als eine totalitäre »Utopie«. Eckhard Fuhr sieht das ähnlich, entpuppt sich zugleich als prozessionsfeindlicher Reformator und schlägt in einem Leitartikel der FAZ die These an das Tor der deutschen Nationalkirche, die »Westbindung« nicht länger als »Monstranz vor uns herzutragen«.
- Die Neubewertung des europäischen Integrationsprozesses, den maßgeblich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der die Vokabel »durchraßt« wieder salonfähig gemacht und in den deutschen Sprachschatz eingeführt hat, im nationalen Interesse zu bremsen beabsichtigt. Er bricht *expressis verbis* mit der Tradition der Europapolitik von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl.
- Die Neubewertung der Rolle Deutschlands in der Welt, dem Arnulf Baring munter »Was nun?« zuruft und einen Kompaß in die Hand drücken möchte, der »back to Bismarck« weist.

Deutschnational gescheiterte Herren, die in der unpräzisen, pragmatisch organisierten und unspektakulär agierenden *Bonner Republik* nicht zu Hause waren, deren Verzicht auf nationales Gepränge beklagten und den Bundesadler gegen den Reichsadler allzu gern austauschen wollten, empfehlen sich mit wohlgesetzten und besinnlichen Worten als historisch-politische Berater und erklären wiederum mit wohlgesetzten und besinnlichen Worten, daß doch bitteschön

ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis bestehe und der Mord an fünf Mitgliedern einer türkischen Familie in Solingen etwa oder die dank des Televisionsmediums der Weltöffentlichkeit vorgeführte Magdeburger Farbigen-Hatz als Schandtaten zu gelten und weder vorder- noch hintergründig mit dem zu tun haben, was sie, die Orakelpriester der Geschichtsvernunft und Mythographen der *Deutschheit*, verträten.

Dies alles schließt keineswegs aus, daß es nicht doch bisweilen zu Annäherungen zwischen Lehrern und Schülern kommt. Der Denker Ernst Nolte hat unlängst die Täter im Gefängnis besucht, die sich für den Brand- und Mordanschlag in Solingen vor Gericht zu verantworten haben. Noltens Plauderstunde mit den Solinger Attentätern erfährt keine öffentlichen Rüge.

Der Durchbruch nationalistischer Stimmungen seit der Wende deutet unverkennbar auf einen – parteiübergreifenden – Rechtsruck, einen politischen Mentalitätswandel in der Bundesrepublik hin. Die unheimliche Milde, mit der Teile der Justiz neonazistischen Exzessen begegnen, die anstößige Zögerlichkeit von Staatsanwälten und Richtern, die braunen »Glatzen« die ganze Härte des Gesetzes spüren zu lassen, sind symptomatische Reflexe der rechtslastigen Verschiebung des politischen Wertesystems. Das Mannheimer Deckert-Urteil paßt da ins Bild.

Die Justiz nun ist das eine, die Politik das andere. In der nämlich werden erneut Töne laut, die sich zur kakophonischen Melodie des »Wir-sind-wieder-wer« zusammenfügen.

Einer der ganz Selbstbewußten ist Außenminister Klaus Kinkel. Er eilt, erfüllt von seiner Aufgabe und Bedeutung, über das internationale diplomatische Parkett, eckt dabei an, wo er kann, mault über die »Südlastigkeit« der EU, verprellt die Franzosen, zitiert – ein singulärer Fall – deren Botschafter Francois Scheer, der sich erküht hatte, ein paar kritische Bemerkungen über die neue deutsche Außenpolitik zu äußern, ins Auswärtige Amt, droht den Spaniern, ih-

nen das Genick zu brechen, umarmt den chinesischen Menschenrechtsverletzer Li Peng, läßt dafür den Dalai Lama aus, jagt in der ganzen Welt einem Sitz im Weltsicherheitsrat der UN hinterher und demonstriert den Europäern, was sie unter »gewaltiger deutscher Vermittlung« zu verstehen haben. Verstimmungen, Verunsicherungen und ängstliche Fragen (meist hinter vorgehaltener Hand) diesseits wie jenseits des Atlantiks nach den außenpolitischen Ambitionen Deutschlands sind die Folge. Kohls Zauberberlehring Kinkel ist in nur kurzer Zeit gelungen, zunichte zu machen, was Genschers Außenpolitik in zwei Jahrzehnten aufgebaut hat.

Kinkels charmante Methoden lassen im State Department den Wunsch nach jenem »Genscherismus« wieder aufkommen, der dort einst ein »dirty word« war und genau die intrikate Problematik auf den Begriff brachte, die deutsche West- und Ostpolitik in ein ausbalanciertes und zugleich allseits akzeptiertes Verhältnis zu bringen. Genscher ist dies vielfach gelungen.

### Weniger Demokratie gewagt

Die deutsche Vereinigung hat Schleusen geöffnet, Dämme sind gebrochen, die Rechten sind auf dem Vormarsch. Wie konnte das geschehen? Immerhin gab es doch die *Bonner Republik*, deren maßgebliche Säulen, Konrad Adenauers Westpolitik und Willy Brandts Ostpolitik, ihr die Statur und das Ansehen verschafften, das sie international zu einem geachteten Staatswesen werden ließ.

Hatte diese *Bonner Republik*, in der »Verfassungspatriotismus« (Dolf Sternberger) kein Schimpfwort war, nicht genügend Immunkräfte, um den nationalistischen Bazillus zu absorbieren? War diese alte Bundesrepublik mit ihrer Indifferenz gegenüber nationalen Verführungen und Verlockungen nur eine »Schönwetterdemokratie« (Wolf Lepenies), ein bloßes Provisorium gar ohne paradigmatische, verpflichtende Bedeutung?

Es sind wohl auch Versäumnisse und »Sünden« der alten Bundesrepublik zu

konstatieren, die vieles von dem erklären, was sich heute vollzieht. Dazu zählt nicht zuletzt der Modus, den die politisch Verantwortlichen in Bonn im Umgang mit der anschlusßwilligen DDR wählten.

Hätte die neue Bundesrepublik nicht von Anfang an von West- und Ostdeutschen in der Tradition der *Bonner Republik* gemeinsam aufgebaut und zu einem »Laboratorium der neugewonnenen Freiheit und Demokratie« ausgestaltet werden müssen? Die deutsche Einheit bot eine große Chance zur Erneuerung und Modernisierung der gesamten Gesellschaft. Sie wurde in Teilen vertan. Der Westen schwang sich zum Zuchtmeister des Ostens auf, das Bonner Konrad-Adenauer-Haus und das Kanzleramt bestimmten Marschgeschwindigkeit und -richtung, die Demokratiebewegung in Ostdeutschland, die den SED-Staat zur Implosion brachte und dem neuen Deutschland wichtige Impulse hätte geben können, erfuhr keine Berücksichtigung und fand sich bald schon nach dem 9. November 1989 an den Rand gedrängt. Dem Osten wurden exakt die gleichen Verkrustungen in der Wirtschaft, der Wissenschaft oder der Kultur aufgestülpt, die in Westdeutschland existieren und seit Jahren als reformwürdig beklagt werden.

1990 bestand die einmalige Gelegenheit, innen- und wirtschaftspolitisch andere Wege zu gehen und die Vereinigung stufenweise zu vollziehen. Als Fundamentalfehler erwies sich nicht nur die Wahl des Zeitpunkts der Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch, daß der Kurs für die ostdeutschen Kosten und Preise auf 1:1 festgesetzt wurde. Damit war die Piste für Theo Waigels halsbrecherischen finanzpolitischen Abfahrtslauf präpariert, der im Ergebnis in die ökonomische Katastrophe führte und den führende Wirtschafts- und Finanzexperten mit dem Begriff »voodoo economics« umschreiben. Es gab ja durchaus kritische Stimmen im Frühjahr 1990, wie den damaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl, der öffentlich vor diesem Schritt warnte und kurze Zeit später seinen Hut nahm, oder den niedersächsi-

sehen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, vor allem aber seinen saarländischen Kollegen Oskar Lafontaine, der für einen Stufenplan und allmählichen Umbau der DDR zur Marktwirtschaft eintrat. Durchgesetzt hat sich das Rezept von der schnellen Anpassung, wobei das fatale Argument ins Feld geführt wurde: Kommt die D-Mark nicht zu den Ostdeutschen, kommen die Ostdeutschen zur D-Mark. Angewendet wurde dieses Rezept mit dogmatischer Strenge. Nur der Weg der raschen Währungsunion sollte der ökonomisch rechte Weg sein.

Was sprach dagegen, zuerst das (außen-)politische Fundament der Vereinigung zu legen, um darauf Schritt für Schritt das ökonomische Gebäude der Marktwirtschaft zu errichten? Eindeutige Aussagen und das Bekenntnis zu einem realistischen Zeitplan hätten in Ostdeutschland ein Klima des Vertrauens geschaffen, in dem die Menschen und Unternehmen hätten planen und sich anpassen können. Doch so wurde die Wirtschafts- und Währungsunion als Vehikel mißbraucht, um vor allem die eigenen parteipolitischen Interessen zu forcieren.

Beim Umbau Ostdeutschlands hätten diverse innovative Konzepte auf ihre Alltagstauglichkeit erprobt werden können, um sie nach Ablauf einer erfolgreichen Testphase auch auf die alten Bundesländer zu übertragen. Die Privatisierung mancher staatlicher Aufgaben aus dem kommunalen Versorgungsbereich hätte wahrscheinlich schneller und billiger zum Aufbau einer modernen Infrastruktur geführt als die Übernahme tradierter bundesdeutscher Strukturen. Nicht nur Straßenbau, Bahn, Telekom, Strom- und Wasserversorgung wären denkbare Objekte einer möglichen Privatisierung gewesen, auch über die Einbeziehung des Bildungswesens hätte man nachdenken können. Und warum sind nicht flexiblere Arbeitszeiten eingeführt und das Thema Ladenschluß ganz anders angegangen worden? Ostdeutschland hätte der Ort für eine neue dynamische, humane und ökologische Marktwirtschaft werden können – mit Ausstrahlungskraft für Westdeutschland.

In der Anfangsphase der Wiedervereinigung wäre es neben einer kreativen Privatisierung sinnvoll gewesen, für bestimmte Branchen, die für andere osteuropäische Länder notwendige Güter geliefert haben, einen Zeitplan zu entwickeln, in dem man festgelegt hätte, wie lange der jeweilige Betrieb subventionierte Güter für die anderen ehemals sozialistischen Länder weiterfertigen sollte. Mit einer solchen Vorgehensweise hätten wiederum mehrere Ziele erreicht werden können. Mittelfristig wäre eine Reihe Arbeitsplätze erhalten geblieben, die Unternehmen hätten die dringend benötigte Zeit bekommen, um sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Bei den Arbeitnehmern hätte es begründetes Vertrauen geschaffen und ihnen wieder eine Zukunftsperspektive gegeben. Es ist anders gekommen. Jens Reichs Worte besitzen Gültigkeit: »Die deutsche Nation ist ein Zukunftsprojekt: Es setzt eine Bürgergesellschaft voraus, die ihre Demokratie nicht widerwillig erträgt, sondern gestaltet.« In die Hände spucken und die Ärmel hochkrepeln ist das eine, das Selbst zu erkennen das andere. Ohne Mündigkeit keine Freiheit. Aber auch dies: ohne reale Utopie keine demokratische Politik.

Helmut Kohl wagte seit 1990 weniger Demokratie und war erfolgreich. Er scherte sich dabei herzlich wenig um ostdeutsche Befindlichkeiten wie um westdeutsche Besorgnisse. Der Kanzler und die Mehrzahl der Westdeutschen vereinigten sich eher mit einem fragwürdigen historischen Staatsmodell, dem Nationalstaat, als mit den Menschen im Osten Deutschlands, die im Vereinigungsprozeß nicht als gleichberechtigte Partner beteiligt wurden, sondern die zweifelhafte Rolle von Sonderschülern in einem Umerziehungsheim übernahmen. Daß die Opposition sich gegen diese Entwicklung nicht vehementer stemmte und darauf verzichtete, der stimmenträchtigen Devise von »Deutschland – einig Vaterland« das Motto »Freiheit statt Nationalismus« entgegenzusetzen, ist und bleibt politisch und historisch eine Enttäuschung.

Es ist ja beileibe nicht so, daß die *Bonner Republik* die reine demokratische Unschuld gewesen wäre und etwa die Traditionslasten der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches ganz und gar abgeworfen hätte. Genau besehen, wurden diese eher verdrängt und konnten sich dadurch 40 Jahre lang latent erhalten. Das Jahr 1945, es war ebensowenig eine Stunde Null wie das Jahr 1989.

Gewiß, die Westmächte, allen voran die USA, taufte den westdeutschen Staat mit dem Wasser der Demokratie auf die Dreifaltigkeit Liberalität, Toleranz und Pluralität. Aber sie wußten wohl, daß sich noch erst zeigen mußte, ob der demokratische Neophyt die Erwartungen, die in ihn gesetzt wurden, nicht enttäuschen würde. Nach außen hin entwickelte sich die *Bonner Republik* zu einem Musterknaben, im Inneren ließ einiges zu wünschen übrig. Etwa die Aufarbeitung der Vergangenheit. Sie hätte, so ein vielfach variiertes Argument, den Aufbau des westdeutschen Staates behindert, weshalb es vernünftig gewesen sei, sie erst gar nicht in Angriff zu nehmen. Wer Trümmer wegräumen, Wohnungen bauen, Arbeitsplätze schaffen, eine funktionierende Verwaltung ausbilden mußte, konnte sich nicht mit der Frage beschäftigen, warum all dies nötig geworden war. Das »Wirtschaftswunder« der 50er und 60er Jahre, es schuf allgemeinen Wohlstand und steigerte die Kaufkraft, die eben auch ermöglichte, das Schweigen über die Vergangenheit zu erkaufen. Parallelen zu dem, was seit 1989 zu beobachten ist, drängen sich auf. Nach dem Fall der Mauer setzten viele ehemalige DDR-Bürger ebenso auf das Prinzip Verdrängung, erhofften sich ein zweites »Wirtschaftswunder«, das die SED-Zeit vergessen machte, und flohen in einen »DM-Nationalismus« (Jürgen Habermas), der raschen »Wohlstand« bringen, von der 40jährigen DDR-Geschichte erlösen und so die Einrichtung in einer bequemen Lebenslüge erleichtern sollte.

Indem die *Bonner Republik* die öffentliche, nicht auf kleine akademische Zirkel beschränkte Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte

unterließ und den Antifaschismusbegriff den kommunistischen Brüdern im Osten überließ, geriet ihr ein wichtiges Instrument der Selbstbeschreibung aus der Hand. Zwar war es richtig und historisch wie politisch angezeigt, daß sich der westdeutsche Staat den Antikommunismus auf die Fahnen schrieb, aber er hätte den Antifaschismus nicht nur als Selbstverständlichkeit gleichsam implizit voraussetzen, sondern ihn auch explizit programmatisch monopolisieren und so herausstreichen müssen, daß Antikommunismus und Antifaschismus im demokratischen Selbstverständnis Symmetrietermini sind. Da dies nicht oder nur unzureichend geschah, gelang es der DDR, den Antifaschismusbegriff als offiziellen Staatstitel zu usurpieren und für sich zu reklamieren. Aber der SED-Staat, er hatte doch nichts anderes vorzuweisen als dieses Feigenblatt. Es hätte keiner großen Anstrengung bedurft, ihm dieses Feigenblatt von westdeutscher Seite zu nehmen. Ohne Not und entgegen aller politischen List und Vernunft wurde aber das antifaschistische Terrain der DDR überlassen.

Natürlich hing dies auch damit zusammen, daß es einer nicht geringen Zahl in der *Bonner Republik* an dezidiert demokratischem und antifaschistischem Bewußtsein mangelte. Teile der deutschen Konservativen nämlich, im Kern ebenso antiliberal wie antiwestlich, bewegte sich stets hart an der Grenze zum Nationalismus und schleppte faschistisches Gedankengut im ideologischen Tornister mit. Ein nie wirklich ausgemerzter Rechtsextremismus, in Hinterstuben gepflegt und auf Sparflamme gewärmt, begleitete die *Bonner Republik* wie ein böser Schatten. Daß man ihn nicht mit ebensolcher Entschlossenheit bekämpfte wie den Linksradikalismus, der zahlenmäßig schwächer war, ist bezeichnend. Für die RAF-Häftlinge wurden in Gefängnissen Hochsicherheitstrakte von gespenstischer Perfektion errichtet, die Neonazis galten üblicherweise als harmlos, ihre Taten bewertete man als Kavaliersdelikte.

Die ambivalente Haltung zur nation-



Kohl und sein vierter Generalsekretär

Foto: JOKER/L. Schmidt

nalsozialistischen Zeit spiegelte sich auch im Unterricht. Wer in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik zur Schule ging und sein Abitur machte, erfuhr zumeist nicht sehr viel über den Hitlerismus. Ja, zu fragen ist, ob der Umstand, daß Schülergruppen nach Rom, Paris oder London, nicht aber nach Buchenwald, Theresienstadt oder Treblinka geführt wurden, eine Art Flucht vor der Vergangenheit war.

Wenn dem so gewesen sein sollte, dann verband sich damit allerdings eine Freude an der Demokratie kaum. Der Verfassungstag am 23. Mai hatte stets etwas Bemühtes und wurde nie zu einem Feiertag, zu einem Fest der Demokratie. Ins allgemeine bundesrepublikanische Bewußtsein vermochte er nicht vorzudringen; man nahm kaum Notiz von ihm, allenfalls für Philatelisten hatte er Bedeutung, da die Bundespost seiner durch die Ausgabe einer kleinen verschämten Sondermarke gedachte. Sowenig die Deutschen in der *Bonner Republik* die Fähigkeit aufbrachten, über das von ihnen im Dritten Reich Verbrochene zu trauern, sowenig brachten sie die Fähigkeit auf, den Sieg über Hitler und die

Etablierung der Demokratie erleichtert und glücklich zu feiern. Hätte man nicht gerade deshalb den 23. Mai als kontinuieritäts- und einheitsstiftenden Feiertag stärker profilieren müssen? War es nicht verfehlt, im Festzyklus der neuen Bundesrepublik den 3. Oktober zum »Ostern« des wiedervereinigten Deutschland zu erklären?

Die Geschichte der Bundesrepublik, sie war in wesentlichen Belangen auch eine Geschichte von Verspätungen. Als Willy Brandt im Dezember 1970 am Mahnmahl für die Opfer des Warschauer Ghettos niederkniete und mit diesem symbolischen Akt vor aller Welt die Schuld der Deutschen sinnenfällig eingestand, stieß er auf einen breiten Zustrom der Sympathie in der alten Bundesrepublik und löste hier eine Solidaritätsbewegung bisher ungeahnten Ausmaßes aus. Und doch erfuhr er auch Ablehnung, ja, Haß. Der Kniefall wurde von rechten *virii obscuri* als unpatriotisches Spektakel heruntergemacht. 15 Jahre später qualifizierte Richard von Weizsäcker in seiner Rede im Mai 1985 die Niederringung Hitler-Deutschlands als Befreiungstat. Das Ausland applaudierte den Worten,

die der damalige Bundespräsident fand, ebenso die große Mehrheit der Deutschen, die Richard von Weizsäckers Ausführungen begrüßten und als längst überfällig betrachteten. Aber es trat auch eine Phalanx von alten und neuen Kameraden auf, die ihn anfeindeten und darauf beharrten, 1945 als Jahr der deutschen Katastrophe in den Annalen zu vermerken. Die Gedenkrede des ehemaligen Bundespräsidenten, sie kam 30 Jahre zu spät – aber besser spät als nie!

Hätte es der alten Bundesrepublik nicht gut zu Gesicht gestanden, wäre es nicht historisch, politisch und moralisch angezeigt gewesen, die Opfer des Holocaust mit einem Museum zu ehren? Weshalb blieb dies dem »Jüdischen Weltkongreß« vorbehalten? Zur Eröffnung des »Holocaust Museum« in Washington konnte Helmut Kohl nicht kommen, zur Eröffnung des »Haus der deutschen Geschichte« in Bonn schon.

Irritationen löste nicht nur in jüdischen Kreisen der gemeinsame Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg im Mai 1985 aus, auf dem der Bundeskanzler und der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Köpfe auch vor den Gräbern Gefallener der Waffen-SS senkten. Den unlängst erschienenen Memoiren des ehemaligen US-Außenministers George Shultz ist zu entnehmen, wie Helmut Kohl seinen Freund Ronald Reagan zu der Bitburg-Aktion »überredete« und welche Widerstände dagegen in der amerikanischen Administration bestanden. Kohl habe Reagan in einem Brief förmlich zu der Eifel-Tour »erpreßt«, auf die »drohende« Gefahr des Siegs einer rot-grünen Koalition bei der anstehenden Bundestagswahl hingewiesen und im deutsch-amerikanischen »Interesse« um Reagans Beistand gebeten.

Wirkte sich nicht als Webfehler der Bonner Demokratie die Verwurzelung des Staatsbürgerrechts in einem völkisch patinierten *jus sanguinis*, einem regelrechten Blut- und Boden-Staatsbürgerrecht, aus, wonach die Abstammung über die Staatsangehörigkeit bestimmt? Ein vernünftiges Staatsbürgerrecht, das nicht ethnisch fundiert ist, gekoppelt mit

einem vernünftigen Einwanderungsgesetz, hätten viel Unbill erspart. Statt dessen wurde Hand an ein besonders hohes Verfassungsgut gelegt: das Asylrecht.

Dies weist auf ein Dilemma hin, aus dem die *Bonner Republik* nicht herausfand: die Konsenssucht. Allenthalben wurde der »Konsens der Demokraten« beschworen und so getan, als sei der Dissens der Feind der Demokratie. In diesem konsensualen Denken artikuliert sich ein Harmoniebedürfnis, das den Streit scheut wie der Teufel das Weihwasser. Die Unfähigkeit, Kritik, auch scharfe Kritik, als normal und notwendig zu betrachten, hat den Konsenshang verstärkt und die Tendenz zur Verwischung der Überzeugungsgrenzen intensiviert.

Es bleibt das große Verdienst der 68er Bewegung, auf den einlullenden altbundesrepublikanischen Konsens-Choral, dessen trügerischer Refrain *Keine Experimente* lautete und zugleich den versteckten Lockruf *Don't look back* enthielt, mit dissonant-befreiendem Beat reagiert zu haben. Als erste stiegen die 68er aus dem historischen Verdrängungswettbewerb der Adenauer- und Erhard-Ära aus, revoltierten gegen die restaurativ-miefige Gemüchlichkeitskultur, lüfteten die staubigen Talare, unter denen »der Muff von tausend Jahren« steckte, füllten Erinnerungslücken auf, schärften den Blick für die Notwendigkeit und positive Wirkung von sozialer Kritik und Emanzipation und brachten die Modernisierung, Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft in Gang. Wolfgang Schäuble ist die ganze Entwicklung nicht geheuer. In seinem neuen Buch propagiert der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende die Rückkehr zur ruhigen und wertestabilen Zeit vor 1968 und zeigt damit nicht nur, wohin die neue Bundesrepublik sich bewegen soll, sondern auch, freilich ungewollt, warum die Impulse, die die 68er gegeben haben, nie wertvoller waren als heute.

Andererseits aber kam es ungewollt zwischen Linksaußen und Rechtsaußen zu einem fatalen Konsens. Beide stimmten stillschweigend in der Ablehnung des Westens überein und gefielen sich in an-

tiamerikanischen Ausfällen. Der Anti-amerikanismus großer Teile der deutschen Linken war sicherlich ihr größter Fehler – mit Folgen. Das amerikanische Engagement in Vietnam erschien ihnen als »faschistisch-imperialistisches« Vorgehen. Auschwitz und Vietnam wurden auf unzulässige Weise in eine Gleichung gebracht. Dadurch verkürzte sich *Amerika* quasi auf Vietnam. Zwischen den Werten und Idealen der Amerikanischen Revolution und Verfassung, die nicht nur ein Grundpfeiler der amerikanischen Demokratie, sondern zugleich eines der bedeutendsten Dokumente der Moderne darstellt, und der amerikanischen Vietnampolitik wurde kein Unterschied gemacht. Alle warfen die 68er in einen Topf und verrührten es zu einer pauschalen Antiamerikanismus-Suppe, deren letzte Reste die Friedensbewegung der 80er Jahre gierig ausleckte und in der Ansicht kräftigte, Saddam Hussein vor dem »kriegstreiberischen« George Bush in Schutz nehmen zu müssen.

Wie anders gingen die 68er in Berkeley und an anderen amerikanischen Hochschulen vor! Durchaus von der »Kritischen Theorie« in Herbert Marcuses Fassung beeinflusst und beeindruckt, wurde dort sehr wohl zwischen der Vietnampolitik der Johnson- und Nixon-Administration einerseits und der aufklärerisch-demokratischen Tradition in Amerika andererseits differenziert, ohne übrigens die liberale Innenpolitik Lyndon B. Johnsons (»Great Society«) und die Détente-Bemühungen Richard Nixons geringzuschätzen. In Sachen Vietnam argumentierte man sozusagen mit den Idealen der Amerikanischen Revolution und Verfassung *gegen* die amerikanische Indochinapolitik. Die deutschen 68er hätten von ihren amerikanischen Kommilitonen lernen können. Sie taten es nicht, wollten auch nicht Theodor W. Adornos leise Plädoyers für die amerikanische Demokratie zur Kenntnis nehmen, sondern einen Feind aufbauen, auf den sie ihren Haß lenken konnten, und führten vor, was Marcuse unter »Eindimensionalität« begriff. Indem die *Bonner Republik* von den Protagonisten der deut-

schen Studentenrevolte sodann als Affertersystem der USA »entlarvt« wurde, warflugs die Rechtfertigungsbasis geschaffen, um »kaputt zu machen, was uns kaputt macht«.

Die Verfolgung derer, die in der alten Bundesrepublik den »Kampf gegen den Imperialismus« verkämpften, hat viele Kräfte gebunden, die auf anderen Bereichen dringend hätten investiert werden müssen.

Die Bundeswehr beispielsweise, eine der gelungen demokratisierten Institutionen in der *Bonner Republik*, führte eher ein Schattendasein, sie blieb ein ungeliebtes Kind. Die deutsche Wehrmacht sollte nicht ihre Mutter, die militärische Tradition nicht ihre Patin sein, dafür aber die »wehrhafte Demokratie«. Das Werben um die Anerkennung der Bundeswehr geschah halbherzig und mit schlechtem Gewissen, die Bestimmung ihrer Funktion in der Weltpolitik litt fast immer unter Konzeptionslosigkeit und mangelndem Verantwortungsbewußtsein. Im Golfkrieg stellte die Bundeswehr zwar vorbildhaft ihre Logistik zur Verfügung. Aber das geschah heimlich, damit die deutsche Bevölkerung sich nicht beunruhige. Auch das Kanzleramt zeigte aus Sorge um des Bürgers Wählerstimmen kein Interesse, das logistische Engagement der Bundeswehr im Golfkrieg herauszustreichen.

### Die Abwicklung der Ehre der DDR-Bürger

Die 40jährige Geschichte der *Bonner Republik* war eine Geschichte der Freiheit, an die man sich nicht nur gerne zurück-erinnern, sondern die man auch fortgeschrieben sehen möchte. Aber die Geschichte der alten Bundesrepublik, sie ist auch eine Geschichte von Freunden und Feinden, von Fehlern und Versäumnissen. Die Art und Weise der Wiedervereinigung war ihre letzte, ihre vielleicht fatalste »Sünde«, die neue Frontbildungen erzeugt hat.

Alles ließ sich ja zunächst ganz gut an. Die Bürger der DDR formierten sich zu Demonstrationen, revoltierten fried-

lich gegen die SED-Bonzen, riefen »Wir sind *das Volk!*« und traten eine Lawine los, die Honecker und Co. überrollte: die erste Revolution in Deutschland, die also gelang. So schien es! Doch der aufmerksame Beobachter traute schon bald seinen Augen nicht mehr. Denn auf den Plakaten hatte sich ein seltsamer Artikelwechsel vollzogen. Nun hieß es mit einem Mal »Wir sind ein Volk!« Der Spruch und die Fahnen, auf denen er zu lesen war, kamen aus dem Westen.

Das ganze Spiel ist Tradition in diesem Land. Einheit ging stets vor Freiheit: 1848 war das so und 1871 und 1918 und 1989 auch. 1945 freilich unterbrach Konrad Adenauer diese Tradition und tat gut daran. Er wußte, daß *Freiheit vor Einheit* zu gehen hat, weshalb akademische wie politische Versuche, nach der Wende ausgerechnet ihn zum Patriarchen der Wiedervereinigungspolitik zu erklären, der Unseriösität nicht entbehren. Man mag innenpolitisch einiges gegen Adenauer einwenden, aber seine Entscheidung für den Westen, sein Widerstand gegen eine Einheit, die

Deutschlands Neutralisierung bedeutet und damit die Preisgabe der von den Westmächten garantierten Freiheit bedeutet hätte, waren wegweisend und richtig.

1989 aber sahen die Dinge anders aus. Nur einen Tag nach dem Fall der Mauer, am 11. November 1989, schärfte Friedrich Karl Fromme in der FAZ den Ostdeutschen ein, wo der Hase lang zu laufen hat: »Einmal aber kommt der Tag, da die Deutschen in der DDR darüber bestimmen müssen, ob sie sich mit den Deutschen in der Bundesrepublik zusammenschließen wollen. Hindernisse, wie sie in der Parole »Freiheit geht vor Einheit« liegen, gibt es dann nicht mehr, auch nicht mehr die Zuflucht vor Unbequemlichkeiten, zu der das wohlklingende Wort nicht selten gedient hat.« Jetzt galt es also, die Einheitsschlacht zu schlagen.

Die Truppen waren schnell gesammelt und aufgestellt, die Kommandanten bezogen auf dem Feldherrnhügel Position. Am 15. November 1989 ließ einer der Generäle, der damalige CDU/CSU-

Auf allen Kanälen

Foto: JOKER/L. Schmidt



Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, verlauten, die Wiedervereinigung sei stets das Ziel der Union gewesen, was zwar nicht ganz stimmte, aber das machte jetzt nichts mehr. Als Adjutant Dreggers fungierte Fritz Ulrich Fack, der am 15. November 1989 wieder in der FAZ, die in der Umbruchphase zu einem Kriegsjournal des Einheitskampfs mutierte, den Ostdeutschen klar machte: »Wenn die Deutschen in der DDR ihr Schicksal wenden wollen, dann brauchen sie das Patronat eines gesamtdeutschen Staates, der für sie eintritt, und eine Wirtschaftsordnung, die dem Land Zukunft gibt.« Da wurde die Pistole auf die Brust gesetzt und eine »Wiedervereinigung« dekretiert unter der *Patronage* der Bundesrepublik. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wußte man, wohin die Wende sich wenden würde.

Vom Bannstrahl wurden die getroffen, die sich nicht damit abfinden wollten und konnten, daß die Einheit die einzige Möglichkeit nach der Wende sei. Intellektuelle wie Antje Vollmer, Günter Grass oder Jürgen Habermas, die sich erfrechten, das Wiedervereinigungs-Dogma als Scheinsatz zu deuten, und die der These wenig abzugewinnen vermochten, daß a priori Einheit besser als Zweiheit sei, galten als »vaterlandslose Gesellen und Gesellinnen«. Der Nationalrausch, der die Deutschen in weiten Teilen erfaßt hatte, sedierte und machte kontroverse Argumentationen unmöglich. Im deutschen Blätterwald, von BILD bis SPIEGEL, herrschte infolge allgemeinen Einheitsdusels argumentative Windstille, ein *testimonium paupertatis* für das »Land der Dichter und Denker«, in dem es doch seit Jahrhunderten gerade auch eine bewundernswert reiche und vorbildliche Kultur der Kritik gibt (Lessing, Kant, Schiller, Heine).

Bis zum Fall der Mauer war das Thema »Wiedervereinigung« im politischen Diskurs der *Bonner Republik* tabuisiert, nach dem 10. November 1989 löste dieses Tabu ein anderes ab: das Thema »Zweistaatlichkeit«. Nun wurde es obsolet, über Vor- und Nachteile der »Zweistaatlichkeit« pragmatisch zu dis-

kutieren und der Frage nachzugehen, wie sich Freiheit und Einheit zueinander verhalten und künftig demokratische Freiheit unter den Bedingungen der – begrüßenswerten – nationalen Einheit zu sichern ist. Während das Kanzleramt gleichsam den ICE Richtung Einheit in Bewegung setzte, hätte man vermutlich, um im Bild zu bleiben, auch einen Bummelzug wählen können. Die Regierung Kohl sperrte freilich alle Zugstrecken, bis auf die eine, über die ihr Einheits-Expresste raste, der die Ostdeutschen überrollte und bald schon nicht mehr zu steuern war, belegte die Auseinandersetzung um die Zweistaatlichkeit mit einem Tabu und wählte ein Verfahren, das in der Diktatur beliebt ist, in der Demokratie hingegen nichts zu suchen hat: die Politik des *einen* Wegs.

### Genscher vor dem Rücktritt

Ohne Rücksprache mit seinem Koalitionspartner zu nehmen, verkündete Helmut Kohl am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag seinen 10-Punkte-Plan. Hans Dietrich Genscher traute beinahe seinen großen Ohren nicht, als der Bundeskanzler vor der deutschen Öffentlichkeit die Leiter aufbaute, die in den Wiedervereinigungshimmel führen sollte. Der Außenminister war außer sich und kurz davor, die Koalition zu verlassen. Wenn die Koalition Ende November '89 nicht geplatzt ist, dann hat das Helmut Kohl dem SPD-Politiker Karsten Voigt zu danken. Der wußte zwar auch nichts von dem 10-Punkte-Plan, trat aber direkt nach dem CDU-Chef ans Rednerpult und sagte der Koalition die Unterstützung der SPD zu und rettete dadurch die Regierung Kohl, die sich einmal mehr als Kohls Regierung entpuppte. Genscher waren natürlich nach Karsten Voigts Vorstoß die Hände gebunden.

Nicht, daß Genscher die Wiedervereinigung nicht gewollt hätte. Seine Bestrebungen, die deutsche Einheit außenpolitisch abzustützen, zeigen, in welche Richtung Genschers Handeln zielte. Was ihn empörte, war der Umstand, von Kohl

an der Konzeption des 10-Punkte-Plans nicht beteiligt worden zu sein, keine Korrekturen vornehmen zu können und den Entwurf kritiklos hinnehmen zu müssen. Genau dies mag den Bundeskanzler zu seinem Tun bewogen haben.

Hätte die SPD am 28. November die Notbremse gezogen, vielleicht wäre alles anders gekommen und nicht unbedingt schlechter. So aber wurde die Einheitswalze gestartet, die alles in der ehemaligen DDR platt machte, Deutschland die größte Rezession seiner Geschichte bescherte und den Ostdeutschen tiefe Wunden schlug. Nichts sollten sie in das geeinte Deutschland mit einbringen dürfen, alles sollten sie neu lernen müssen, vor allem das große A-B-C der Marktwirtschaft. Die meisten kamen beim Buchstabieren nur bis E wie Entlassung. Zu spät merkten die Ostdeutschen, daß die im Westen sie gar nicht kannten, sie auch gar nicht kennenlernen wollten, einige wenige ausgenommen, darunter

Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Richard von Weizsäcker.

Einfühlungsvermögen, Rücksichtnahme, Behutsamkeit sind keine dominanten Charaktereigenschaften der jetzigen Regierung. Helmut Kohl benutzte die Ostdeutschen und gab ihnen keine Chance zum Durchatmen. Der Einheitsprozeß stellte nicht den Menschen und dessen Möglichkeiten, seine Freiheit in der Demokratie zu gestalten, in den Mittelpunkt, sondern Staat, Institution und Bürokratie. Die neuen Bundesländer wurden durch einen bürokratisch-mechanistischen Akt in ein institutionelles Gefüge gepreßt, das ihnen fremd war. Die Menschen, um die es doch hätte gehen müssen, besaßen in diesem Geschäft allenfalls die Bedeutung einer treuhänderisch verwalteten Verfügungsmasse. Darüber verloren die Ostdeutschen, denen »die Demut eines Pleitiers« (Jens Reich) aufgedrückt wurde, ihr Selbstbewußtsein. Die Bürgerrechtsbewegung

Sigrid Jacobeit/ Wolfgang Jacobeit  
**Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands**  
**1900-1945**

1994 - ca. 600 S. - DM 98,00  
ÖS 764 - SFR 100,00  
ISBN 3-929586-38-X

Diese "Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte" bietet einem größeren LeserInnenkreis mit einer Fülle historischer Fakten und einer großen Anzahl von Abbildungen Geschichte aus der Sicht "von unten" dar. Geschichte "von unten" - auf dem steten Hintergrund des großen politisch-sozioökonomischen und kulturell-ideologischen Geschehens - manifestiert sich in den vielfältigen Formen des Alltags der sozial differenzierten Bevölkerung, der "vielen Kleinen", aber auch der "wenigen Großen" in Stadt und Land.

Die Autoren veranschaulichen ihn vor allem an der Problematik der "Arbeit", die zwischen 1900 und 1945 zahlreichen Wandlungen, Verwerfungen und Pervertierungen unterlag und die nicht zuletzt den Habitus der Arbeitenden geprägt haben.

Zeitschrift  
für kritische  
Sozialwissenschaft **PROKLA 96**  
**Fundamentalismus und neue  
Religiosität**

1994 - ca. 160 S. - DM 18,00  
ÖS 141 - SFR 19,10  
ISBN 3-929586-06-1

*PROKLA-Redaktion:* Fundamentalismus und neue Religiosität

*W. Schmidt:* Die Sehnsucht nach Identität

*L. Niethammer:* Konjunkturen und Konkurrenzen kollektiver Identität

*R. Thiessen:* Kapitalismus als Religion

*St. Elkins:* Rent-Seeking

*O. Patterson:* Der neue Puritanismus

*St. Lukes:* Fünf Fabeln über die Menschenrechte

*Sh. Avineri:* Die Rückkehr zum Islam

*P. Lohauß:* Fundamentalismus und moderne Identität

*V. Wellhöner:* Auf der Suche nach den wirtschaftlichen Sachzwängen der Weimarer Republik

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26 · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80



der DDR hatte zwar die Wende herbeigeführt, damit aber ihre Schuldigkeit getan. Der Rest sollte – auf östlicher Seite – dankbares Schweigen sein.

Frustration machte sich breit, Aggressionen wurden frei und lenkten sich auf diejenigen, die noch schlechter dran waren im Osten Europas als die Ostdeutschen, vor allem die Polen. An sie, vor allem aber an Asylbewerber und ausländische Mitbürger, wurden die Prügel weitergegeben, die die Osis von den Wessis bezogen. Der psychologische Automatismus, dem dieses Verhalten folgt, ist von erschreckender Folgerichtigkeit. Und ebenso folgerichtig ist, daß der Überdruß an der Vereinigung zunahm, die Gräben zwischen Ost und West sich wieder vertieften und die Menschen in den neuen Bundesländern den Kräften Glauben und Vertrauen schenkten, die sich ihrer Anliegen anzunehmen vorgeben. Der Aufstieg der PDS erklärt sich von hier mühelos.

Mit dem Fall der Mauer fiel der Respekt, den der Westen dem Osten und der Osten dem Westen entgegengebracht hatte. Zur Zeit der Teilung waren die Töne andere, höflichere, moderatere – hüben wie drüben. Gegenüber den ehemaligen SED-Spitzbuben freilich verhielt man sich nach der Wende anders als gegenüber den »Brüdern und Schwestern«. Die Herren Honecker, Mielke oder Schalck-Golodkowski kamen ungeschoren davon. Die Verfahren, die gegen sie angestrengt wurden, waren reine Farcen. Mauerschützen wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, ihre Befehlsgeber konnten neu anfangen: in Chile oder am Tegernsee. Wissenschaftler hingegen wurden evaluiert und ins akademische Abseits geschoben, Schriftsteller vom hochmoralischen bundesdeutschen Feuilleton unter das Fallbeil der Kritik gelegt.

Sicher, niemand will wirklich zurück zu der alten Zeit – weder in Ost noch in West. Die Vereinigung ist irreversibel, und das ist gut so. Und daß bei dem Prozeß der Zusammenführung Ost- und Westdeutschlands Fehler gemacht wurden und werden, ist natürlich. Doch der

Grund- und Hauptfehler der Wiedervereinigung, die Abwicklung der Ehre der ehemaligen DDR-Bürger, hätte vermieden werden können und müssen.

Eine kleine Episode vermag dies zu erhellen. Am 6. November 1993 fand in Schwerin der Presseball statt. Im Saal waren vor allem Vertreter der von der CDU geführten Landesregierung anwesend. Im musikalischen Rahmenprogramm trat die Sängerin Veronika Fischer, die in den 70er Jahren die DDR verließ und dort ein gefeierter Star war, mit ihrer Band auf. Veronika Fischer sang das Lied »Es war mein Land«. Eine Textstrophe lautet: »Ich hab's geliebt, ich hab's gehaßt, aber es war mir nie gleich, mein Land. Es war gebaut auf Sand und einem Traum, jetzt ist der Sand zerronnen, was bleibt ist der Traum.« Eine ungeheure DDR-Nostalgie ergriff die Mehrzahl der Hörenden. Standing ovations, frenetischer Beifall wurden der Sängerin gesendet. Eine CDU-Politikerin flüsterte mir zu: »Das war ein brisantes Thema, aber es tat gut.«

#### »Zukunftsprojekt«

Identitäten, die in 40 Jahren gewachsen sind, lassen sich nicht abwickeln. Was bleibt? Es bleibt immer etwas!

Die *Bonner Republik* ist zu Ende gegangen und damit das System, das den Deutschen im Westen 40 Jahre lang Demokratie, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand garantierte und vielen Ostdeutschen immer ein Vorbild war. Die Bonner Republik war vielen politische Heimat, ein Modell, mit dem man sich identifizieren konnte, da es den Willen zur Demokratie, zur Offenheit, Pluralität und Toleranz verinnerlicht hatte, sich in die demokratische Tradition des Westens einfügte und auf Europa ausgerichtet war.

Das vereinigte Deutschland ist ein »Zukunftsprojekt«. Damit dieses nicht scheitert, dürfen die politischen Grundentscheidungen und Handlungsmaximen der *Bonner Republik* nicht weiter zur Disposition gestellt werden.

Vor allem auch an der Verbundenheit zwischen Deutschland und Amerika läßt

sich der Grad der Affinität Deutschlands zum politischen Kulturkreis des Westens ermessen. Die neue Bundesrepublik muß weiterhin ein überzeugtes Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft bleiben, diese Orientierung darf nicht nur, wie viele Feinde der *Bonner Republik* behaupten, für die Phase der Teilung in der Nachkriegszeit gelten, in der man halt keine andere Wahl hatte. Es wird sich erweisen, ob das transatlantische Band und das damit verbundene politische Selbstverständnis zur Staatsräson der Bundesrepublik gehört und von Bonn nach Berlin gerettet werden kann oder aber das Ende der *Bonner Republik* auch außenpolitisch angebrochen ist.

Innenpolitisch wird es solange nicht gelingen, ein freiheitliches und stabiles Gemeinwesen zu schaffen, solange historische Mitverantwortung und Schuld verdrängt werden. Es kommt darauf an, die jüngere deutsche Geschichte in ihren europäischen und geschichtlichen Zusammenhängen zu sehen und zu analysieren.

Ob die Ideale der *Bonner Republik*: liberale Bürgerrechte, europäisches Bewußtsein und westliches Denken die verinnerlichte *raison d'être* dieses Staates waren oder nur als eine vorübergehende Notwendigkeit gesehen wurden, wird sich zeigen.

Normal und unverkrampft sind die Deutschen noch lange nicht. Sie werden es auch nicht dadurch, daß sie das Normalitäts- und Unverkrampftheitspostulat wie eine *Monstranz* vor sich hertragen. Je mehr die eigene Normalität betont wird, desto deutlicher wird, wie weit man noch von ihr entfernt ist. Die Schatten von Hitler, Holocaust, Honecker und Historikerstreit bleiben. Die deutsche Frage im Jahre Vier nach der Wiedervereinigung ist innen- wie außenpolitisch offener denn je.

FRANZ SOMMERFELD

## Juniorchef Schäuble kämpft um die Zukunft

Wolfgang Schäubles Leben ist politischer Aufstieg: Der Fraktionsgeschäftsführer schrieb kluge Reden für Kohl. Der Kanzleramtsminister brachte das durch Dilettantismus in Verruf geratene Kanzleramt wieder in Schwung. Der Innenminister Schäuble räumte von seinem Vorgänger hinterlassenen Streit mit den Liberalen aus dem Wege. Der Bonner Verhandlungsführer managte die deutsche Einigung. Mit einem großen Parlamentsauftritt trug er dazu bei, Berlin die Mehrheit für den Regierungssitz zu verschaffen. Das meiste allerdings gelang ihm still und ohne Aufsehen – eine seiner Stärken. So wurde er Kohls Kronprinz.

Wolfgang Schäuble war stets der gute Sohn: Der Vater war Steuerberater, Sohn Wolfgang wurde Regierungsrat im Finanzamt. Der Vater war CDU-Landtagsabgeordneter, der Sohn wurde mit 30 Jahren CDU-Bundestagsabgeordneter. In Kohl fand Schäuble schließlich seinen politischen Vater. Er gründete 1976 die *Gruppe 76*, die den Bundestagsneuling Helmut Kohl auf seinem Weg ins Kanzleramt unterstützen wollte. Auf Bildern von damals blickt der junge Politiker stolz und strahlend auf den neben ihm sitzenden Kanzler. »Kohl«, sagte er, »könne sich darauf verlassen, daß er ihn nie bescheiße«.

Erst der Fraktionsvorsitzende Schäuble trat aus Kohls Schatten. Doch selbst dann noch hielt er sich an die zehn Gebote, die sein Parteifreund Gerster eigens für die Amtseinführung Schäubles als Innenminister umgedichtet hatte. »Du sollst den Namen Deines Bundeskanzlers nicht verunehren; denn nicht läßt der Kanzler den ungestraft, der seinen Namen unnützlich ausspricht«, lautete das zweite Gebot, und das vierte: »Ehre die, die Dich zu dem gemacht haben, was Du bist, damit Deine Tage verlängert werden . . .«

Schäuble, der selbst erlebte, wie Kohl jeden ernstzunehmenden Konkurrenten ausgeschaltet hat, vermeidet den öffentlichen Schlagabtausch mit seinem Kanzler. Nicht zuletzt deshalb gelang es ihm, wenige Jahre nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden ein zweites Machtzentrum neben dem Kanzleramt zu etablieren. Schäuble führte das gelegentlich vor – aber nie so offen wie während des Heitmann-Desasters Ende vergangenen Jahres. Darum verrät der Fall Heitmann viel über Schäubles Art, eigene Macht zu plazieren und auszuüben. Spätestens seit dem Berliner CDU-Parteitag sieht sich Schäuble in der politischen Pflicht, augenscheinliche Schwächen seines Vorsitzenden auszugleichen.

Der Bundeskanzler hatte den Ostdeutschen Heitmann im Alleingang präsentiert. Gegen Schäuble, der einen gemeinsamen Ost-Kandidaten wie den Sozialdemokraten Richard Schröder vorgezogen hätte. Schäuble wollte die SPD mit einem Vorschlag aus ihren Reihen gerne ein wenig vor sich her treiben. Wäre die SPD darauf gar eingegangen, hätte Schröders Wahl ein deutliches Signal für die von ihm damals und wahrscheinlich immer noch erwartete Große Koalition erhalten.

Natürlich goutierte Wolfgang Schäuble viele Grundvorstellungen Heitmanns. Aber das war ihm weniger wichtig als wahltaktische Erwägungen in diesem Entscheidungsjahr. Schnell hatte der Fraktionschef erkannt, daß Heitmann als eine Art Jungschar-Ausgabe des Bundespräsidenten Lübke im harten Wahlkampf offene Flanken geboten hätte. Zudem hätte ein unerfahrener und nur begrenzt zu berechnender Bundespräsident Heitmann eine Regierungsbildung unter den vermutlich schwierigen Mehrheitsverhältnissen nach der nächsten Bundestagswahl unnötig erschwert.

Also spielte Schäuble auf Zeit: Wie der klassische Juniorchef eines mittelständischen Unternehmens, ließ er sich vom Seniorchef Kohl in die Disziplin nehmen und drückte Heitmann, den er nicht wollte, in der Fraktion durch. Obwohl Schäuble seine Bedenken gegen Heit-

mann nicht verschwieg, ließ er es zu, daß der Fraktions-Pöbel über Heitmann-kritische Abgeordnete wie Rita Süsmuth und Friedbert Pflüger herfiel. Schon damals wußte Schäuble, daß Kohls Kandidat ohne Chance war. Aber die Zeit schien ihm nicht reif. Um so gelassener und entspannter, fast fröhlich erinnerte Schäuble am Abend des Heitmann-Rücktritts daran, daß Heitmann nicht sein Kandidat gewesen sei. Schäuble hatte vorgeführt, daß Kohl an ihm nicht vorbeiregieren kann.

Das reichte ihm fürs erste. Seitdem demonstrieren beide Gleichschritt. Kohl präsentierte Schäubles letztes Buch als »intellektuelle Herausforderung«. Doch der Sohn blickte nicht mehr stolz zum Vater empor. Die Wärme zwischen beiden schien einer spürbaren Spannung gewichen zu sein. Vielleicht ist Schäuble der Kronprinzenrolle müde geworden. Vielleicht denkt Kohl aber auch schon an einen Nachfolger aus der christdemokratischen Enkelgeneration. Auf jeden Fall ernannte Wolfgang Schäuble seinen Kanzler schon zum Spitzenkandidaten für die übernächste Wahl im Jahr 1998.

Seit Kohl sich bereit zeigt, im Herbst auch eine Große Koalition zu führen, schraubt Schäuble eigene Ambitionen zurück – das klassische Schicksal eines Juniorchefs. Der Fraktionschef weiß, daß er Kohl nur beerben kann, wenn der Kanzler ihm während der Amtszeit die Stafette überreicht. Mit einem Rollstuhlfahrer als Spitzenkandidat würde die CDU wohl kaum in den Wahlkampf ziehen.

Je länger Kohl bleibt, desto stärker wachsen Schäubles Sorgen um die Mehrheitsfähigkeit seiner Partei. Selbst in den schwächsten SPD-Zeiten dieses Wahlkampfjahres konnte sich die Union einer christlich-liberalen Mehrheit nicht sicher sein. Kohl, durchaus ein Garant der Mitte für die CDU, ließ den christlich-sozialen Flügel verkümmern. Und sein Bitburger Biedermann-Auftritt reichte nicht, um den rechten Flügel bei der Stange zu halten. Schäuble will die nach rechts entweichenden Wähler der Union halten. Die Erfahrung der SPD, die einen Teil ihrer Stammwähler an die Grünen abgeben

mußte, mag auf ihn traumatisch wirken, zumal er sehr wohl weiß, daß die Republikaner – anders als die Grünen – auf absehbare Zeit für bürgerliche Parteien koalitionsunfähig bleiben. Die Union geriete strategisch in eine gefährliche Isolation.

Früh erkannte Schäuble, daß Kohl und erst recht nicht Generalsekretär Hintze die durch die deutsche Einheit beschleunigten Bedürfnisse nach politisch-geistiger Führung erfüllen, daß ihnen das Gespür für die tieferen – nicht unmittelbar wahlwirksamen – Stimmungslagen der Nation abgeht. Als Kohl auf dem Berliner Parteitag die Delegierten eher müde zurückließ, kündigte ein Mitarbeiter Schäubles im kleinen Kreise an, daß sein Chef Kohls Tief wieder wettmachen werde. Schäuble wurde unversehens zum Ideologen, um eine Schwachstelle der CDU zu kaschieren – ein Glücksfall für jede Partei. Die Rede mit vielem Dröhnzeug (»der Staat als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft«) machte ihn über die eigene Partei hinaus berühmt.

Der badische Kleinstädter wird dabei immer konservativer, nationaler gedacht

haben, als er in den liberalen Zeiten der Republik nach '68 öffentlich bekannte. Die einzige westdeutsche Kulturrevolution hat die Milieus, denen Schäuble entstammt, nur geschrämmt. Desto selbstverständlicher kann er sich jetzt dazu bekennen, daß die Idee der Nation die auseinanderstrebenden Tendenzen in der Gesellschaft zusammenhalten soll.

In seinem neuen Buch *Und der Zukunft zugewandt* gerät er, verführt vom deutschen Anspruch, nach dem Bücher gefälligst tiefgründig sein müssen, gelegentlich in Untiefen. Gegen den deutschen Nachkriegsgedanken des *Verfassungspatriotismus* (Schäuble abschätzig: »Kopfgeburt«) stellt er die Motive der konservativen Widerständler des 20. Juli 1944 aus der Zeit der Diktatur. Er spricht dem Grundgesetz die Kraft ab, »jene Gemeinschaft zu stiften, die notwendig ist, auch schwierige Zeiten zu meistern«. »Warum«, fragt ihn sein Parteifreund, der Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger, »sollen die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht die Herzen erreichen?« Seine Haltung zum Asylrecht untermauert er mit

Bundeswehr im Einsatz

Foto: JOKER/L. Schmidt



einer »Lehre aus den deutschen historischen Erfahrungen«. Schon vor der Machtergreifung der NSDAP sei der »Eindruck von Überfremdung« entstanden und habe den »Fremdenhaß« gefördert. Wen meint er? Die deutschen Juden? Man mag es nicht glauben. Wen sonst? Wolfgang Schäuble treibt ein vorsichtiges Spiel mit der Doppeldeutigkeit und läßt sich beim Tabubruch nur selten erwischen.

Im Gegenteil: Als er im Sommer dieses Jahres spürt, daß ihm das Spiel nach rechts außer Kontrolle geraten könnte, zieht er in einem Artikel der FAZ die Notbremse. Der Politiker Schäuble läßt sich durch revisionistisches Geraune die Politikfähigkeit der Union nicht beeinträchtigen. Schon zuvor hatte er in der Europafrage gegen den bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber Position bezogen. Auch die von ihm geförderten Überlegungen zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten entspringen dem Wunsch, den europäischen Einigungsprozeß zu beschleunigen.

Es bleibt sein Mißtrauen in die Werte der offenen Gesellschaft. Während sich die Oppositionspolitiker – mit Ausnahme von Peter Glotz – auf Schäuble als nationalen Ideologen stürzen, verkennen sie die eigentliche Sprengkraft seines Buches. Genau, gelegentlich provozierend beschreibt er Schwächen der deutschen Gesellschaft, kritisiert die sich ausbreitende Vollkaskomentalität. Risikoscheue, Überreglementierung, Zerstörung der Privatheit und Absurditäten des Steuerrechtes. Schäubles Beispiele sind höchst lebensnah: Wenn Touristen mit einem Billigst-Veranstalter stranden, erwarten sie, daß der Staat die Rückreise finanziert. Anstatt die Touristen zur Vorsicht zu mahnen, wird zur Sicherung gegen solches Unheil nach einem Gesetz gerufen.

Schäuble setzt auf Mut, Engagement und Verantwortung. Da unter Linken Themen wie Familie, Gemeinschaft, öffentliche Sicherheit und Selbstverantwortung weitgehend tabuisiert sind, werden den Konservativen die Felder überlassen, an denen sich entscheidet,

wer die gesellschaftliche Debatte an der Jahrhundertwende bestimmt. Die *Kommunitarismus*-Debatte in den USA, auf die sich auch Schäuble bezieht, nennt die Fragen.

Das könnte zu neuen politischen Konstellationen führen – noch nicht nach dieser Bundestagswahl, aber sehr bald. Da die SPD ihre durchaus vorhandene Gemeinsinn-Tradition unter der alles beherrschenden Anspruchshaltung an den Staat verbirgt, könnten sich Union und Grüne finden. »Konservative Politik«, sagt Wolfgang Schäuble, »muß auf die Bewahrung der natürlichen Grundlagen des Lebens ausgerichtet sein. Mit dem Teil der GRÜNEN, die über das BÜNDNIS 90 im Bundestag sind, gibt es zum Beispiel in der Frage, auch durch militärische Verteidigungsbündnisse den Frieden zu sichern, auch eine Bewegung auf die CDU zu. Da sind manche Grüne weiter als manche Sozialdemokraten.«

Gelassen konzediert er den GRÜNEN, »eine ganz normale Partei zu werden«. Zwar sei eine »Debatte über schwarzgrüne Koalitionen spekulativ«. Aber Schäuble erinnert gerne an Baden-Württemberg: »Damals haben wir gemeinsam gesagt, Teufel soll in Gesprächen mit *allen* Parteien herausfinden, welches die beste Grundlage sei. Bei einer Wiederholung der Situation würde das auch heute gelten.«

Wolfgang Schäuble will seine Partei regierungsfähig halten. Als einige führende Parteifreunde Ende letzten Jahres schon aufgegeben hatten, kämpfte Schäuble hartnäckig und verbissen um jeden Spielraum, den er sah. In seiner kalten Polemik erinnert Schäuble gelegentlich an den Adenauer, der Anfang der sechziger Jahre seinen Herausforderer Brandt als unehelichen Vaterlandsverräter denunzierte. Wie Adenauer langt Schäuble zu, wo er den Gegner verletzen kann.

Seine Schläge sind genau kalkuliert, erwachsen selten wirklicher Erregung. Freundlich plaudernd, ruhig im Plenarsaal umherschauend, beglückwünscht er Scharping dazu, Frau Matthäus-Maier nicht in seine Führungsmannschaft auf-

genommen zu haben. Sie bringt es einfach nicht. Ihre wütenden Versuche, durch eine Zwischenfrage zu kontern, weist er väterlich lachend ab: Jetzt doch nicht, bitte. Ungeniert zitiert er aus einem vertraulichen Gespräch zwischen Kohl und Scharping, um das Ganze mit der Bemerkung zu garnieren, er habe hoffentlich nichts Vertrauliches verraten. Den Herausforderer aus der Balance gebracht zu haben, ist ihm in dem Moment wichtiger als die Folgen eines Vertrauensbruches. Um das Klima ein wenig zu entspannen, setzt er nach, daß er gegen des Kanzlers Rat den SPIEGEL lese, wenn Klose darin zu Wort komme. Das Plenum lacht.

Schäuble nennt Klose kompetenter und klarer als Scharping – ein vergiftetes Lob. »Klose«, erzählt ein führender SPD-Politiker, »ist Schäuble einfach nicht gewachsen. Schäuble ist viel bessener, cleverer, ein eiskalter Taktiker«. Schäuble will siegen. Schon der Tennisspieler Schäuble konnte nicht verlieren.

DIETMAR SCHILLER

## Geschichtspatriotismus als nationale Sinnstiftung

Bereits 1988 gab Dan Diner zu bedenken, daß »die Zunahme geschichtlicher Bezüge im öffentlichen Diskurs ... als wichtige Elemente des Übergangs von der Bundesrepublik nach Deutschland anzusehen (wären)«. Heute, im Jahr fünf nach der staatlichen Einheit, ist diese Prophezeiung Wirklichkeit geworden. Eine zunehmend forschert auf tretende neokonservative »Geschichtspolitik«, die im Gewande staatstragender Symbolismen Segmente der politischen Kultur in Beschlag nimmt, prägt das neue, nach »Normalisierung« strebende, Deutschland. Auffällig ist dabei eine geschickte Lancierung sorgsam ausgewählter Geschichtsansätze, die sich für eine national orientierte Sinngebung be-

sonders zu eignen scheinen. Angefangen hatte es mit der »Rückkehr der Preußen-Könige« im August 1991, setzte sich 1993 mit der »Wiedereinweihung des Berliner Doms« am 6. Juni, dem 40. Jahrestag des 17. Juni 1953 sowie der »Eröffnung der Neuen Wache« am 14. November fort. In diesem Jahr standen mit der »Eröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« am 14. Juni und dem 50. Jahrestag des mißglückten Attentats auf Hitler am 20. Juli zwei weitere »Historienspiele« auf der Agenda. Mal erscheint der Bundeskanzler als »Privatmann«, mal wird der Anlaß zur »Chefsache«, ein anderes Mal hat sich der »Enkel Adenauers« den Redeauftritt »reserviert«.

Diese Praxis öffentlicher Geschichtspräsentation ist nicht nur staatsymbolisches Kolorit für eine sich ansonsten rational gebärdende zivilkulturelle Gesellschaft, vielmehr wird sie zu einem nationalkonservative Ideologeme transportierenden Medium stilisiert. Insoweit ist die alles entscheidende Frage die nach der politischen Intention dieser Erinnerungsanlässe. Eine noch sehr vorläufige, wenngleich krude Erklärung dieses »Phänomens« könnte der allgemeine Mangel an Orientierung in einer sich im »Übergang« befindlichen Gesellschaft sein, deren politisch-kulturelles Fundament sich in einem langwierigen und schmerzhaften Prozeß erst allmählich herausbildet. Zwar erscheint der Rückgriff auf historisch »geronnene Werte« als durchaus probates Mittel, in der gegenwärtigen Identitätskrise eine vermeintliche Orientierungshilfe zu geben, doch daß Geschichte auf ihre blanke politische Verwertbarkeit reduziert und nach Gutdünken selektiert wird, löst Skepsis und zuweilen Befremdung aus. Denn daß sich dabei ein nicht zu unterschätzendes reaktionäres Potential entfalten kann, wird von den Inszenatoren der Union nicht nur in Kauf genommen, sondern scheint sogar intendiert. So werden historische Anleihen zunehmend aus dem Fundus nationalkonservativer, mitunter preußischer Tugenden und Werte vorgenommen, die helfen sollen, die *Passage*

nach Deutschland in einem zunehmend patriotisch gefärbten Sinne zu gestalten. Dies nicht zuletzt aus wahltaktischen Überlegungen!

### Die CDU-»Wertepolitik« der 80er Jahre

Diese Entwicklung kam jedoch nicht von ungefähr. Ihren direkten Vorläufer hatte sie in der geistig-moralischen Wende im Herbst 1982, mit der eine bewußt gesteuerte Renaissance geschichtlicher Bezüge einherging, die von seiten der CDU vorwiegend gesellschaftspolitisch genutzt wurde. Der von »Staats wegen« betriebene Aufwand stand unter dem Motiv einer »Nationalisierung der NS-Vergangenheitsbewältigung« und schloß vornehmlich 40. und 50. Jahrestage ein, die der NS-Herrschaft gedachten, so der 30. Januar 1983, der 20. Juli 1984, der 8. Mai 1985 oder der 1. September 1989.

Die dem US-Präsidenten Reagan von Bundeskanzler Kohl abgerungene Visite des Soldatenfriedhofs in Bitburg am 5. Mai 1985, die 1987 erfolgte Grundsteinlegung des DEUTSCHEN HISTORISCHEN

MUSEUMS in Berlin und der bereits Mitte 1986 aufgebrochene Historikerstreit zwischen konservativen Geschichtsdeutungen und deren kritischen Erwidern bereitete dieser zumindest partiellen »Entsorgung der Vergangenheit« (Habermas) Vorschub und zugleich ihr »geistig-moralisches« Fundament, auf das nun zurückgegriffen werden kann. Kritiker erkannten in diesen Gedenkanklässen den Versuch der konservativen Hegemonie, eine zuweilen sehr undifferenzierte und versöhnende Ausdeutung der NS-Herrschaft an eine national ausgerichtete Sinnstiftung zu binden. Diese kreiste im wesentlichen um eine »Wertepolitik«, die »Sekundärtugenden« wie Opferbereitschaft, Loyalität und patriotisch eingefärbte Bekenntnisse zu Vaterland, Gemeinschaft, Heimat und Nation zu einer brisanten Mischung zusammenfügte.

Daß diese »wertepolitische« Strategie der 80er Jahre beinahe schon den Charakter eines »common sense« hatte, zeigte die »verunglückte« Ansprache des damaligen Bundestagspräsidenten Philipp

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Foto: JOKER/L. Schmidt



Jenninger zum 50. Jahrestag der sogenannten »Reichskristallnacht« am 10. November 1988. Der Rede Jenningers lag dieses um eine versöhnte Historisierung sich bemühende Muster zur Interpretation der NS-Herrschaft und dem mehr oder minder expliziten Bekenntnis zu einer neokonservativen Werteorientierung im großen und ganzen nicht zugrunde. Insoweit bestand das »Mißverständnis« eher *darin* und nicht in dem durchaus aufklärerischen Ton der Rede, denn sie durchbrach weitverbreitete Klischees der bis dahin eher üblichen »Vergangenheitsbewältigung«. Unter diesem Blickwinkel erscheint Jenningers Rücktritt dann vielmehr als das Spiegelbild der bundesrepublikanischen politischen Kultur der 80er Jahre, deren wiederentdeckte Sinnressourcen »Re-Nationalisierung« und »Normalisierung« längst verinnerlicht und somit »gesellschaftsfähig« waren. Dies gilt mit Nachdruck jedoch auch für das sich national immer stärker gebärdende vereinigte Deutschland. Einige besonders herausragende geschichtspolitische Inszenierungen mögen die vom nationalkonservativen Flügel der CDU eingeschlagene Richtung verdeutlichen.

#### Friedrichs »Heimkehr«

Beinahe schon als Burleske erscheint im nachhinein die mit Brimborium betriebene Rückführung der preußischen Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen nach Sanssouci im August 1991. Anstatt auf sämtlichen Pomp zu verzichten, so wie es der »Alte Fritz« in einem Testament erbeten hatte, wurde aus der abermaligen Bestattung der königlichen Gebeine eine staatstragende Trauerfeier mit einer Gedenkstunde der brandenburgischen Landesregierung und der nächtlichen Beisetzung, an der auch Bundeskanzler Kohl als »Privatmann« teilnahm. Während Golo Mann Kohls Präsenz als »absolute Geschmacklosigkeit« empfand, interpretierte Iring Fetscher das sich durch diese »Staatsaktion« allmählich konturierende historisch-politische Sinnbild dahingehend,

daß es »nicht um Wert oder Unwert einer historischen Gestalt (geht), sondern um das »preußische Symbol«. Welchen Stellenwert derartige »geschichtspatriotische« Bekenntnisse mithin die Politikpräsentation und den Politikstil des Kanzlers prägen, zeigt auch die am 6. Juni 1993 vorgenommene »Wiedereinweihung des Berliner Doms«. Anstatt an der Trauerfeier für die ermordeten Türkinnen drei Tage zuvor in Solingen teilzunehmen und somit ein Zeichen gegen den erstarkten Rechtsextremismus zu setzen, zog er das scheinheilige Sinnieren über die wechselvolle deutsche Geschichte im Berliner Dom vor.

#### Die »Gleichsetzungssymbolik« der »Neuen Wache«

Höhepunkt staatlicher Symbolpolitik im neuen Deutschland war zweifelsohne die als »Eröffnung« bezeichnete »Einweihung« der »Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland« am vergangenen Volkstrauertag. Das von Kohl zu Anfang 1993 zur »Chefsache« erklärte Projekt der »Neuen Wache« wurde in rasantem Tempo vorangetrieben und trotz vehementer Kritik, die quer durch alle politischen Lager ging, zur »Aufführung« gebracht. Einwände gab es vor allem gegenüber der dreifach vergrößerten Kollwitz-Plastik *Pietà*. Zum einen wurde ganz generell angezweifelt, daß dieses christliche Sinnbild, das im übrigen die persönliche Trauer von Käthe Kollwitz gegenüber ihrem im Ersten Weltkrieg gefallenen Sohn Peter ausdrückt, sich überhaupt als Symbol kollektiver Trauer eignet. Zum anderen wurden vor allem Bedenken hinsichtlich der Inschrift »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« geäußert, die eine pauschale Gleichsetzung der Herrschaftssysteme des Nationalsozialismus und der DDR sowie eine tendenzielle Nivellierung von Opfern und Tätern intendiert. Zwar wurden auf Hinwirken des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Bubis, an der Vorderseite zwei Tafeln angebracht, die einzelne Opfergruppen aufführen und über die Geschichte der

*Neuen Wache* Auskunft geben, gleichwohl bleiben die Vorbehalte gegenüber dieser additiven und somit relativierenden Auflistung der Opfergruppe bestehen, vor allem deshalb, weil dadurch der im deutschen Namen verübte »Zivilisationsbruch« Auschwitz als singuläres Erinnerungsgeschehen allmählich zu verblassen droht. Der Topos von der »Zweiten« oder sogar »Dritten Schuld« erfährt durch dieses geschichtspolitische Manöver eine bittere Bestätigung.

### Der 20. Juli als »Helden(ver)ehrung«

Insoweit war die Art und Weise, wie die Gedenkfeier zur 50. Wiederkehr des mißglückten Attentats im Bendler-Block am 20. Juli dieses Jahres vonstatten ging, keine Überraschung. Eine Anknüpfung an den im Vorfeld des staatstragenden Gedenktages von dem Stauffenberg-Sohn Franz Ludwig heraufbeschworenen Streit über die »entehrende« Präsenz des kommunistischen Widerstandes (z. B. des Nationalkomitees »Freies Deutschland«) in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gegenüber den »Männern des 20. Juli« vermied der Bundeskanzler zwar in seiner seit längerem »reservierten« Rede, trotzdem waren insbesondere die Unterlassungen von geschichtspolitisch-sinnstiftendem Erkenntniswert: Erhellend für den Umgang mit der Geschichte war nämlich, was nachdrücklich keine Erwähnung fand. Während der kommunistische Widerstand völlig ausgespart blieb, reduzierte sich der sozialdemokratische auf Julius Leber, Wilhelm Leuschner und Kurt Schumacher, ohne jedoch deren Parteizugehörigkeit zu nennen. Demgegenüber wurde die CDU-Parteizugehörigkeit des ersten Vorsitzenden, Andreas Hermes, selbstgefällig herausgestrichen! Quintessenz dieser vom Kanzler vorgetragenen nationalkonservativen Geschichtsexegese ist, daß das Vermächtnis des deutschen Widerstandes sich weniger auf das »wogegen« als auf das »wofür« zu gründen habe: Insoweit dürfe lediglich den »Helden des 20. Juli« ein tiefes »ehrendes« Gedenken zuteil kommen. Nur: Überzeugte Demo-

kraten waren von ihnen die allerwenigsten, die meisten standen in tiefer loyaler Haltung viel zu lange an der Seite dieses menschenverachtenden Herrschaftssystems.

Der Streitfall »Deutscher Widerstand« scheint mit dem zelebrierten Jahrestag zwar zunächst einmal von der öffentlichen Bildfläche verschwunden zu sein, doch die Nachwehen zeigen schon jetzt ihre Wirkung. Denn eine mögliche Folge könnte sein, daß in absehbarer Zeit die Darstellung des gesamten Widerstandes ins Deutsche Historische Museum verfrachtet wird. Die Gedenkstätte in der Stauffenbergstraße indes, die die von Peter Steinbach umfassende konzipierte Ausstellung zum Widerstand beherbergt, könnte dann zu einer Art »Weihestätte« für die Männer des 20. Juli geraten. Zwar ist es noch nicht so weit, aber die geschichtspolitischen Attitüden der letzten Jahre verheißen nichts Gutes.

Mit welchem Kalkül die »ehrende« Erinnerung an den versuchten »Staatsstreich« der »Männer des 20. Juli« staatsymbolisch überhöht und »realpolitisch« genutzt wird, ist die hohe »Traditionswürdigkeit«, die den militärischen Widerständlern zuerkannt wird. Daß gleichzeitig jedoch eine ganze Reihe von Bundeswehrkasernen nach wie vor die Namen von Wehrmachtsgenerälen wie Eduard Dietl und Ludwig Kübler tragen, wird dabei in Schweigen gehüllt. Während die »rechtsstaatliche« Tradition der Widerständler für die Installation einer »demokratischen« Bundeswehr schon in den 50er Jahren erhalten mußte, werden bei den Hitler-Getreuen wie Dietl und Komplizen nach wie vor die sogenannten »zeitlosen soldatischen Tugenden« als traditionswürdig herausgestrichen. Diese »Traditionsflüge« (Ralph Giordano) als Patronat für die in Zukunft ausstehenden Bundeswehreinheiten in Ex-Jugoslawien und anderswo ist kein gutes Omen!

Die Wiederkehr einiger zu Ehren und Tradition weniger reichenden Gedenktage wie beispielsweise der 22. Juni 1941 (Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion), der 20. Januar 1942 (»Wannsee-Konferenz«) oder auch der

durch negative Konnotationen bislang schwerlich zu »feiernde« 9. November wurde von dem ansonsten historisch so beflissenen Bundeskanzler wohlweislich nicht in Beschlag genommen. Dies vor allem, weil der realpolitische Ertrag den national gesinnten CDU-Vordenkern als vergleichsweise gering erscheint. Für derartige, weitaus mehr politische Sensibilität erfordernde Erinnerungsanlässe zeigten sich – glücklicherweise – andere zuständig, sei es die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth oder auch Richard von Weizsäcker.

### Museale Sinnstiftung

Dem Kanzler selbst fallen dann eher wieder die eindeutig sinngebenden Anlässe wie die 40. Wiederkehr des 17. Juni im vergangenen Jahr zu. Beispielsweise konnte er während der Gedenkfeier im Reichstag eigenhändig die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an ehemalige Ostberliner Bauarbeiter vornehmen, die seinerzeit an dem Aufstand beteiligt waren. Die Geehrten, denen das Wort selbst verwehrt blieb, gerieten zu Marionetten einer geschichtsträchtigen Inszenierung, die zu einem besseren Verständnis der deutsch-deutschen Vergangenheit kaum beigetragen hat. Statt dessen wird mit derartiger Symbolpolitik eher das Moment des politischen Mythos genährt.

Auch die »Eröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik« am 14. Juni dieses Jahres wurde, wie kaum anders zu erwarten war, vom Kanzler höchstpersönlich vorgenommen. Seine Rede, die unter dem Motto »Vergangenheit, die in die Zukunft eingehen muß« stand, spiegelt den hohen gesellschaftspolitischen Wert, dem das Projekt von seiten der Union zuerkannt wird. Da die ideologische Zuordnung der Antipode DDR den mit geschichtspolitischer Deutungsmacht ausgerüsteten »Machern« weit weniger Schwierigkeiten bereitet als die ansonsten nach wie vor empfundene »Belastung« der Gegenwart durch die NS-Vergangenheit, ist die nationalpolitische Zielvorgabe mit einer auf die

Nachkriegsperiode beschränkten Geschichtsdarstellung relativ mühelos zu erreichen. Denn in dem von dem »Haus der Geschichte« propagierten Konzept geht es vor allem um eine »Musealisierung des Kalten Krieges«, indem die DDR lediglich zur »Folie für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik« (Freimut Duve) mißbraucht wird. Hinter einem solcherart präventösen Geschichtsbild wird nicht nur der eine oder andere bundesrepublikanische Kratzer übertüncht, auch die NS-Vergangenheit wird einer weiteren »Historisierungsstufe« übergeben. Insoweit verkommt Geschichte insgesamt zu einer Art ideologischer Lesehilfe, die allenfalls zur Affirmation und Selbsttäuschung geeignet ist, aber keineswegs zu einem selbstkritisch-reflexiven Umgang mit der »doppelten Vergangenheit«, aus der sich dann demokratische Identitätsstiftung ziehen ließe.

### Eine geschichtspolitische Zwischenbilanz

Was als Wesensmerkmal dieser geschichtspolitischen Inszenierungen in der kritischen Replik mithin kaum Beachtung findet, ist die mit Kalkül in den politischen Diskurs eingeflochtene Medienpräsenz. Obwohl »hochrangige« Erinnerungs- und Gedenkanlässe wie die hier beschriebenen aufgrund ihrer öffentlich-rechtlichen TV-Präsentation zuallererst die Signatur nationaler Selbstdarstellung tragen, indem sich politische Herrschaft als Ordnung von Sichtbarkeitsverhältnissen im Zusammenwirken von Telegenität und Fernsehpräsenz konstituiert, lassen sich auch parteipolitische »Zweitverwertungen« ausmachen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt entfalten derartige Symbolereignisse nicht nur eine starke Prägekraft im Kontext einer nach Identitäts- und Sinnstiftung »verlangenden« politischen Kultur, vielmehr geraten die öffentlich präsentierten Geschichtsbilder zu einem originären Leistungsbereich der Unionspolitik und Regierungskommunikation in Wahlkampfzeiten.

Eine mit strategischer Süffisanz von der CDU in den politischen Diskurs einge-

flochtene »geschichtspatriotische« Symbolpolitik bietet für eine »historisch« begründete und national ausgerichtete »Sinn- und Identitätsstiftung« den entsprechenden Rahmen. Ihr ideologisches Fundament findet sie in den »Normalitätsdebatten« der nationalkonservativ ausgerichteten Gazetten, allen voran in der FAZ und der WELT, wobei es primär um eine Reaktivierung des Nationalstaats, um eine Stärkung genuin »deutscher« Interessen, um eine »Entkrampfung« des geschichtlich so belasteten »Vaterlandes« geht.

Doch die sich aus unterschiedlichen Quellen speisenden geschichtsrevisionistischen Inszenierungen finden bereits ihre realpolitischen Entsprechungen: so in dem Abzug der Alliierten in diesem Jahr und der damit verbundenen vollständigen Souveränität; so in der vom Bundesverfassungsgericht abgesegneten Möglichkeit der Bundeswehr, sich an humanitären Engagements und Kampfeinsätzen im Rahmen von UNO-, NATO- und WEU-Missionen zu beteiligen; so in der Teilnahme deutscher Soldaten (im Rahmen des Eurocorps) an der Parade zum französischen Nationalfeiertag auf den Champs-Élysées am 14. Juli 1994, an der auch der Bundeskanzler als Ehrengast präsent war; so *auch* in der Zunahme des Rechtsextremismus und einer menschenverachtenden Gewalt gegen Ausländer. Dies alles sind keinesfalls nur Vorboten eines nach »Normalisierung« strebenden Deutschland. Vielmehr hat sich das »Puppenheim Bundesrepublik« – noch nicht einmal fünf Jahre nach der Einheit – in die erste Riege der mit militärischen Machtmitteln ausgestatteten »first nations« zurückgemeldet.

Gerade weil sich diese »Re-Nationalisierung« deutscher Außenpolitik nicht mehr zurückdrehen läßt, erscheint der weit fortgeschrittene enttabuisierende und verlogene Umgang der Union mit der Vergangenheit innen- wie außenpolitisch höchst brisant. *Innenpolitisch*, weil sich die mediengerechte Inszenierung sorgfältig selektierter und interpretierter Vergangenheitsbezüge und das damit verbundene diffus-patriotische Bekennt-

nis zu »nationaler Identität« wahlkampf-taktisch auszahlt. Die CDU wird mit dieser Strategie gegenüber rechts von ihr stehenden Wählerpotentialen nicht nur wieder attraktiv, sondern trägt mit dieser »reaktionären Bindekraft« insgesamt zu einem salonfähigen »Extremismus der Mitte« bei. Wolfgang Schäubles Schlagwort von der Nation als »Schutz- und Schicksalsgemeinschaft« findet hierin ihren Widerhall.

*Außenpolitisch* erhofft sich das mit verklärendem »Geschichtspatriotismus« ausgestattete Deutschland ein zunehmend selbstbewußteres Auftreten, das das ohnehin so erfolgreich angelaufene internationale »come back« weiter vorantreibt. Inwieweit sich dadurch allerdings eine nationalistische Schubkraft entwickelt, die zu einer die politische Kultur bestimmenden Bezugsgröße wird, bleibt zumindest noch offen.

EBERHARD MOTHS

## Ökologische Marktwirtschaft – eine zeitnahe Form von Selbsttäuschung

Auf dem Ideal-Markt treffen Angebot und Nachfrage zu friedlichem und fairem Handel zusammen. Güter und Geld wechseln dort die Besitzer. Das ist für die einzelnen Marktteilnehmer und für die gesamte Volkswirtschaft optimal. Die Eingängigkeit bzw. Überzeugungskraft dieser Urformel von Markt und Wirtschaft ist ungeheuer groß. Daß erst einmal aufgeweckte Kräfte des Marktes gleichzeitig auch sozial rüde und ökologisch destruktiv sind, dieser Vorstellung haftet jetzt selbst in Ländern mit sehr begrenzten Möglichkeiten etwas Verzagtes und Schwächliches an. Wo Planung und Politik grotesk versagen, wächst gegen liberalen Fundamentalismus kein Kraut. Sich dem Markt *zu verweigern*, gilt derzeit dem allgemeinen Publikum und seiner Presse wieder als eine Art

ökonomische Ketzerei oder intellektueller Aussatz. Statt dessen gehört es sich, den lang ersehnten Aufschwung artig zu besingen. Besorgte Gesichter könnten ihn womöglich sonst wieder vergraulen. Soziale Demut mag das internationale Kapital dagegen gut leiden. Und wo die Verhältnisse trotzdem unverrückt unerfreulich bleiben, steht zur Bundestagswahl 1994 großes ökologisch-ökonomisches Illusionstheater auf den Programmbühnen aller Parteien. Das vereinte Deutschland geht parteipropagandistisch dort nicht mehr einfach durch Umweltschutzlasten unter oder wird vom Weltmarkt gefegt. Umweltschutz rettet jetzt bio-dynamisch Arbeitsplätze und Deutschlands Zukunft. Öko-Steuer, Öko-Benzin, Öko-Plastik, Öko-Star vor und nach Sonnenuntergang, Öko-Überall und kein Ende. Die Umweltworte klingen gut. Selbst die CDU/CSU will, entsprechend ihrem neuesten Regierungsprogramm, plötzlich beim ökologischen Wirtschaften mitmachen. Bei den grundsätzlich weitherzigeren Liberalen macht sogar die Metapher von der *Versöhnung* von Ökonomie und Ökologie die Runde. Da muß man ganz andächtig hinhören und hinsehen, wie ausgewiesene professionelle Wirtschaftsparteien über Schöpfung und natürliche Lebensgrundlagen am Ende dieses Jahrhunderts ihre schützenden politischen Hände legen wollen.

Was sich da gegenwärtig semantisch auf unserer politischen Bühne abspielt, ist schon bemerkenswert. Ein bis in die jüngste Zeit politisch möglichst als toxisch verteufeltes ökologisches Sprachgut findet Eingang in konservative Parteiprogramme und wird ohne jede Berührungangst in Dienst genommen. Dieser Schwenk ist weder mit den ständig ausufernden Umweltproblemen noch mit Flügelschlagen des Zeitgeistes zu erklären. Der fast vollständige Verzicht der Parteien der Bonner Regierungskoalition auf eine eigenständige umweltpolitische Sprachbildung muß noch andere Gründe haben. An Wortfindungsschwäche oder fachlicher Inkompetenz kann es allein nicht liegen. Auf anderen Politikfeldern werden wir doch oft genug von fatalsten

Wortgewittern überrascht. Immerhin ist uns die ökologische Selbstabsolution wegen zu *früher* Geburt erspart geblieben.

Differenzierte Analysen zum Imitationsverhalten (Raubkopien) bei der Verwendung ökologischen Vokabulars (und Ideen) durch die Bonner Parteien sind sicher eine interessante Sache. Man kann hinter der gängigen Nachahmungspraxis die unaufhaltsame Ausbreitung eines neuen allgemeinen Problemverständnisses in Sachen Umwelt vermuten oder Erkenntnisse, die plötzlich parteiübergreifend *bewußt* werden. Solchem rationalistischen Optimismus läßt sich entgegenhalten, daß minimalster Einsatz an eigener Initiative und Originalität allgemein durchaus usus ist. Nicht *dafür* oder *dagegen* sein, sondern noch rechtzeitig *dabei* sein, ist politisch alles und opportun. Warum eigenes Gehirnschmalz investieren, wenn *frontale* Kritik in einer neokapitalistischen Glaubenslandschaft sowieso fast ungehört verhallt? Bei Auseinandersetzungen um wirtschafts- und umweltpolitische Grundsatzfragen haben sich längst geistig und moralisch wenig aufwendige bzw. anstrengende Methoden und Umgangsformen eingebürgert. Eine davon ist, der Wirtschaftsordnung nach Bedarf einen leuchtenden Aufkleber zu verpassen. Unsere Marktwirtschaft wurde so einst *frei, aufgeklärt* und *sozial* und in aktueller Verwandlung jetzt *ökologisch*. Jenseits von Oder und Neißer ist es inzwischen sogar gefahrlos möglich, Marktwirtschaft mit *sozialistisch* zu kombinieren. Das Attribut wird zur Antwort. Generell erscheint es sinnlos, gegen *frei, sozial* oder heute *ökologisch* öffentlich Protest einzulegen. So schöne Illusionen dürfen einfach nicht zerplatzen.

Bezogen auf die Marktwirtschaft liegt der Vorteil der *Attributions-* Methode in ihrer geringen Irritationswirkung. Wenn das Allerheiligste, das Marktprinzip, öffentlich unangetastet bleibt, bewahrt die sensible Priesterkaste der Marktwirtschaft Ruhe und sieht von der Verfolgung Ungläubiger ab.

Handwerklich ist die *Attributions-* Methode denkbar anspruchslos. Ein *Prier-*

wort genügt, und schon sind Wunsch und System verhandelt. Ein freiheitlich-liberales Ordnungssystem hat das *ganz einfach* zu leisten. Was sollte auch daran auszusetzen sein, wenn unsere Hochleistungswirtschaft verpflichtet wird, nicht nur effektiv, edel und sozial, sondern parallel auch noch umweltfreundlich zu sein? Macht es Sinn erst zu überprüfen, ob allgemeiner Wille und reichlich Geld vorhanden sind und auf den Zubringerstraßen zum großen Marktglück immerwährende freie Fahrt herrscht? Warum sich mit System-Zweifeln plagen, Stau und Stillstand gehören doch dazu? Die praktische Umsetzung regelt sowieso erst später der Gesetzgeber. Die Attributions-Methode ist auch wirtschaftsfördernd. Sie macht passend, was sonst wenig voneinander wüßte. Das hat sie mit Werbung und Verpackungskunst gemeinsam. In unserem Fall wird die Marktwirtschaft – nüchterne Realität hin, verräterische Dauerskandale her – einfach mit dem Attribut ökologisch *ausgezeichnet* und dann wie ein ganz gewöhnlicher Markenartikel intensiv *bevorzogen*. Nach dem Motto *sanft und weich zugleich* wird sorgfältige Aufmerksamkeit im Vorfeld *entwaffnet*. Die in Bild, Wort und Ton beruhigende Öko-Sympathie-Werbung ist immer schon da. Ihre strategische Aufgabe, allzeit konsumbereit zu machen, wird nachweisbar erreicht. Auch die Masse macht's: Der private deutsche Fernsehsender SAT 1 hat 1993 23,3 Prozent seines Gesamtprogramms in Form von Werbespots (ohne Kanzlerauftritte) bestritten. Das kommt schon nahe an Indoktrination durch Werbung heran. Mit den vielen feinen Öko-Waschmitteln könnte man gleich auch das Gehirn ausspülen.

Allem sorgenenthemmenden Optimismus zum Trotz, es ist analytisch leichtfertig und politisch gefährlich, die Marktwirtschaft mit Attributen wie sozial oder ökologisch zu schmücken, so als wäre es das Selbstverständlichste von der Welt. Es gibt keine genuine Koppelung zwischen Markt und sozialem Ausgleich. Die Millionen, die auf dem Markt keine Arbeit finden, spüren das. Was *im-*

*manent oder mit System* auf *Ausnutzung* und Profit angelegt ist, eignet sich weder auf Normalhöhe noch auf einer Metaebene als ordnungspolitische Übermutter des nachsozialistischen Zeitalters. Die private Antriebsstruktur der Marktwirtschaft ist weder sozial- noch umweltverträglich. Ebenso ist es ein Mißverständnis, daß *sozial* und *ökologisch* sachlich und politisch auf einer gleichen Ebene liegen würden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Bei Sozialtransfers der alten Art wird um des allgemeinen Friedens willen *ausgeteilt*.

Bei mehr nationaler wie internationaler ökologischer Charakterertüchtigung müßte begrenzt bzw. *verweigert* werden. Dieser Unterschied läßt sich nicht in einer einfachen Wortkombination aufheben. Die Produktion gewerblicher Güter oder Dienstleistungen kann man enorm steigern, um wachsende Nachfrage zu befriedigen. Im Umgang mit der Umwelt gelten statt Markt- aber *Naturgesetze*. Soll Umwelt weiter funktionsfähig bleiben, gilt es, wie ein Luchs darauf zu achten, daß die nicht reproduzierbaren Schätze der Schöpfung beliebig zu Märkte getragen bzw. dort *vogelfrei* verwertet werden können. Bereits für die heutigen und nicht erst für nachfolgende Generationen, auf welche das neue Regierungsprogramm von CDU/CSU abhebt, ist da generell höchste Vorsicht (Vorsorge) geboten. Bei Ökonomie und Ökologie handelt es sich heute um Aktionsfelder, die von entgegengesetzten Interessen und Motiven gelenkt werden. Jede *gleichsetzende* Attribution der Marktwirtschaft ist eine Irreführung des Publikums. Wer das Marktgeschehen in Europa oder in aller Welt kennt, fördert damit die Illusion, daß anonyme Marktkräfte, die ja in einer *ökologischen* Marktwirtschaft weiter kräftig pulsieren müßten, von nun an die neuen Hoffnungsträger für einen ökologischen TÜV der Volkswirtschaft wären. Soviel ordnungspolitische Blauäugigkeit und Desorientierung bedeutet den Bock zum Öko-Gärtner zu machen. Beim Theater würde man von der listigen Inszenierung einer interessenpolitischen Schmierenko-

mödie oder gar eines klassischen Schurkenstücks sprechen: *Der Markt als Saubermann*. Ohne Absicht und Vorteilsannahme geschieht es sicher nicht, wenn die Rolle des Staates beim Ausgleich unterschiedlicher Interessen immer schwächer besetzt wird. *Privatisierung* und private Interessen sind nahe Verwandte.

In den Augen der Öffentlichkeit steht eine Wirtschaftsordnung besser da, die viel verteilt, auch dann, wenn die Eigentumsverhältnisse keineswegs geklärt sind, als jene, der Spielraum für Wohltätigkeit und Wohlfahrt fehlt. Uns wird immer wieder nahegebracht, daß Planwirtschaft sich nur darauf versteht, *Mangel* zu verwalten (*Knappheiten*, mit denen auf dem Markt ständig raffiniert jongliert wird, hört sich da doch viel feiner an). Um Systemvergleiche geht es aktuell nicht mehr. Auf dem Prüfstand steht die der Marktwirtschaft jetzt zugebilligte bzw. zugeschobene Omnikompetenz für alle Lebensfragen (effektiv, gerecht, sozial und ökologisch zugleich). Wird die Marktwirtschaft als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ordnungssystem unter weltweit veränderten Vorzeichen (Rahmenbedingungen) von solcher heterogenen Aufgabenvielfalt nicht einfach überfordert? Muß sie nicht geradezu zwangsläufig die Hoffnungen und das Vertrauen enttäuschen, das jetzt überall in sie gesetzt wird? Bevor Deutschland 1990 in eine politökonomische Denkstarre verfiel, hatte es sich doch längst herumgesprochen, daß die real praktizierte (nicht die als ideal stilisierte) Marktwirtschaft mit ihrem Latein ziemlich am Ende war. Gegen das ständige Ansteigen der strukturellen Arbeitslosigkeit hat sie kein Heilmittel zu bieten. Mit und ohne plumpe Polemiken und ständige Hinweise auf zu ehrende Prinzipien ist sie zu keiner umweltstabilisierenden Praxis fähig, die Wirtschaften und Wachsen ohne drastische Zunahme allgemeiner Verwüstungen möglich macht. Das Waldsterben hat nicht aufgehört. Die Weltmeere verdrecken weiter. Die Atmosphäre wird progressiv als Kloake benutzt. Gegenüber solchen nationalen und internationalen Umweltphänomenen

ist die ordnungspolitische Ohnmacht der Marktwirtschaft komplett. Ihre Mechanismen reagieren ganz offensichtlich nicht oder erst, wenn nichts mehr zu retten ist. Kann das nun unter einem ökologischen Generalnenner plötzlich anders werden?

Beim Versuch der Christlichen Demokraten, *ökologische Marktwirtschaft* auch zu ihrem Wahlschlager zu machen, werben sie in ihrem 1994er Grundsatzprogramm auf immerhin 10 Zeilen für ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. Da steht wörtlich: *Wachstum bedeutet weitaus mehr als nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen. Unser neues Verständnis von Wachstum schließt die schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Einsatz modernster Produktionsmethoden und den Weg ökologisch ehrlicher Preise für die Inanspruchnahme von Umwelt ein*. Sicher will es nicht der Zufall, daß der Leser des insgesamt 109 Seiten langen Programms anschließend sofort mit dem Stichwort *Wohlstand für alle* beruhigt wird. Allerdings hilft solche programmatische Offenheit wenig. Sie macht nicht plausibel, wie heute schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Weg ökologisch ehrlicher Preise mit der klassischen Parole und Praxis von quantitativem Wachstum vereinbar sind. Wenn das so einfach wäre, stünde nicht anderswo im CDU-Programm: *Anders leben, damit wir alle überleben – diesem Ziel dient unsere Politik der Bewahrung der Schöpfung*. Genau die wird aber durch die schnelleren Genehmigungsverfahren und das Planungsbeschleunigungsgesetz aus dem Regierungsprogramm der CDU/CSU konterkariert. Bewahrung der Schöpfung und expansiver Straßenausbau passen einfach nicht unter einen Hut.

Es bedarf keiner weiteren Programmexegese um herauszufinden, wie faul der Trick mit der *ökologischen* Marktwirtschaft im CDU-Programm ist. Die Notwendigkeit bzw. die Existenz der Umweltpolitik ist Ausdruck des politisch-praktischen Scheiterns der Marktwirtschaft. Das theoretische Konstruktions-

schema der Marktwirtschaft geht von dem Ideal aus, daß bei fairem Wettbewerb *alle* Kosten in Preisen ihren Niederschlag finden, wenn der Staat nur die richtigen Rahmenbedingungen dafür festlegt. Dies ist in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausnahmefall geworden. Die CDU/CSU trägt für diese Richtungsentscheidung seit 12 Jahren die historische Hauptverantwortung. Wer die von den Nachfahren Ludwig Erhards heruntergewirtschaftete Wirtschaftsordnung wiederbeleben will, braucht mehr als ökologische Wahlhelfer. Um zunächst einmal die ökonomischen Fehlentwicklungen in den Griff zu bekommen, müßten sofort die ordnungspolitischen Zügel straff angezogen werden. So würde schnell von selbst knapp, teuer bzw. auch unbezahlbar, was jetzt oft billig und ohne jede wirtschaftliche Vernunft verschleudert wird. Über unverfälschtere Preise wären von Unternehmer und Verbraucher wieder klarere und härtere Leitsignale zu hören. Der allgemeine Umweltschummel ließe sich ohne neue Behörden reduzieren. *Nebenkosten* könnten dann nicht mehr so plump überwältzt, versteckt oder vergessen werden. Die umfangreiche Praxis der steuerlichen Begünstigung und Subventionierung des Umweltfrevels wäre sofort zu schließen. Sie ist ein Krebsgeschwür der Marktwirtschaft. Der kleine Mann wäre dabei nicht der Hauptverlierer. Die bürgerlichen Regierungsparteien wissen das alles. Der Mut zu solchem Ideal-Markt ist bei ihnen aber nicht vorhanden. Sie fürchten zu Recht die Zeit ökonomischer Wahrheiten. Eine streng und gerecht steuernde Marktwirtschaft würde für viele Menschen in unserem Lande *Wohlstand* und *freie Fahrt* verändern. Wenn die Rechnungen für Saus und Braus voll aufs eigene Konto durchschlagen, wird ein schmerzhafter Selbstregulierungsprozeß unvermeidlich. Fünf Mark pro Liter Benzin sind da erst ein Anfang (Wähler hört die Signale: Allein für die Beseitigung des Strahlungsmülls von Wismut und Greifswald gelten jetzt 25 Milliarden DM offiziell als untere Kostengrenze).

So aufgeklärt wollen die CDU und ihre

Wähler über die Mechanismen der Marktwirtschaft gar nicht werden. Ökologisches Flair würden solche saftigen Preise der Marktwirtschaft allerdings erst verleihen, wenn anschließend auch tatsächlich weniger Benzin verbraucht würde. Dafür gäbe es keine Garantie. Bei Zigaretten oder Drogen führen hohe Preise bekanntlich nicht zum Konsumverzicht. Die Wissenschaft lehrt uns, daß Suchtkranke aller Art nicht einsichtsfähig sind. Nicht nur die Raucher sind einfallsreich, wenn es gilt, sich gegen Einschränkungen zu wehren. Deshalb steht auch nicht nur bei der Marktwirtschaft geschrieben, wie akzeptable Umweltsitten in einer weltoffenen Industriegesellschaft erreicht werden können. Das ist nur mit vielen staatlichen Auflagen und wirksamen Gesetzen zu haben. Dazu ist eine ausreichende Zahl staatlicher Ordnungshüter unverzichtbar, die für ihre Durchsetzung auch sorgen wollen.

Da war kein allgemeiner Wille, der begehbare Wege suchte. Statt dessen haben CDU/CSU und FDP sich mehr in der Rolle des Schutzengels der Wirtschaft von rechtzeitiger Umwelt- und Kostenkontrolle gefallen, verhindert, gebremst und ernste Argumente denunziert. Ein neues Attribut garantiert noch keine andere Politik. So gesehen ist die parteiamtliche Ausrufung der ökologischen Marktwirtschaft durch CDU/CSU auch mehr als eine zeitnahe Form von Selbsttäuschung. Da wird über den semantischen Konsens die faktische Kapitulation vor drängenden Umweltproblemen vorbereitet. Auf dem Programmpapier halten CDU und CSU am Ziel einer 25 %igen Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis zum Jahr 2005 fest. Gleichzeitig unterbleibt ökonomisch wie ökologisch das Notwendige, um dieses Ziel in erreichbare Nähe rücken zu lassen. Zur Zeit steigt in Deutschland der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar wieder an. Vor solemchem Hintergrund bekommt die vielzitierte Formel von der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie doch noch Sinn. Sie erscheint als Mittel reiner Interessenpolitik, und die ist bekanntlich oft ziemlich frei von Verantwortung.

**Neuerscheinungen  
in der Reihe TEXT + KRITIK  
herausgegeben  
von Heinz Ludwig Arnold**

Heft 123  
**Wolfgang Hilbig**  
99 Seiten, DM 24,--  
öS 187,-- / sfr 25,--  
ISBN 3-88377-470-7

Heft 124  
**Literaten und Krieg**  
112 Seiten, DM 26,--  
öS 203,-- / sfr 27,--  
ISBN 3-88377-471-5

Statt den Frieden näher zu bringen, machte das Ende der Sowjetunion Kriege vielfältig wieder möglich. Vor diesem Hintergrund fragt das Heft nach dem Engagement zeitgenössischer Literaten für oder gegen den Krieg; vergleichend erinnert es an die verschiedenartigsten Beziehungen von Schriftstellern zum Krieg.

Heft 46  
**Christa Wolf**  
4. Auflage: Neufassung  
etwa 130 Seiten, ca. DM 30,--  
ca. öS 234,-- / sfr 31,--  
ISBN 3-88377-472-3

Die Reihe TEXT + KRITIK erscheint mit vier Nummern im Jahr zum ermäßigten Abonnementpreis von DM 63,-- / öS 492,-- / sfr. 64,--

Nähere Informationen über mehr als 100 Hefte und Sonderbände der Reihe finden Sie in unserem Prospekt, den wir Ihnen gerne zusenden.

**Verlag  
edition text + kritik  
Levelingstraße 6 a  
81673 München**

**TEXT+KRITIK**

Zeitschrift für Literatur - Herausgeber Heinz Ludwig Arnold - VIII/4

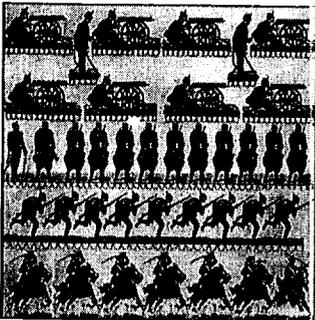
123  
Wolfgang Hilbig



**TEXT+KRITIK**

Zeitschrift für Literatur - Herausgeber Heinz Ludwig Arnold - X/9

124  
Literaten und Krieg



**TEXT+KRITIK**

Zeitschrift für Literatur - Herausgeber Heinz Ludwig Arnold - XI/94

46  
Christa Wolf

Vierte Auflage, Neufassung



MEINHARD RAUCHENSTEINER

## Einsam wie Elias Canetti

Zum Tod eines Nobelpreisträgers

*Der stolzeste Mensch wäre der,  
der jeden Führer haßt; der  
selbst vorangeht, ohne daß man  
ihm folgt. Elias Canetti*

Es ist, als hätten Canettis Begriffe auf den Tod des Autors gewartet, um noch einmal vor eine breite Öffentlichkeit zu treten. Ihre Präsenz in Zeitungen und Zeitschriften konnte allerdings nicht verbergen, daß sie eher eine von Kometen als von Fixsternen war. Es sind andere Namen und Begriffe, die in den Diskursen über Macht vorherrschen, und während die Nekrologen von den »Eingeweiden der Macht« und dem »Befehlsstachel« sprachen, konnte andernorts weiterhin über »Disziplinierung« und »Panoptismus« debattiert werden. Die Kontinuität des Kongreß- oder Seminarbetriebes wurde nicht gestört. Das Manko an Irritation war denn auch die einzige Irritation, die der Tod des Nobelpreisträgers hervorrief – vielleicht aber nicht einmal das. Was die fehlende Irritation vollends beherrschend werden ließ, waren schließlich die »letzten Aufzeichnungen« Canettis, die von der FAZ in Auszügen abgedruckt wurden. Nichts Neues unter der Sonne. – Ja, nichts Neues, aber hätte nicht spätestens dieser Umstand irritieren müssen? Keine späte Einsicht, kein neuer Gedanke? »Er war das Gegenteil eines Schauspielers, immer er selbst, nur er selbst«, schreibt Canetti in der *Blendung* und bezeichnet damit das Phänomen, das der fehlenden Irritation zu Grunde liegt: das der Identität. Nicht nur der eigenen, sondern auch der seiner Figuren, von denen der Autor immer wieder heimgesucht wurde. Es wird daher notwendig sein, sich die strukturellen Eigenheiten der Identitäts- und Wirklichkeitskonzeption Canettis vor Augen zu führen, da nur sie Aufschluß über das seltsame, stille, zu stille Verschwinden des Autors geben kann.

Es wurde von Heike Knoll versucht, die ständig wiederkehrenden Begriffe Canettis zu systematisieren und so die Geschlossenheit und Kohärenz seines Wirklichkeitsentwurfs zu rekonstruieren, ein Versuch, der dem Werk äußerlich bleibt, insofern die Offenheit des Systems ebenso wie die fehlende Methode nicht bloß akzidentell sind, sondern dem Kern von

Canettis eigenem Anspruch entspringen: »Die ›Bescheidenen‹ verbergen sich hinter der Methodik und machen Einteilungen und Begrenzungen zum Um und Auf der Erfahrung. Es ist oft so, als würden sie sagen: ›Es kommt nicht darauf an, was wir finden, sondern, wie wir das, was wir nicht gefunden haben, ordnen.« (Provinz des Menschen). Die Vorgangsweise der exakten Wissenschaften, die Canetti durch sein Chemie-Studium zur Genüge kannte, steht der eigenen entgegen, die »ihren Gegenstand packt und zum erstenmal betrachtet« (ebd.) Dieser Satz ist in zweifacher Weise aufschlußreich: zunächst ist es die Haltung des phänomenologischen Betrachters, die Canetti in die Nähe Stifters oder Handkes rücken könnte, dann allerdings zeigt sich die Affektivität eines Autors, der die Gegenstände »packt« und damit das Risiko in Kauf nimmt, ihre Seinsweise zu verändern. Die beiden Momente des Bewahrens und des Aneignens sind bei Canetti allerdings notwendig miteinander verknüpft. Mit der Kraft der Sprache versucht er die Dinge zu verdoppeln, indem er ihren Namen nennt, mit der Kraft des Benennens aber verliert das Betrachtete seine Komplexität. »Das Schicksal der Menschen wird durch ihren Namen vereinfacht.« Der Name aber soll nach Canetti auch das ganze Geheimnis eines Menschen bergen. Einerseits also ist der Name Hort der Individualität, andererseits aber ordnet er nach Kriterien der Einfachheit. Er reproduziert also die Geste des Dichters von Bewahren und Aneignen.

Der affektive Zugang reduziert den Gegenstand auf ein *dominantes Merkmal*, das seine Dominanz wiederum der Subjektivität des Autors verdankt. Um den Wissenschaften zu entgehen, die beschreiben können, was sie nicht betrachtet haben, um die »Aristotelisierung« der Gedanken zu vermeiden, wird die Nuancierung des Gegenstandes zugunsten der Typisierung aufgegeben.<sup>1</sup> Mit dem Verschwinden der Nuancierung, oder besser: durch ihr Fehlen verschwindet aber auch gleichzeitig jeder Freiraum, in den hinein sich ein Charakter entfalten könnte. Das dominante Merkmal schwillt an, bedrohlich oder grotesk, und verliert jedes Maß an der Regel. Nicht »überproportional« stellt Canetti seine Typen dar, sondern ohne jeden Bezug zur Proportion. Der Vergleich wird so verunmöglicht.

Manfred Schneider nennt diese Qualität des dominanten Merkmals den »symbolischen Leib«, den sich die Protagonisten Canettis erzeugen. Der bucklige Schachspieler Fischerle in der *Blendung* erzeugt sich einen »Weltmeisterleib«, der Kanalräumer einen »Familienleib«, Kien selbst einen »Bücherleib«. Die Symbiose

der Protagonisten mit ihrem symbolischen Leib aber ist eine ungleiche, insofern sie nichts sind, als eben ihr symbolischer Leib, oder richtiger: sie sind der Raum, der vom symbolischen Leib vollständig besetzt wird. Daher kann Canetti auch schreiben: »Das ›Ich‹ als Raum, nicht als Position« (*Das Geheimherz der Uhr*). Raum, Name, symbolischer Leib, das ist die generelle Anatomie von Canettis Typen, die es letztlich verunmöglicht, die handelnden Figuren in eine gemeinsame Welt zu stellen, da hierfür eine Flexibilität und Offenheit vonnöten wäre, die bewußt ignoriert wird. Durch seine Starrheit letztendlich ist nun der »symbolische Leib« nicht länger im Symbolischen (im Sinne Lacans) anzusiedeln, sondern er ist reiner Fetisch.<sup>2</sup> Er ist auch nicht länger Leib, da ihm die Offenheit zur Welt und zum Ich abgeht.<sup>3</sup> Durch die konsequente Erzähltechnik, die sich in der anatomischen Serie von Ich, Name und Fetisch erschöpft, gelingt es Canetti in der *Blendung*, eine Handlung vorzutäuschen. Andere Texte, an erster Stelle *Der Ohrenzeuge*, zeigen die Täuschungsstrategie in all ihrer Komik: Was als Studie oder Satire über »fünfzig Charaktere« angekündigt wird, erweist sich als Steinbruch für weitere Grotesken in Art der *Blendung*. Leider treffen die Typen des *Ohrenzeugen* nie aufeinander, ihre symbolischen Leiber oder Fetische prallen nie aufeinander. Zumindest nicht explizit. Doch es ist möglich, das Buch als Hypertext zu lesen: Was geschieht, wenn die »Geworfene« den »Mannstollen« trifft? Im Fitneßcenter oder im Café.

Jeder Typ agiert nur in seinem Raum, doch zwei agierende Typen sind bereits eine Groteske. Das meint auch die Formulierung, daß Canetti eine Handlung »vortäuscht«: Vortäuschen deswegen, weil seine Typenkonzeption keinen Aktionsraum mehr läßt, der für eine eigenständige Handlung notwendig wäre. Demgegenüber erfindet Canetti eine Prädestination des Geschehens, indem er jeden Fetisch beobachtet: »Man könnte, wenn man diese Verhältnisse im Auge behält, leicht die Struktur eines Lebens finden und sogar wahrscheinliche Ereignisse voraussagen« (*Provinz des Menschen*). In dieser Hinsicht ließe sich sagen, daß etwa der Hausbesorger Pfaff »immer schon« Witwer gewesen sei, selbst als seine Frau noch lebte. Durch den Tod der Frau erfüllen sich lediglich die virtuell, aber unabänderlich im Fetisch eingeschriebenen Ereignisse. Die Besessenheit von solchen Typen führt Canetti auch in die Nähe von Kafka, dessen Briefe an Felice er ausführlich kommentierte. Mit der Präzision des Wahlverwandten schildert er, wie Kafka kafkaesk wird, und dieses eine Mal ist es nicht Canetti,



Elias Canetti (1905–1994)

Foto: dpa

der die Gestalt reduziert, das wurde ihm vom Schreiber der Briefe bereits abgenommen. In ihm, nämlich Kafka, zeigt sich die Anatomie von Canettis Figuren am deutlichsten: Der Satz »Einsam wie Franz Kafka« läßt klar werden, wie die Möglichkeit der Proportion, des Maßnehmens sich verliert, und die Metapher als rhetorische Entsprechung der Proportionalität zur Tautologie gerinnt. Die Metapher mündet in der Metamorphose, oder, um es in Worten Canettis zu konkretisieren: in der *zirkulären Fluchtmetamorphose*. Diese besteht darin, daß sich der Fliehende verwandelt, bis er schließlich wieder er selbst ist. Mit der Identität hat die Metamorphose ihren Schlußpunkt erreicht. Analog zur oben gebildeten Serie von Ich, Name, Fetisch läßt sich im Bereich der Verwandlung eine Serie von Metapher, Metamorphose und Identität bilden, und gleichzeitig bemerken, wie der Fetisch zur einzigen Form der Identität wird, die Identität umgekehrt zur einzigen Fetisch.

Ein Panoptikum der Obsessionen: Für in der Verwandlung erstarrte Figuren zeichnet der Dichter, der »Hüter der Verwandlung«, wie Canetti diesen charakterisierte, verantwortlich (*Der Beruf des Dichters*). Canettis Typen entwerfen kein Bild aus dem Familienalbum, sie skizzieren vielmehr Skurrilitäten aus dem Wachsfigurenkabinett. Doch gerade dies macht

seine Protagonisten reizvoll und sogar liebenswert, denn »die wahren Geschichten, die man erzählt, sind falsch; für die falschen besteht wenigstens die Chance, daß sie wahr werden könnten«.

Canetti selbst wurde zu einem solchen Mythos, wie er auch seinen Typen anhaftet; und seltsamerweise war Canetti immer schon »Canetti«, nämlich sein eigener Typus. Wer erfand Canetti? Ursprungslos stehend zwischen Subjekt und Masse, Leben und Tod.

- 1 Das Gegensatzpaar *Nuance* und *Typisches* wird von Nietzsche in einer Aufzeichnung aus den Jahren 1886/87 verwendet (KSA 12, 289), ihm liegt jedoch eine etwas andere Bedeutung des Typischen zugrunde, insofern er das Konkrete, Regelhafte so bezeichnet, wohingegen bei Canetti das Konkrete in der Ausnahme wesentlich ist: »Es gibt nichts, was konkret und anders ist, das mir nicht bedeutungsvoll erscheint.« (*Provinz des Menschen*, 190).
- 2 Wir folgen hier Thanos Lipowatz, der in seinem Buch *Die Verleugnung des Politischen. Die Ethik des Symbolischen bei Jacques Lacan* die Destruktion des Symbolischen und die Einsetzung des Fetischen bei Carl Schmitt nachzeichnet. Die Parallele von Canetti und Carl Schmitt scheint aber auch in anderer Hinsicht fruchtbar, da Schmitt die Konstruktion von Idealtypen so weit trieb, daß eben jene Homogenisierung und Idealisierung stattfindet, die Max Weber bei seiner Suche nach »reinen Fällen« eben vermeiden wollte. Gleiches gilt für Canetti. Vgl.: Lipowatz, Thanos: *Die Verleugnung des Politischen*, Weinheim 1986, 123-169.
- 3 Merleau-Ponty, Maurice: *Phänomenologie der Wahrnehmung*, Berlin 1974, 171 ff.

RÜDIGER GÖRNER

## Nietzsche und der Wille zur Macht

Um mit der Hauptthese zu beginnen: Nietzsches *Wille zur Macht*, zu oft als faschistoider Imperativ verstanden, faßte einen Befund zusammen, der eine Zeitkrankheit des ausgehenden 19. Jahrhunderts benennen wollte, ein Wesensmerkmal des europäischen Nihilismus. Mit dem *Willen zur Macht* bezeichnete Nietzsche mithin einen pathologischen Zustand. In einem Fragment vom Frühjahr 1888 faßte er diesen »Willen« ausdrücklich als eine »Erkenntnis« auf, als eine Einsicht in die Psyche des modernen Massenmenschen und des zarathustrisch enthusiastierten Einzelnen, des von Weltgeltung träumenden Lokalpatrioten und Machtpolitikers.

Keinen Politiker seiner Zeit hat Nietzsche genauer verfolgt als Bismarck. Als Student lernte er ihn bewundern, besonders Bismarcks »revolutionäre Weise den deutschen Einheitsstaat zu gründen«, so befand der junge Nietzsche bereits im Juli 1866. Er hob den »Muth und die rücksichtslose Consequenz« des preußischen Ministerpräsidenten hervor, schränkte jedoch in einem Punkte ein: Bismarck habe die »moralischen Kräfte im Volk« unterschätzt. Der frühe Nietzsche setzte nämlich durchaus auf den Parlamentarismus; die Burschenschaften galten ihm geradezu als »Pflanzstätte deutscher Parlamente«. Die politischen Dichter des Vormärz beschäftigten ihn, der in dieser Zeit einen Brief mit dem Namen »Theognis« und dem Zusatz unterschreibt: »antiker Kleinstädter außer Dienst«. Rollenspiel schon damals. Nietzsche, der Leipziger Student, sah sich als Anwalt der antiken Polis in Mitteldeutschland.

In Bismarck begrüßte er jedoch einen Politiker, der das allzu Kleinstädtische im deutschen Bewußtsein weitgehend hinter sich gelassen habe. Nietzsche faszinierte dieser *va banque*-Spieler in der Politik, dieser Artist der Macht. Zu seiner eigenen Verwunderung gestand er sich ein: »Es ist für mich ... ein seltener und ganz neuer Genuß, sich ganz einmal im Einklang mit der zeitweiligen Regierung zu fühlen.«

Die kritische Distanz zum Zeitgeschehen schien sich aufzulösen; der junge Nietzsche geriet Anfang 1868 schlechterdings in Verzückung, wenn er an den Ministerpräsidenten Preußens dachte: »Unmäßiges Vergnügen bereitet mir Bismarck. Ich lese seine Reden als ob ich starken Wein trinke: ich halte die Zunge an, daß sie nicht zu schnell trinkt und daß ich den Genuß recht lange habe.« Dieser quasi dionysische Zustand hielt in Nietzsche so lange vor, bis er die mörderische Kehrseite dieses Neomachiavellismus erlebte: auf den Schlachtfeldern des deutsch-französischen Krieges. Das Entsetzen über die Not der Verwundeten, über die Verheerung der Städte und der Landschaft. Seinem Freund Gersdorff schrieb er im Oktober 1870: »Die Atmosphäre der Erlebnisse hatte sich wie ein düsterer Nebel um mich gebreitet: eine Zeitlang hörte ich einen nie endenwollenden Klagelaut ... Ich muß mich jetzt begnügen, aus der Ferne zuzusehn und mit zu leiden.«

Einen Monat später wertete er diese Erlebnisse bereits kulturkritisch: »Im Vertrauen«, heißt es in einem weiteren Brief an Gersdorff, »ich halte das jetzige Preußen für eine der Cultur höchst gefährliche Macht ... wir müssen Philosophen genug sein, um in dem allgemeinen Rausch besonnen zu bleiben.« Und das hieß für

ihn: Die Psychologie des Nationalismus verstehen zu lernen.

Besonders vordringlich war ihm zunächst jedoch die Analyse der »dionysischen Weltanschauung«, um zu sehen, was Ekstasen auslöst und was sie bewirken. Diesen Fragen widmete sich Nietzsche in jenen Monaten, in denen er die Kunst als Gegenentwurf zur Politik zu deuten begann, zu einem die Öffentlichkeit mehr und mehr bestimmenden Politismus. Um so nachhaltiger mußten ihn die (zum Teil übertriebenen) Nachrichten vom »Pariser Brand«, den Barrikadenkämpfen der Pariser Commune und ihrer Niederschlagung, erschüttern. Sein verzweifelter Kommentar lautete: »Die ganze wissenschaftliche und philosophisch-künstlerische Existenz erschien mir als eine Absurdität, wenn ein einzelner Tag die herrlichsten Kunstwerke, ja ganze Perioden der Kunst ausstilen konnte.«

Doch Nietzsche wollte dieses auch heute noch allzu zeitgemäße Gefühl der Absurdität überwinden, indem er seinen *Willen zur Kunst*, zur Verwandlung verstärkte. An Bismarcks politischer Kunst begann er dagegen zu zweifeln, vor allem nach der Annexion Elsaß-Lothringens. Das Manövrieren des Reichskanzlers hatte für Nietzsche seinen Reiz verloren; er setzte es jetzt mit Mangel an Wahrhaftigkeit, mit politischem Schein gleich. Nietzsche konnte seinen Willen zur Kunst vorerst im Musikdrama Richard Wagners aufgehoben sehen. Wagner contra Bismarck lautete für ihn zumindest bis 1874 die Alternative. Wagners Sympathien für den eisernen Kanzler verfolgte Nietzsche dabei mit wachsendem Argwohn. Anfang 1874 notierte er: »Ob (Wagner) mit dem großen Vertrauen, welches er in Bismarck setzte, Recht hatte, wird eine nicht zu ferne Zukunft lehren.«

Die Entfremdung von Wagner, die Entlarvung der quasi-politischen Intentionen, die der Komponist des »Ring« mit seiner Kunst verband, beraubte Nietzsche seines wichtigsten Gegengewichts zum Preußisch-Deutschen. Nicht nur Bismarcks Politik, auch Wagners Kunst war ihm nunmehr suspekt; sie glichen in seinen Augen Scheinmanövern, groß angelegten Täuschungen, ja, einem Verrat an der Kultur.

Was Nietzsche fortan beiden entgegenhielt, war nichts anderes als sein eigenes Philosophieren, die Wahrheiten seines Zarathustra, die Umwertung aller Werte, flankiert von bizarren Ismen, die vom »Bizetismus« bis zum »Africanismus« reichten, womit Nietzsche sich einerseits, ganz im Geschmack der Zeit, als Ideologe gebärdete, andererseits gerade die Lust seiner Zeit am Ideologischen parodierte.

Wenn Nietzsche auf seinen sogenannten

»Wahnsinnszetteln« feststellen wird, Bismarck »abgeschafft« zu haben wie übrigens auch die Antisemiten und den machtbesessenen jungen Kaiser Wilhelm II., dann war diese wahnhaftige Aussage doch auch die letzte Konsequenz seiner Zeitkritik und eines Denkens, das selbst an die Macht wollte. Auch hier bewahrheitete sich Klaus Manns scharfsinnige Bemerkung, daß Nietzsche Teil des Unheils gewesen sei, »gegen das er sich seherisch« empört habe. Der *Wille zur Macht* war, so gesehen, auch ein Akt der Selbstentlarvung gewesen. In seinen letzten Briefen häufte sich nämlich die Bemerkung, daß er kurz davor stehe, selbst die Macht zu übernehmen, »die Welt zu regieren«. Aber wozu? Um der »Aufreizung der Völker« in Europa, dem Nationalismus also, ein Ende zu machen.

Nietzsche strebte einen Internationalismus an, wobei er die »jüdischen Bankiers« als »natürliche Verbündete« bezeichnete, weil sie die einzige »internationale Macht« darstellten, welche die Völker zu »binden« verstünde. Im Umkreis der Notizen zu diesem geplanten Hauptwerk, der *Wille zur Macht*, das er einen »Versuch einer neuen Auslegung alles Geschehens« nannte, ist diese Umwertung des schon damals geläufigsten Vorurteils der Antisemiten die fraglos auffallendste. Wirft man den Juden Internationalismus vor, so Nietzsche, dann um so besser: Damit passen sie in seine Konzeption. Mit den Rothschilds und Bleichröders gegen die Hohenzollern. Daß dieser irrationale Anti-Antisemitismus nicht ohne weiteres mit wirklichem Philosemitismus gleichgesetzt werden kann, leuchtet unmittelbar ein. Vielmehr glaubte sich Nietzsche der Juden bedienen zu können, um seinen anti-nationalen Politismus zu verwirklichen. In den Juden sah er ein Volk, das seine nationale Identität, ob zwangsweise oder freiwillig, bereits überwunden habe. Mit der Selbstbestimmung der Juden oder mit zionistischen Entwicklungen rechnete er nicht mehr. Vielmehr galt ihm ihre in der Diaspora geschärfte Geistigkeit als Modellfall einer Kultur, die der Verzweigung, dem Leiden und der Verfolgung abgerungen war.

Im Zeichen des Willens zur Macht propagierte Nietzsche (unbewußt) eine Alternative zur kommunistischen Manifestation des Internationalismus. Nietzsches Aufruf lautete gleichsam: Eliten aller Länder vereinigt euch! Wozu er neben den Juden zarathustrisch erleuchtete Intellektuelle zählte, Vertreter eines revolutionären Aristokratentums sowie, eher rätselhaft, die Offizierskaste, womit er wohl Fremdenlegionäre gemeint haben dürfte.

Mobilisiert werden sollten diese Eliten in er-



Friedrich Nietzsche (1844–1900)

Foto: dpa

ster Linie gegen das Haus Hohenzollern. Nietzsches letzte fragmentarische Aufzeichnungen lassen diesbezüglich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: »Heute, wo eine schändliche Partei obenauf ist, wo eine christliche Bande die fluchwürdige Drachensaat des Nationalismus zwischen den Völkern sät . . ., haben wir die Verlogenheit und Unschuld in der Lüge vor ein welthistorisches Gericht zu bringen.« Den Deutschen warf er vor, »verhohenzollert« zu sein, und zwar »bis zum Haß gegen Geist und Freiheit«. Ihr Genie artikuliere sich nur im Verbrechen, das Friedrich der Große in die moderne Politik eingeführt habe. Nur einen monarchischen Politiker nahm Nietzsche ausdrücklich in Schutz: Kaiser Friedrich III., den liberal geprägten verspäteten Reformers, dem nur 88 Regierungstage beschieden waren. Nietzsche bezeichnet ihn als den von den Deutschnationalen »bestgehaßten, bestverleumdeten« unter den Deutschen.

Soll man diese Urteile wirklich als Ausgeburten eines Wahnsinnigen abtun? Oder handelt es sich hierbei nicht um schonungslose Analysen einer von Machtgelüsten korrumpierten Dynastie und Gesellschaft, die den Boden bereit hatte, auf dem sich dann beispiellose Gewalt und Elend im 20. Jahrhundert ausbreiten konnten? Eigenartig liest sich Nietzsches letzte wütende Kritik an Bismarck: »Fürst Bis-

marck, der Idiot par excellence unter allen Staatsmännern, . . . hat zu Gunsten seiner Hauspolitik alle Voraussetzungen für große Aufgaben, für welthistorische Zwecke, für eine edlere und feinere Geistigkeit mit einer fluchwürdigen Sicherheit des Instinktes vernichtet.«

Mit dieser Kritik hatte Nietzsche nicht nur Bismarcks *Wille zur Macht* angegriffen, sondern gleichzeitig ein positives Verständnis von Macht skizziert. Nach Nietzsche ist das Machtstreben offenbar nur dann gerechtfertigt, wenn sich in ihm ein kulturelles Bemühen artikuliert. Die »welthistorischen Zwecke« und die »edlere und feinere Geistigkeit«, die er, wie so oft, nicht näher qualifizierte, müssen sich dabei im Gleichgewicht befinden. Sie dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Bismarck warf er nun vor, im wesentlichen feudalistische Hausmeier-Politik betrieben und die große Chance verspielt zu haben, »welthistorisch« zu werden, was für Nietzsche gleichbedeutend mit dem Überwinden des nationalstaatlichen Denkens und Handelns gewesen war. Nunmehr erschien ihm Bismarck nicht mehr wie noch 1868 als Neuerer, ja (konservativer) Revolutionär, sondern als Provinzialist.

Bereits 1892 versuchte der junge Kurt Eisner in seiner bemerkenswerten Studie über »Friedrich Nietzsche und die Apostel der Zukunft«, Nietzsches Interesse an Bismarck zu untersuchen. Obwohl er weder die »Wahnsinnszettel« noch die nachgelassenen Fragmente mit ihren zahlreichen Verweisen auf Bismarck kennen konnte, kam Eisner doch zu dieser treffenden Einsicht: »Unter Bismarck wuchs Nietzsche die Sehnsucht nach dem Übermenschen, und er merkte nicht, daß alles, was er beklagte, gerade der Herrschernatur eines »Übermenschen« entsprungen war.« Das besagt, daß Nietzsche durch den Entwurf des Übermenschen mit Bismarck gewissermaßen konkurrieren wollte, was nicht nur Eisner für ein psychopathologisches Phänomen gehalten hat.

Zehn Jahre später unternahm es der frühe Alfred Döblin, Nietzsches *Wille zur Macht* als Mittel der Erkenntnistheorie zu verstehen. Seine groß angelegte Abhandlung darüber ist Fragment geblieben; es zeigt aber, daß Döblin einen entscheidenden Aspekt von Nietzsches Politismus erkannt hatte: Er betonte nämlich, daß der *Wille zur Macht* die Weltgeschehnisse – frei nach Leibniz – »in Aktion und Reaktion« zerlegen wollte. Er sah auch, daß sich im »Willen zur Macht« ein im Grunde ästhetisches Anliegen verwirklichte: Nietzsche habe mit diesem Prinzip die Kristallisierung der kosmischen und mithin auch weltlichen Ordnung aus dem Chaos bezeichnen wollen.

In der Tat finden sich in Nietzsches nachgelassenen Fragmenten zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß der *Wille zur Macht* nicht nur blindwütiges Machtstreben gemeint hatte, sondern ein Ordnungsprinzip, das überraschenderweise sogar pluralistische Züge aufweisen konnte, wie folgendes, nur selten berücksichtigtes Fragment belegt: »Der Mensch als eine Vielheit von ›Wille zur Macht‹: jeder mit einer Vielheit von Ausdrucksmitteln und Formen.« Unüberhörbar ist die Einbindung der pluralen Willensbekundungen in einen ästhetischen Kontext (»Ausdrucksmittel und Formen«). Somit kann von einem absoluten Willen zur absoluten Macht bei Nietzsche nur schwerlich die Rede sein.

Gerade diese Aspekte wurden von der faschistisch geprägten, von Nietzsches Schwester durch editorische Manipulationen gesteuerten Nietzsche-Rezeption völlig ausgeblendet. Der »Wille zur Macht« galt ihr als Aufruf zum Totalitarismus. Daß Nietzsches *Wille zur Macht* auch ideologiekritisch gemeint war und gerade nicht als Sanktionierung völkischer Expansionspolitik, ging durch diese Art Rezeption nahezu völlig verloren. Außer Frage steht jedoch gleichfalls, daß Nietzsches Mehrdeutigkeiten, hervorgerufen durch einen (zum Teil gewiß bewußt verursachten) Mangel an konsistenten Definitionen, diese ideologischen Interpretationen herausfordern mußte. Die Definition hatte Nietzsche durch die Metapher ersetzt; ihre Interpretation sollte vieldeutig (und »beweglich«) bleiben. Die Deutung des *Willens zur Macht* wurde somit ihrerseits zu einer – Machtfrage, zu einem ideologischen Willens- und Willkürakt.

Nietzsches Welt habe, so Ernst Nolte, aus »Machtquanten« bestanden, die er auf einen ideologischen Weltbürgerkrieg habe zutreiben sehen. Aus Zeitkritik wurde bei Nietzsche dabei zarathustrische Prophetie, wie diese Stelle veranschaulicht: »Die Zeit kommt, wo der Kampf um die Endherrschaft geführt werden wird – er wird im Namen philosophischer Grundlehren geführt werden.« Doch auch in diesem Fall wäre es verfehlt, anzunehmen, Nietzsche habe diese Prophetien absolut gesetzt. Eine Prophetie relativierte die andere; politische Einsichten vermischten sich, nicht nur in seiner Spätphase, mit Überlegungen zu Stendhal und alter italienischer Musik. Ästhetizismus und Politismus bildeten in diesen Aufzeichnungen eine unauflösbare Einheit; bis zuletzt sollte sich der Wille zur Macht und zur Kunst wechselseitig ergänzen.

Und wir, die wir im Schatten der Shoa leben, im Wissen um Völkermord und Schuld,

wir, die wir zuschauen beim großen Krieg am Golf, auf dem Balkan, in Somalia, Ruanda und Afghanistan, beim Exodus der Kurden in der Türkei, wir Beobachter des Grauens, uns »fehlet«, mit Hölderlin gesprochen, die Trauer, will sagen: uns läßt sogar das Trauern im Stich, betäubt und abgestumpft wie wir sind, von den unzähligen Bildern des Schreckens, fühlen wir uns bereits wieder zu müde, zu gleichgültig, um Nietzsches Analyse der verheerenden Folgen eines ungezügeltten Willens zur Macht zu erfassen? Wir, die wir es uns bereits wieder allzu bequem machen im nationalstaatlichen Bewußtsein, sind wir abermals zu träge geworden, um Konsequenzen zu ziehen aus Nietzsches Ekel vor der Selbstsucht der Staaten?

Um eine abschließende Voraussetzung und Komponente von Nietzsches *Willen zur Macht* anzusprechen: das (Ver-)Schwinden des religiösen Empfindens. Nietzsche schrieb seine späten Aufzeichnungen als »Gott oder Hanswurst«, als »Dionysos, der Gekreuzigte«, als der »Antichrist«, eben als ein Analytiker, der den Verfall des Religiösen in der Gesellschaft diagnostizierte. Was Jean Pauls *Siebenkäs* geträumt hatte, die »Rede des toten Christus vom Weltgebäude herab, daß kein Gott sei«, das war für Nietzsche Lebenswirklichkeit. Jean Paul läßt Siebenkäs aus seinem Alptraum erwachen und wieder glauben und »Gott anbeten«; doch für Nietzsche gab es kein gläubiges Erwachen mehr. Der Alptraum verfestigte sich für ihn zur Daseinsbedingung. Sollte für ihn der »Wille zur Macht« das Vakuum füllen, das durch den Tod Gottes entstanden war?

Nach Nietzsche verhielt es sich durchaus so, daß der moderne, im »Jenseits von Gut und Böse« angesiedelte Mensch mittels des »Willens zur Macht« sich in der Gott-losen Welt zu behaupten und den Verlust des Religiösen zu kompensieren versuchte. Im Politismus seiner Zeit sah er fraglos einen Religionsersatz, nicht minder im Musikdrama Wagners.

Nietzsche selbst hatte diese Phasen durchlaufen, vom Politismus seiner Bismarck-Begeisterung zum Ästhetizismus seines Wagner-Taumels und der schließlich erfolgten vernichtend kritischen Distanzierung von beiden, die ihm den Weg ebnete zu sich selbst, seinem eigenen »Nietzscheanismus«, in dessen Mittelpunkt seine »Selbstvergöttlichung« stand.

Besonders verurteilte Nietzsche das protestantische Staatskirchentum, weil sich in ihm ein konfessionell camoufflierter *Wille zur Macht* artikuliert habe. Der protestantischen Reformation konnte er schon deswegen nichts abgewinnen, weil sie, laut Nietzsche, Deutschland um die Renaissance gebracht habe, die be-

kanntlich für ihn wie für seinen Baseler Lieblingskollegen, Jacob Burekhardt, die letzte große Kulturepoche gewesen war. Doch dieser Anti-Protestantismus war auch Ausdruck schonungsloser Selbstkritik, die mit seiner eigenen protestantischen Herkunft aufzuräumen gedachte. Selbstvergöttlichung und Selbstkritik ereigneten sich im Fall Nietzsches parallel.

Im *Willen zur Macht* fand Nietzsche, so ließe sich folgern, eine Formel disparaten und problematischen Inhalts. Sie meinte einerseits Zeit- und Selbstkritik, aber auch das Bemühen um Selbsterhaltung und um Glaubensinhalte in gottferner Zeit. Der *Wille zur Macht* stand für Kulturkritik; er beinhaltete jedoch auch einen Anspruch. Er hatte politische, ästhetische und psychologische Wurzeln. Er war von Nietzsche als ein Spiegel der Zeit gedacht und geriet zu einem Menetekel. Die Mehrdeutigkeit dieser Formel kann freilich eine wichtige Funktion erfüllen: sie kann zum Indikator des politischen Bewußtseins werden; denn die Art, wie man über den *Willen zur Macht* denkt, ob man ihn als Aufforderung zur Machtmaximierung oder zur kritischen Analyse der Machtstrukturen ansieht, sagt Entscheidendes aus über das ethische Niveau einer Epoche.

GABRIELE RÖTHEMEYER

## Filmforum

### Sternenstaub

Irgendwie, irgendwann ist er uns abhanden gekommen: der *Star*. Zumindest der auf der Leinwand. Als Anwalt, Arzt oder Friseur taucht er noch häufig auf – und natürlich als Serien-Star oder Star-Moderator im Fernsehen. Doch das eben sind keine Stars, sondern der fleischgewordene Sieg des Gewöhnlichen über das Besondere – den Star. Doch er wird vermißt – weniger von den Filmemachern, mehr vom Publikum. Das tröstet sich dann mit dem reichen und guten Angebot ausländischer Leinwandhelden und -heldinnen.

Hier soll keine neue Strophe des Klageliedes um den Zustand des deutschen Films angestimmt werden. Es geht eher um den Versuch einer Verlustbeschreibung. Darum, die Leere in den Filmbildern zu erklären, die trotz exzellenter Kamera (die neuen Stars!) und schauspielerischer Leistungen auf der Leinwand gähnt. Oder die trostlosen Festveranstaltungen, ob Fe-

stival oder Bundesfilmpreis, wo die Presse lieber nach Produzenten oder einem Kopierwerksbesitzer Ausschau hält als nach einem Schauspieler: dessen Ruhm verblaßt meist schneller als das Fax an die Redaktion.

Der Autorenfilm, einst Hätschelkind, nun Prügelknabe der Kritik, hat in diesem Zusammenhang tatsächlich einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung gehabt. In seiner Blütezeit entsprach er jedoch einer Zeitstimmung und einem Publikumsinteresse, das Opas Kino und seiner abgestandenen Mechanismen ebenso überdrüssig war wie die sog. Jungfilmer. Anders als die Vorbilder aus der *Nouvelle Vague* in Frankreich, die sich in ihrer Arbeit eng mit bestimmten Protagonisten liierten und damit neue Stars schufen – man denke nur an die Moreau, Belmondo und Léaud –, blieb das Markenzeichen des deutschen Films der Name des Regisseurs. Er war der Star.

Fast gab es so etwas wie Berührungangst zu professionellen Film-Schauspielern (Staatstheaterstars waren gefragt). Der Regisseur Werner Herzog scheiterte schließlich an einem von ihm überschätzten (?) Leinwandprofi – Klaus Kinski in *Cobra Verde*.

Einzig Wenders und vor allem Faßbinder hatten eine Vorstellung und eine Sehnsucht nach Kino, in dessen Zentrum der Schauspieler als Medium für die Phantasie des Machers und des Zuschauers steht. Doch wo bei Wenders der deutsche Ernst, die Sentimentalität und Erden schwere den Akteuren die Spielfreude und jedem Engel das Flügelschlagen rauben will (nur Peter Falk entflieht diesem Konzertkäfig, William Hurt erlischt), da setzt der Blick des Entdeckers Faßbinder neue Talente und lang verschüttete Leinwandqualitäten bekannter, aber längst abgestempelter Schauspieler frei.

Schlöndorff, einmal zu Ruhm gelangt, vertraut auf »große Namen«, weiß aber den eigenen Reiz und Zauber seiner Darsteller selten zu nutzen. Faßbinder dagegen hat aus Hanna Schygulla einen Weltstar gemacht, hat Müller-Stahl und die Sukowa im bundesdeutschen Film so hinreißend inszeniert wie niemand vor und kaum einer nach ihm. Er hatte keine Angst vor Stars – und er hatte keine Angst vor schönen, starken Frauen in seinen Filmen. Heute haben die meisten Autoren, die (immer noch) in Personalunion oft auch der Regisseur sind, allein schon Mühe, solche Frauenrollen zu erfinden, geschweige denn, sie zu besetzen. Könnte auch dieses Manko dem Überraschungsfilm der vergangenen Saison, *Abgeschminkt*, zum Erfolg verholfen haben?

Wenn Schlöndorff heute die Aufgabe übernommen hat, aus den Studios in Babelsberg

wieder einen florierenden Produktionsapparat zu machen, wird er möglicherweise manchmal an alte UFA-Zeiten zurückdenken, an »eine Epoche, in der es in Deutschland ein funktionierendes Starsystem als Zeichen einer mächtigen, künstlerisch ambitionierten und kommerziell erfolgreichen Filmindustrie gab. Bei allem Bewußtsein für die Schattenseiten der UFA im Lauf ihrer Geschichte geraten Erinnerungen in dieser Form natürlich leicht zur Verklärung. – Aber dies gehört schließlich zum Wesen des Starkults«. Soweit Friedemann Beyer in seiner Einleitung zu *Die Geschichte der UFA*.

Wenn man die Szenenphotos und Porträts dieser Epoche betrachtet, ist man unwillkürlich fasziniert von der großen Zahl ungewöhnlich schöner und aparterer Frauen. Olga Tschecowa, Lil Dagover, Hilde Weißner, Brigitte Horney, Marianne Hoppe, Renate Müller, schließlich die junge Hielscher und Hildegard Knef. Der Mega-Star, die Dietrich, wird aus Hollywood nicht zurückkehren, die Nachfolgerin wird aber fieberhaft von den Mitarbeitern Goebbels gesucht. Und gefunden: Zarah Leander. Detlef Sierck alias Douglas Sirk wird ihre beiden ersten UFA-Filme inszenieren, danach emigriert auch er. Faßbinder wird ihn eines Tages nach München zurückholen, ihm als seinem Vorbild zu spätem Ruhm in der Heimat verhelfen. Und er wird einem der schönsten, aber auch sprödesten und rätselhaftesten Gesichter dieser Zeit eine Hommage widmen: In seinem Film *Die Sehnsucht der Veronika Voss* setzt er der Schauspielerin Sybille Schmitz ein Denkmal. Sie hat sich 1955 das Leben genommen. In ihrem Abschiedsbrief heißt es: »... aber man kann mich nicht verwenden.« Die Machthaber des III. Reichs wußten sich der Spielregeln einer erfolgreichen Filmindustrie zu bedienen. Vom Bewußtsein erfüllt, selbst das Zeug zum Massenidol zu haben, schuf sich ein brutales, männerbündisches System Göttinnen, unabhängige, unerreichbare Traumfrauen.

Als der Traum aus war, nahm man das den Männern nicht so übel wie eben diesen Frauen – Rühmann, Raddatz und Albers knüpften quasi an die guten Seiten in jedem von uns an. Ihre ehemaligen Partnerinnen aber hatten sich zu weit, zu hoch emporgewagt. Ihr Sturz korrespondierte eigentümlich mit dem Schritt zurück in die angestammte Hausfrauenrolle, den so viele Frauen nach der Rückkehr ihrer Männer, nach der Rückkehr in »geordnete« Verhältnisse vollzogen. Die Träume der fünfziger Jahre waren harmloser als die der Kriegszeit, wo Filme eine Gegenwelt zum Grauen und Chaos der Wirklichkeit schufen. Heute scheint weder die Ablenkung von den tatsächlichen Problemen



Greta Garbo

Foto: AKG, Berlin

wichtig noch ist eine Überhöhung unserer Wirklichkeit gefragt – der freudlose Wohlstand führt in Filmemacherkreisen zu kraft- und einfalllosen, bestenfalls nachdenklichen Streifen.

Das Maß aller Dinge ist nun der Regisseur, die Regisseurin. Sie werden interviewt, in Zeitung und Magazinsendung präsentiert, bereits mit dem ersten Film (über Gebühr) gefeiert. Die Kritik, d. h. vor allem die männlichen Filmkritiker spüren sich in sie hinein, in ihre Gedanken- und Filmzitatewelt. Was dabei an Sehnsüchten und Liebe, um die es doch auch immer im Kino geht – und nicht nur um Selbstverliebtheit, sondern um Gefühle, die man teilen kann, muß –, auf der Strecke bleibt, dazu zwei Zitate. Es geht um dieselbe Person, einen Star, den Star: *die Garbo*. Einmal in den Augen eines osteuropäischen Regisseurs, einmal in den Fingern eines deutschen Kritikerpapstes. Istvan Szabó erinnert sich an Lubitschs *Ninotschka*: »Hinter dem Rätsel der Geschichte von »Ninotschka« steht das Mysterium des Gesichts der Garbo . . . Dieses geheimnisreiche, charismatische Gesicht, der zerbrechliche Blick, der unsere Schmerzen und Freuden in sich trägt, der für uns steht, mit dem wir uns identifizieren können, der uns anzieht, nach dessen Anblick wir uns sehnen – das Gesicht des Stars.« Keinen Augenblick ist der Entdecker des »Film«-Stars Brandauer versucht, Identifikation zu verwechseln mit dem, was in vielen deutschen Filmen passiert: daß nämlich die Darsteller wie Du und ich sind und auch so aussehen. Daß aber Welten zwischen der Erscheinung eines Stars auf der Leinwand und den kommerziellen Idolen unse-

rer modellsüchtigen Zeit liegen, beweist er in seinen Filmen und diesen Zeilen.

Andreas Kilb dagegen hat im Nachruf (!) auf die Garbo alle kosmetischen Hilfsmittel denunziatorisch beschrieben, um dann zu folgern: »Daß war keine Maskerade, es war eine Geburt. Daß dieses Geschöpf schneller erlöschen würde als andere, wußten jene, die es schufen, genau. . . . Als George Cukor 1941 ihre breiten Hüften und ihre fülligen Beine zeigte, löschte er Greta Garbo aus.« Offensichtlich für Kilb, nicht so für Millionen Menschen in aller Welt, die ohne Werbekampagnen immer noch ihre Filme sehen und ihr Bild in sich bewahren. Was Kilb als *fake* entlarven will, entlarvt ihn. Sein Filmwissen erschlägt seine Fähigkeit zu begreifen, was zwischen dem Bild und seinem Betrachter geschehen kann. Niemand hat je die Faszination Marlon Brandos im *Letzten Tango* bezweifelt, obwohl er sich in Statur weit vom unwiderstehlichen »jungen Wilden« entfernt hatte.

Garbos Entscheidung muß nicht die Hollywoods gewesen sein. Dieser »oberflächlichen« Sicht Kilbs entsprechen vielmehr die gemachten neuen Stars: die Models, die Claudias und Lindas. Oberflächen, hierzulande populärer als jedes Leinwandgesicht. In Frankreich, das von der Mode lebt, ist der Filmstar jedoch weiterhin »Marktführer«. Und die Couturiers schätzen sich glücklich, wenn Catherine Deneuve und Isabelle Adjani ihre Roben tragen – zu Filmpremierer. Wen will Jil Sander hier einkleiden? Und: wäre das überhaupt ihr Wunsch? Will sie nicht lieber die unauffällige wertvolle Hülle herstellen, eine Art Uniform des guten Geschmacks und der Solidität? Eine Camouflage für die Reichen und Schönen, in der sie sich sicher fühlen können – auch vor Neid und Mißgunst.

Gibt es auch deshalb keine Stars mehr bei uns? Dem Zauber einer Romy Schneider hat sich der Zuschauer nicht entziehen können, ein Star war sie nur in Frankreich. Warum können wir unsere Stars nicht so lieben und sie auch in diesem Gefühl über die Jahre, über »ihre« Zeit hinwegtragen wie eben die Franzosen? Die Adjani hielt sich drei Jahre lang versteckt – sie wollte eine Pause, ein Privatleben, und die Presse hat das respektiert. Ihre »Rückkehr« in die Öffentlichkeit löste in diesem Jahr Begeisterungstürme aus.

Vielleicht ertragen wir es nicht mehr, daß es auch in Deutschland »unverdienten« Glamour gibt, Menschen mit Charme, Ausstrahlung, Reiz und Rätsel, die – jenseits aller Manipulationen, denen sie möglicherweise dienen – uns in ihren Bann ziehen und unseren Wünschen ein Gesicht geben.

## Kritik

CHRISTIAN JÜRGENS

### Bilderverbot

Rüdiger Safranskis  
Heidegger-Biographie

Das Umschlagfoto von Rüdiger Safranskis Biographie zeigt den mit dem Rücken zum Betrachter auf der Anhöhe eines Berges sitzenden Martin Heidegger. Der alte Mann in seiner bäurischen Kluft, der »Trachtenjackenheidegger«, wie Thomas Bernhard ihn naturgemäß geziehen hat, weist mit einem hölzernen Spazierstock einen Weg in den in einem grauschleirigen Nebel verschwimmenden Abgrund. An jener Stelle, auf die er zeigt, scheint der Nebel sich ein wenig zu lichten.

Im stummen Zitat verweist das Foto auf zentrale Begriffe Heideggers. Natürlich könnte es daher als Illustration von dessen Philosophie begriffen werden. Doch eher noch schleicht sich bereits hier ein subversives Moment ein: Die ostentative Zurschaustellung der Anspielungen und die Ausstellung des Klischees des »Alten vom Berge« erzeugen eine leise Komik, jene sanfte Ironie, mit der Safranskis Buch – bei aller Verehrung – Heideggers Ernst zu trotzen versucht. Und: Was ist das für eine Biographie, die noch nicht einmal auf dem Umschlag das Gesicht des Porträtierten abbildet?

### I.

*Ein Meister aus Deutschland* nennt Safranskis seine große Heidegger-Biographie. Sie wagt sich an den wichtigsten und umstrittensten, vielleicht auch letzten Philosophen dieses Jahrhunderts, wenn Philosophie denn etwas anderes ist als jene momentan mehr oder minder virtuos betriebene Textexegese, die Heidegger mit der Tätigkeit eines Museumswärters verglich, der durch geschicktes Aufziehen der Vorhänge die alten Meister ins rechte Licht tauchen kann. Safranskis Biographie wagt sich aber auch an einen Verächter allen Biographischen, wie Heideggers umfassende Lebensbeschreibung des Aristoteles verrät: »Er wurde geboren, arbeitete und starb.« Und in der Tat muß gefragt werden, ob das Verfassen einer Biographie nicht ein obsoletes Unterfangen ist, denn die Texttheorie hat längst gezeigt, daß Texte mächtiger sind als die in sie eingegangenen Erlebnisse oder Intentionen ihrer Autoren und so die biographischen Deutungsansätze desavou-

iert. Hat eine Biographie somit nur den Zweck, den Voyeurismus des Lesers, die Lust an der Anekdote, zu befriedigen?

Sie hat zweifellos *auch* diese Funktion, und Safranski bedient die Kategorie des *human interest* mit Vergnügen, indem er jene Geschichten schildert, die wir alle gern hören und die man prima erzählen kann, aber sein Buch erfüllt noch zwei weitere Funktionen: Es stellt mit sicherem Zugriff Heideggers Philosophie dar, und es malt – wie der Untertitel *Heidegger und seine Zeit* es ankündigt – ein Zeit-Bild dieses Jahrhunderts. Das Bild, das Safranski von diesem Jahrhundert zeichnet, ist das seiner Theoretisierung; wie auf einer aufgeschlagenen Bühne läßt er die Denker auftreten und ihre Theorien einander entgegenhalten. Diese Auseinandersetzungen spannend zu gestalten, glückt Safranski, weil er ein vorzüglicher Erzähler ist. Seine Narrationskunst nimmt den Kampf mit dem oft trockenen Theoriewust auf, sie verliert ihn nur selten.

## II.

Heideggers Leben, seine Philosophie und die Zeitgeschichte verweben sich in der Verstrickung mit den Nationalsozialisten, der Übernahme des Freiburger Rektorats 1933. Die Nazi-Episode ist leidig, sie ist zuviel und zu unsachlich diskutiert worden, aber sie muß erwähnt werden, zumal Safranski an ihr seinen Anspruch bewahrt, jenseits von Gut und Böse zu erzählen; er schildert präzise, ohne zu beschönigen, aber auch ohne Urteilsprüche zu fällen. Richtig ist, daß Heidegger eine zeitlang überzeugter Nationalsozialist war, von der »nationalsozialistischen Revolution« erhoffte er sich einen Aufbruch aus jener – nicht nur von ihm kritisierten – diffusen »Öffentlichkeit des Man«, die er in *Sein und Zeit* analysierte. Falsch ist aber, daß es sich bei *Sein und Zeit* um ein faschistoides Werk handelt; es erfrischt, daß Safranski nicht zu denjenigen Moralisten gehört, die nachher behaupten, immer schon gewußt zu haben, daß es sich beim »Sein zum Tode« um die asoziale Aschermittwochspanthase eines parasitären Kopfes handele. Vielmehr behält er stets einen polyperspektivischen Blick, der auch die in der »Fürsorge« sich aussprechende ethische Dimension von *Sein und Zeit*, welche fordert, den Anderen nicht zum »Zeug« zu machen, nicht aus den Augen verliert. Aus diesem Grund ist Safranskis Ansicht zuzustimmen, bei Heideggers Engagement für die Nazis handele es sich um einen »philosophischen Salto mortale in die Primitivität«. Wie irrational Heideggers Verzauberung war, be-

zeugt sich in der an Karl Jaspers gerichteten Bemerkung über Hitlers Hände: »Bildung ist ganz gleichgültig . . . sehen Sie nur seine wunderbaren Hände an!«

Richtig ist aber auch, daß seine Philosophie Heidegger half, sich von der politischen Geschäftigkeit zu distanzieren. Seine Vorlesung im Sommersemester 1934, die vom Staat und der Wissenschaft handeln sollte, begann er nach der Ankündigung einer Themenänderung mit den lapidaren Worten: »Ich lese Logik. Logik kommt von Logos. Heraklit hat gesagt . . .«, die von 1936–40 gehaltenen *Nietzsche*-Vorlesungen bieten eine differenzierte, kritische und mutige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Heideggers private Beziehungen erholten sich hingegen nicht von der Verstrickung, die Freundschaft mit Jaspers hatte einen Riß bekommen, der trotz wiederholter Bemühungen von beiden Seiten zeitlebens nicht mehr zu kitten war. Auch die Beziehung zu Hannah Arendt, die vor den Nazis nach Amerika emigrierte, wurde für 17 Jahre unterbrochen. Die Liebesgeschichte von Hannah Arendt und Heidegger durchklingt Safranskis Buch leitmotivisch, der Autor rekonstruiert sie mit Leidenschaft: Im Februar 1924 beginnt in Marburg die Affäre zwischen der 18jährigen jüdischen Studentin Hannah Arendt – Heidegger nennt sie später die *Passion seines Lebens* – und dem 18 Jahre älteren, verheirateten Martin Heidegger. Ihre Treffen spielen sich unter strengster Geheimhaltung nach von Heidegger diktierten Regeln ab. Hannah wird zur »Muse von *Sein und Zeit*«, doch ihre unausgesprochene Hoffnung, Heidegger werde ihretwegen mit seiner Frau brechen, erfüllt sich nicht. Um sich zu bewahren, flieht sie in die Arme anderer Männer – und landet deswegen immer wieder bei Heidegger. Noch 1950 bei dem ersten Wiedersehen nach ihrer langen Trennung notiert sie: »Dieser Abend und dieser Morgen sind die Bestätigung eines ganzen Lebens.« Von nun an behalten sie sporadisch Kontakt, ohne Nähe und mit durch Heideggers Frau Elfriede bedingten Reibereien. Es ist eine schöne Liebesgeschichte, die von Hannah Arendt und Martin Heidegger, weil ihr die Erfüllung versagt blieb.

Eine von Safranski kolportierte Anekdote muß noch erzählt werden, sie »menschelt« zu schön, um verschwiegen zu werden; die Anekdote handelt von Heidegger und Beckenbauer: Als der Intendant der Freiburger Bühnen den schon über siebzigjährigen Heidegger im Zug trifft, versucht er – wie Theaterleute es halt zu tun pflegen – diesen in ein Gespräch über das Theater und die Kunst an sich zu verwickeln.

Doch Heidegger, im Alter von zunehmender Fußballbegeisterung befallen, redet lieber über Beckenbauer. In seiner Jugend selbst respektabler Linksaußen beim Fußballclub von Meßkirch und als solcher durchaus urteilssicher, illustriert er dem verdutzten Theatermann auch dramatisch die Künste des »genialen Spielers« Beckenbauer.

### III.

Doch genug des Anekdotischen, was bietet Safranskis Biographie philosophisch? Safranski stellt Heideggers Denken klar und mit weitgehend sicherer Akzentuierung dar. Er macht sich dabei in einem doppelten Sinn um Einfachheit verdient: Zum einen »übersetzt« er Heideggers eigenwilligen und verschraubten Schreibstil in gut lesbare Prosa. Das Resultat ist ein Heidegger-Buch, das nicht »heideggert«. Zum anderen vermag Safranski souverän zu zeigen, daß die Größe von Heideggers Fragen in ihrer Einfachheit besteht. Tatsächlich lassen sich zentrale Stränge von Heideggers Philosophie auf die schlichte Frage zurückführen: »Warum ist überhaupt Seiendes und nicht nichts?«. Daß überhaupt etwas »da« ist, erzeugt Staunen und Angst. Dieses Dasein in seiner Nichtigkeit, aber auch in seiner Möglichkeit zu begreifen, darum kreist Heideggers Denken.

Safranski überrascht den Leser aber auch durch einen hochinteressanten Fund: Er entdeckt die 1929/30 gehaltene Vorlesung *Grundbegriffe der Metaphysik* als »heimliches Hauptwerk« Heideggers. In ihr seziiert Heidegger minutiös die Grundstimmung der *Langeweile*. Heideggers Vorlesung umkreist ihr Thema nahezu manisch und versucht, die Stimmung der *Langeweile* im Stil einer Ereignisphilosophie wachzurufen. Heidegger erarbeitet, daß die *Langeweile* einen tiefen Bezug zum Wesen der Zeit habe, insofern in ihr die Zeit selbst als gelähmt erscheine. Gerade in dieser Bannung, in der die Zeit sich versagt, werde aber deutlich, daß die Zeit nicht nur ein Medium ist, in dem man sich bewegt, sondern etwas, das der Mensch »zeitigt«, also entspringen läßt, um der *Langeweile* zu entfliehen. In der Stimmung der *Langeweile* erweist sich die Zeit so als Ermöglichung menschlichen Seins. An diesem Punkt läßt sich die *Metaphysik*-Vorlesung als Ergänzung und Erweiterung von *Sein und Zeit* lesen. Hier hatte Heidegger den Menschen, den er in seiner Terminologie das Dasein nennt, auf sein Sein hin befragt. Als Sein des Menschen hatte Heidegger die *Sorge* herausgestellt. Diese ist aber zeitlich determiniert, weil sie sich augenblicklich um Zukünftiges bekümmert, dazu

aber immer schon »gewesen« sein muß. Von den Ausführungen zur *Langeweile* ausgehend, ließe sich nicht nur – wie Safranski es praktiziert – eine Verbindung zur Analyse der Stimmung der *Angst* in *Sein und Zeit* knüpfen, vielmehr wäre die viel entscheidendere Frage aufzuwerfen, ob die Sorge selbst als das Wesen des Menschen für Heidegger aus der Verdrängung der *Langeweile* geboren ist. Hier eröffnet sich ein immenses Arbeitsfeld.

In einem Punkt muß dem Autor allerdings widersprochen werden; Safranski erachtet Heideggers Spätphilosophie für weitgehend irrelevant: »Der späte Heidegger hat noch manche andere verspielte, dunkle, arabeskenreiche Überlegungen angestellt, die einem vielleicht etwas zu denken, aber kaum noch zu sehen geben.« In der Tat wirken die späten Gedanken Heideggers beispielsweise zum »Geviert« auf den ersten Blick kryptisch, weil Heidegger sich in ihnen am weitesten vom gängigen analytischen Diskurs entfernt. (Genau an dieser Stelle hätte Safranski im Übrigen seinen Titel legitimieren können, denn er bezeichnet Heidegger mit Anklang an die mystische Tradition Eckhardts als »Meister«. So bleibt der Titel rätselhaft.) Eine eingehendere Beschäftigung enthüllt jedoch die tiefe Notwendigkeit von Heideggers Vorgehen, gerade in der Spätphase erhält seine Philosophie ihre wohl radikalste Ausprägung. Auch übersieht Safranski die Relevanz der späten Texte für die Gegenwartsphilosophie: Lacan hat zentrale Momente seiner Sprachtheorie aus Heideggers Denken des Gevierts gewonnen, auch in den Texten Derridas spielt dieses eine entscheidende Rolle.

### IV.

Das Wesen einer Biographie ist es, sich ein Bild zu machen. Der Verfasser einer Lebensbeschreibung versucht, aus Texten und Zeugnissen ein Bild der beschriebenen Person zu konstruieren und diese im Porträt plastisch und lebendig werden zu lassen. Nicht nur wird so dem Leser eine Identifizierung oder Orientierung an dem proträtierten Vor-Bild angeboten, schon aus dramaturgischen Gründen scheint keine Biographie dem Zwang zur *Verbildlichung* entgehen zu können. Durch Safranskis Buch jedoch gespenstert eine Papierfigur, die fragmentarisch und undurchsichtig, unfaßbar und widersprüchlich bleibt. *Von ihr werden viele Facetten gezeigt, zu einem einheitlichen Bild fügen sie sich nicht.* Diese Person, von der man sich kein Bild machen kann, ist Heidegger selbst. Woran liegt dies?

Es liegt ohne Zweifel nicht an Safranskis

Erzählkunst. In seiner E. T. A. Hoffmann-Biographie hat Safranski bewiesen, daß er ein Meister darin ist, die Toten im Rahmen eines Buchs wieder zum Leben zu erwecken. Es liegt wohl auch nicht an der von Hannah Arendt konstatierten »Charakterlosigkeit« Heideggers, was sie in dem Sinn verstanden wissen will, daß Heidegger nicht etwa einen schlechten, sondern gar keinen Charakter gehabt habe.

Der Grund ist vielmehr ein *philosophischer*, in ihm liegt der wahre Clou von Safranskis Buch begründet: In *Die Zeit des Weltbildes* klagt Heidegger die *Verbildlichung* als zentrales Kennzeichen der Moderne an. Das Wesen der Neuzeit sei es, daß ein sich überhebendes Subjekt die als Objekt vorgestellte Welt im Bild erobere und so auflöse. In diesem verbildlichen Denken gründe das Wesen der Technik und ihres Versuchs der Naturbeherrschung. Gegen diese Herrschaft der Technik, die er als »Weltnacht« bezeichnet, setzt besonders der späte Heidegger sein Denken der Gelassenheit, das einen nicht-assimilierenden Umgang mit den Dingen und Menschen fordert.

Safranski macht sich dieses Heideggersche Postulat eines nicht-aneignenden Denkens zu eigen und verzichtet darauf, ein vereinheitlichendes Heidegger-Bildnis zu zeichnen, weil er weiß, daß es irrig ist anzunehmen, ein Mensch verfüge über ein identisches, abbildbares Wesen. Der Autor liefert mehrere Hinweise, daß er sehr bewußt handelt: neben dem eingangs angesprochenen Umschlagfoto, das nur die rückwärtige Silhouette Heideggers zeigt, sein Antlitz aber verbirgt, liefert sein Buch eine detaillierte Analyse des Heideggerschen Bilder-Verbots, auch fehlt ihm der sonst in Biographien obligate Fototeil.

Safranskis Vorgehen, die Verweigerung des ultimativen und vereinheitlichenden Heidegger-Porträts, zeitigt zwei Effekte: Zum einen verwehrt es dem Leser die Identifikation mit der beschriebenen Person, im Guten wie im Bösen. Zum anderen fordert es auf, die zusammengetragenen Facetten um weitere zu ergänzen: Safranskis Heidegger-Biographie fordert ihre Fortschreibung.

Rüdiger Safranski ist ein kleines Kunststück gelungen: Er hat eine Biographie geschrieben, die zugleich eine Subversion des biographischen Genres ist. Safranski beläßt Heidegger sein Rätsel, oder, um in der Terminologie eines bekannten Denkers zu sprechen: Er läßt Heidegger – sein.

*Rüdiger Safranski: Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit, Carl Hanser Verlag, München-Wien 1994, 544 S., DM 58,-*

LUTZ RATHENOW

## Anwalt zwischen Ost und West

Ein Film über ihn müßte mit der Erwartung beginnen – auf seinen Auftritt. Wenigen Menschen war es gegeben, so spannungsvolle Gefühle bei anwesenden Journalisten und Diplomaten zu schüren. Denn die wirklich führenden Persönlichkeiten des Landes DDR zieren sich, durch ihre Anwesenheit die Empfänge der Ständigen Vertretung Deutschland (West) in Deutschland (Ost) aufzuwerten. Nur Leute wie Anwalt Vogel funktionierten als Reißverschluß zwischen den Mächtigen und dem Personal im Staat. Jemand wie er schien geheime Eingänge ins System zu haben, die das Labyrinth zum begehbaren Weg verwandelten. So gierte dann eine Traube von 20, 30 Berufsdeutern politischer Fragen nach jenem Manne, der – meist nebst Gattin – den Raum betrat und sofort mit einem gefüllten Glas und Fragen konfrontiert wurde. Diesen und jenen Nebensatz in der Erklärung des Vorsitzenden galt es zu deuten, allein die Gesprächstermine Ost/West waren ein Dauerthema.

Vogel strahlte Kompetenz aus, ohne viel sagen zu müssen, denn wer mit der Macht wirklich zu tun hatte, brauchte nicht allzuviel sagen – insofern bewies geschicktes Herausreden geradezu erst Kompetenz. Er blieb immer höflich und genoß es, Anwesende vom Manna der Macht nippen zu lassen, bis führende Mitarbeiter der Vertretung ihn doch zu einem Gespräch im kleineren Kreis bugsiierten.

Das war einmal. Seit '89 ist vieles anders geworden, für einen Wolfgang Vogel muß alles anders geworden sein. Heute drohen ihm Strafverfahren – und selbst Erich Mielke scheint in der Ex-DDR mehr Sympathisanten zu haben als der ehemalige Staranwalt. Das klingt wie ein Hohn, aber bei Mielke sind es immerhin ein paar tausend altgediente und ein paar hundert jungfanatische Fundamentalisten, die in ihm ein Opfer des Klassenkampfes sehen. Für Vogel gab es noch keine Demonstration, die einzige demonstrative Handlung ging vom Altbundeskanzler Helmut Schmidt aus, er besuchte Vogel in Haft. Aber Schmidt gehört nicht zur Ex-DDR. Sondern jener Taxifahrer, der – als er die Besuchsmeldung hörte – nur sagte: »So etwas hätte er mal bei politischen Häftlingen in der DDR versuchen sollen.«

Ein Buch liegt seit einiger Zeit vor, das zu den wichtigen deutsch-deutschen Sachbüchern gehört. Sein Autor Craig R. Whitney beschreibt kühl bis brillant den Lebensweg eben jenes Dr.

Wolfgang Vogel, der – weniger auf dem Höhepunkt, als am Schluß des Kalten Krieges – zu den einflußreichen Männern der Welt gehörte. Und der nun heute, und das nicht grundlos, sich mindestens wegen Steuerhinterziehung zu verantworten haben wird.

Whitney, Deutschland-Korrespondent der NEW YORK TIMES, liefert ganz nebenbei eine Abrechnung mit einem Staat, dem es gefiel, den Verkauf politisch aufmüppiger Bürger zu einer Geldeinnahmequelle zu machen. Allein die Lebensgeschichten, die der Autor nebenbei aufblättern muß, um das Leben seiner Hauptfigur verständlich zu machen, lohnen die Lektüre. Whitney versteht Wolfgang Vogel und durchschaut ihn: »Vogels Geschichte sowie das ethische Dilemma, das ihr zugrunde liegt, besitzen etwas klassisch Deutsches. Dazu gehört eine bestimmte Passivität in Konfliktsituationen, auch eine gewisse Bereitwilligkeit, sich um eines höheren Gutes willen korrupten Herrschern zu fügen ... Er hatte seine Seele dem Kommunismus verkauft in der Annahme, den Teufel irgendwie überlisten zu können. War es Eitelkeit, die ihn zu denken bewog, daß er seine Ehre bewahre, war es Selbstbetrug? Oder war es bloß Zynismus?«

Es macht keinen Sinn, den Lebensweg Vogels anhand des Buches nachzuzeichnen. Heraus käme eine spröde Biographie, die nichts von den spannenden Windungen und Wendungen verrät, die eben auch zum Leben in der DDR gehören konnten. Wer in Vogel nur einen Handlanger der DDR sehen will, wird sich durch manche Episode in den vierhundert Seiten korrigieren müssen. Seine eigenständigste Leistung vollbrachte der Anwalt zweifellos im Organisieren eines internationalen Austauschs von Spionen. Eine Rolle, die er sich mit Geschick erhandelte. Hier entdeckte er seine Marktlücke – und mußte in ihr flexibel und einfallsreich wirken, wenn er etwas bewirken wollte. Mitunter bekam er auch da seine Grenzen zu spüren. Ehe zum Beispiel der in der DDR wegen Spionage inhaftierte Konteradmiral Winfried Baumann auf eine der Verhandlungslisten Vogels geraten konnte, war er 1980 schon hingerichtet worden.

Viele Fragen wirft das Buch zum Bereich des Gefangenenfreikaufes auf. Vogel hatte als Mit-Erfinder fast keinen Widerstand von seiten der Generalstaatsanwaltschaft und des MfS zu überwinden. Später gierten die DDR-Organen geradezu nach dem Geld, das sie durch Tricks immer reichlicher fließen sehen wollten. Spätestens da wäre Vogels Rolle von nicht jedem, aber doch von so manchem anderen übernommen worden. Whitney begreift durchaus, daß

die Gefangenenfreikäufe irgendwann auch zur Produktion politischer Gefangenen beitrug. Hier wirft das Buch Fragen über Fragen auf – und zwar im Detail. Ab wann hätten flexiblere Verhandlungsmodelle, die auch die Entlassung in den Osten als Möglichkeit einbeziehen, von westlicher Seite gesucht werden müssen? Spätestens dann, als man merkte, daß die DDR ihre kritischen Leute um jeden Preis loswerden wollte. Die Krise der DDR wurde nicht erst mit den Botschaftsbesetzern 1984 deutlich, sie zeigte sich nach der Ausbürgerung Biermanns. Eine Folge war der Verkauf politischer Häftlinge 1977, Jürgen Fuchs kritisierte zum ersten Mal die Rolle Vogels direkt. Sein Name fehlt im Buch. Es fehlen überhaupt die Dissidenten und die Rolle der Westöffentlichkeit als mögliches Kampfmittel, um Leute aus dem Gefängnis zu bekommen. Das funktioniert 1980 bei zwei unbekanntem Schriftstellern innerhalb von zehn Tagen und bei dem dritten nach drei Monaten.

Zu dieser Zeit bemühte sich gerade Vogel um die Ausreise eines Mannes, der wegen seiner Kontakte zu einem West-Korrespondenten, aber unter dem Vorwand eines Wirtschaftsvergehens jahrelang inhaftiert worden war. Weder Vogel noch seinem Biographen kommt der Gedanke, daß eine genau recherchierte Porträtserie über den Inhaftierten in dem seriösen Blatt seines Bekannten eine raschere Klärung des Falles bewirken könnte. Vielleicht hätte schon die Drohung des Korrespondenten gereicht. Hier muß auch der Biograph versagen, da er im Prinzip die DDR sehr richtig einschätzt, aber im Detail eine verblüffende Kenntnislosigkeit offenbart. So verteidigt er Vogels materielle Privilegien mit dem Hinweis: »Es war die Zeit, in der sich in Ostdeutschland nur wenige Menschen um die Frage sorgten, ob die Mächtigen selber die Regeln des Schicklichen einhielten oder nicht.«

So eine Zeit gab es nicht. Das vermutete und oft überschätzte Wohleben der Politführung war dem gemeinen Volk immer ein beliebtes Thema. Die Privilegien der Nomenklatura waren gleich nach der mangelnden Reisefreiheit ein ständiger Anstoß zur Volksunzufriedenheit. Das Buch provoziert immer wieder Fragen nach den Möglichkeiten, die Akteur und Biograph nicht sehen oder nicht sehen wollen. Das beginnt schon am Start der Karriere Vogels in den fünfziger Jahren. Sein Chef Rudolf Reinartz haute nach Westberlin ab und animierte später Vogel zu einem Gespräch. Durch einen Brief, der nicht mit der Post geschickt worden ist: »Sicherlich würde die Stasi den Brief finden, und wenn er ihn nicht sofort aushändigte, geriet möglicherweise auch er in Ver-

dacht, für den amerikanischen Geheimdienst zu arbeiten. Vogel konnte jetzt nur noch eines tun, um sich zu retten.«

Er offenbarte sich dem MfS an – und arbeitete fortan mit ihm zusammen. In der Anthologie *Aktenkundig* (Rowohlt Berlin) findet sich ein Beleg, wie Informationen von Vogel auch außerhalb seiner Tätigkeit als Anwalt in den achtziger Jahren beim MfS landeten – und von dort aus in Akten wanderten. Die Anwerbepassage Vogels im Buch ist beeindruckend. Aus Todesangst wird er zum Mitarbeiter – zu einem, der diese Angst nie ganz verliert. Und doch machen sich Vogel und der Autor gleichermaßen etwas vor, wenn sie nach Eingang des Briefes nur von der Möglichkeit, in den Westen überzulaufen oder den Freund beim MfS anzuzeigen, schreiben. Vogel hätte den Brief rasch und gründlich vernichten können. Ein praktikables Ignorieren, ein geschicktes Sich-Dumm-Stellen – eine Haltung, die die Mehrheit der DDR-Bürger praktizierte. Diese Haltung kommt als Möglichkeit in dem Buch faktisch nicht vor.

Erfolgsgewohnte Bewohner des freien Westens denken sich oft ein wenig zu gut in die erfolgssüchtigen Sklaven einer Diktatur hinein. Und aus dem initiativreichen Sklaven der ersten DDR-Macht-Stunde wurde einer der Verantwortlichen für die Machtausübung – an einem sehr reizvollen Brennpunkt, an dem die unangenehmen Folgen der Machtausübung beständig verwischt werden sollten, ohne das Geringste an den Methoden zu ändern.

Es ist 1984, in der amerikanischen Botschaft sind Flüchtlinge aus der DDR. Vogel will mit Honecker sprechen: »Einen Moment darauf war der Generalsekretär am Apparat. ›Das könnte eine Kettenreaktion zur Folge haben‹, begann Vogel. Aber Honecker unterbrach ihn: ›Ich glaube, Sie haben mich nicht verstanden. Ich möchte, daß die vor Mitternacht in Westberlin sind.‹ Vogel legte auf. Er fragte sich, ob er die Anordnung einfach mißachten sollte, entschied sich jedoch schnell dagegen.«

Zum Glück für die Flüchtlinge und für all jene, die die DDR nach Möglichkeit lieber loswerden wollte. Dr. Vogel hatte recht, er hätte das Land – samt seiner Sonderrolle – geschickter verteidigt als Honecker. Das machte Leute wie ihn in der Schlußphase des Systems so gefährlich.

*Craig R. Whitney: Advocatus Diaboli. Wolfgang Vogel – Anwalt zwischen Ost und West, Siedler Verlag, Berlin/München 1994, 416 S., DM 49,80*

CARL-WILHELM MACKE

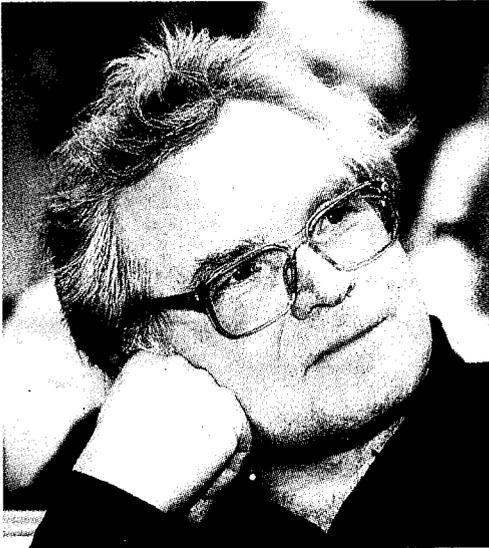
## In Freundschaft zugeneigt

Festschrift für Oskar Negt

Im Jahre 1921 schrieb Siegfried Kracauer, einer der gebildetsten Publizisten der Weimarer Jahre, einen Essay über den Wert der Freundschaft. Dies sei eines jener Worte, »die durch die Jahrhunderte von Mund zu Mund gehen, ohne daß ihr begrifflicher Inhalt je klar und scharf umrissen vor das innere Auge tritt. Die Erfahrungen der Generationen, unerschöpfliches Leben, unzählige Geschehnisse verbergen sich in ihnen, und wunder nimmt nur, daß die Wortgefäße, die solche Fülle zu tragen haben, immer ihre alte Geltung beibehalten, fortbestehen und sich wieder mit neuem Inhalt beladen lassen.«

Wie Walter Benjamin und Ernst Bloch, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und Leo Löwenthal gehört Siegfried Kracauer zu denjenigen Intellektuellen, die im Verlauf der Studentenbewegung von 1968 in stundenlangen Sitzungen linker Debattierzirkel für die demokratische deutsche Geisteskultur wiederentdeckt wurden. Waren viele der Texte der vor den Nazis ins Ausland, überwiegend in die Vereinigten Staaten geflüchteten Autoren während der ersten Nachkriegszeit in Deutschland noch völlig unbekannt, so war es einer der unbestrittenen Verdienste der Studentenbewegung von '68, eine gewaltsam unterbrochene Tradition deutschen Geistes mühselig wieder in unsere politische Kultur integriert zu haben. Diese Wiedergewinnung kritischen Denkens erfolgte zunächst nur zögerlich und oft auch nur selektiv. Man las und studierte fast ausschließlich nur diejenigen Texte der Exilierten, die einen geistigen Brennstoff für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und der kapitalistischen Gegenwart der Bundesrepublik lieferten. Texte über Kinderspielzeug wie bei Benjamin, über Märchen wie bei Bloch, über die Schubert-Sonaten wie bei Adorno oder über die Freundschaft wie bei Kracauer hat in den hochpolitisierten studentischen Kreisen von 1968 kaum jemand zur Kenntnis genommen. Man verstand sich »links« und das hieß, man nahm außer dem Klassenkonflikt und dem Anti-Faschismus keine Nebenwidersprüche oder angebliche Alltagsbanalitäten wie die Freundschaft wahr.

Heute aber, über zwanzig Jahre später, um viele Illusionen ärmer und um einige wichtige historische Lektionen reicher, scheint die damals so achtlos übersehene intellektuelle Pla-



Oskar Negt

Foto: JOKER/R. Steußloff

schenpost abseits der traditionellen politischen Fronten zumindest bei einigen Köpfen jener Jahre angekommen zu sein.

Jedenfalls glaubt man in der von Oskar Negt jetzt aus Anlaß seines 60. Geburtstages vorgelegten »seitenverkehrten Festschrift« auch den Geist des Essays von Kracauer über die Freundschaft zu spüren. Der an der Universität Hannover lehrende Soziologe, Adorno-Schüler und Autor von zusammen mit dem Filmregisseur Alexander Kluge verfaßten höchst eigensinnigen Studien zur deutschen Geschichte, hat in den letzten Jahren einigen der mit ihm befreundeten intellektuellen Geburtstagsartikel, Festreden und Nekrologe gewidmet. In ihnen klingt noch vernehmbar das Echo jener ebenso klugen wie warmherzigen Zeilen an, die Siegfried Kracauer der so schwer faßbaren, aber existentiell so notwendigen verlässlichen Freundschaft zwischen Menschen gewidmet hat. »Ich habe nur Menschen in die Auswahl dieses Bandes einbezogen, die ich persönlich kannte und die für mich eine Bedeutung im Näheverhältnis des eigenen Lernens haben . . . Der im buchstäblichen Sinne rote Faden dabei ist mein eigener lebensgeschichtlicher Kontext, in dem jede dieser Personen eine besondere Seite ausdrückt oder symbolisch repräsentiert.«

Einige der auch im Umfang sehr unterschiedlichen Würdigungen sind Kollegen gewidmet, denen der Autor seit Jahren in den verschiedensten politischen, wissenschaftlichen wie persönlichen Bezügen verbunden ist (Alexander Kluge, Erich Wulff, Jürgen Seifert, Jürgen Habermas). Andere Texte wiederum sind

besonders für diejenigen von Interesse, die sich den selben politischen Kreisen verbunden fühlen wie der seit langem im Umfeld von SPD und Gewerkschaften engagierte Autor (Hans Matt Höfer, Ernst Breit, Peter von Oertzen, Klaus Staeck). Daneben finden sich aber auch Beiträge, in deren Mittelpunkt Personen stehen, deren Beziehung zur Sozialdemokratie keineswegs von besonders großer Treue oder Zuneigung geprägt waren. Mit so eigenwilligen Köpfen wie Wolfgang Abendroth, dem unvergessenen Stuttgarter Linkssozialisten Fritz Lamm oder dem quirligen Schweizer Unruhestifter Theo Pinkus haben sich Sozialdemokraten immer sehr schwer getan. Negt ist einer der wenigen linken Intellektuellen, die es schaffen, daß ihnen jenseits der Lager, Szenen und Fraktionen noch zugehört wird.

*Treue*, ein schrecklich verstaubter und mißbrauchter Begriff oder *Freundschaft*, jenes im Sinne Kracauers so selten benutzbares, weil so anspruchsvolle Wort fallen einem nicht zufällig im Zusammenhang mit dem Namen Oskar Negt schneller ein als *Mode*, *Zeitgeist* und *Beliebigkeit*. Der vorliegende Band legt dafür ein Zeugnis ab.

Der Name Günter Busch zum Beispiel wird vielleicht nur wenigen, unmittelbar in das deutsche Verlagswesen involvierten Kreisen etwas sagen. Die Bücher aus der regenbogenfarbigen Reihe der *edition suhrkamp* jedoch werden viele literarisch und wissenschaftlich interessierte Leserinnen und Leser bereits einmal in der Hand gehalten haben. Sie gehören zur geistigen Grundausstattung jedes kritischen Intellektuellen der Republik. Der Gründer und Spiritus rector dieser sehr renommierten Buchreihe ist der inzwischen im *Fischer-Verlag* arbeitende Lektor Günter Busch. Zu dessen 60. Geburtstag hat Oskar Negt eine umfangreiche Würdigung der Person, aber mehr noch der Arbeit eines Lektors geschrieben, dessen stilles Handwerk in den Hinterzimmern des Geistes viel zu selten anerkennend registriert wird. »Im Grunde steht der Lektor bereits auf der Liste der aussterbenden Arten. Und das hat mit der Struktur dieses Berufes und den Konzentrationsbewegungen im Verlagswesen zu tun, durch die ja nicht nur Autoren, Lektoren und sonstige Mitarbeiter hin- und hergeschoben werden, sondern der lebendige Kooperationskontakt zwischen Lektor und Autor oft genug reduziert wird auf das Einklagen der Ablieferungstermine für Manuskripte.«

Die *zweite* herausragende Würdigung des Bandes gilt ebenfalls einem Intellektuellen, dessen Namen in Deutschland nur einem kleinen Kreis philosophisch gebildeter Menschen

etwas sagt. Aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Bremen an Alfred Sohn-Rethel hielt Oskar Negt 1988 eine denkwürdige Laudatio. Mit dem ein Jahr später verstorbenen Alfred Sohn-Rethel würdigt Negt stellvertretend jene Intellektuellen, denen nach Ende der Nazi-Zeit und der Emigration im deutschen Wissenschaftsbetrieb beschämend wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. »Es waren ja nicht einzelne, sondern es war eine ganze Generation der produktivsten Köpfe, die Deutschland verlassen mußte: Adorno, Horkheimer, Bloch, Kracauer, Walter Benjamin, Lukacs und viele andere, die weniger bekannt sind. In diese Gesellschaft von produktiven Köpfen des 20. Jahrhunderts gehört auch Sohn-Rethel. Diese Intellektuellengesellschaft der Emigranten bildete das interessanteste Denklaboratorium, das es in diesem Jahrhundert bis heute gegeben hat.«

In allen Würdigungen des Bandes spiegelt sich natürlich auch direkt oder versteckt zwischen den Zeilen das Denken des Laudators wider. Ganz besonders deutlich wird dies an einer Stelle der ungemein dichten, Satz für Satz durchgemeißelten Rede für Alfred Sohn-Rethel. »Wo der kollektive Gedächtnisverlust zu den bedrohlichsten Symptomen der intellektuellen Verelendung einer Protestkultur gehört, entsteht neues Vertrauen zu Menschen, die langsam lernen und buchstäblich Trauer bei der Verabschiedung eines jeden Gedankens empfinden, den sie einmal geliebt oder aus Not gefaßt haben. Sohn-Rethel ist einer von diesen langsam und schwerfällig Lernenden . . . die damit den Blick freibekommen für das wirklich Neue, das im Alten heranwächst.«

In seinen Porträts erinnert uns Oskar Negt noch einmal sehr eindringlich daran, was wir verlieren, wenn das Werk der aus dem Nazi-Deutschland vertriebenen Intelligenz, wie es heute nicht selten geschieht, bedenkenlos in die Rumpelkammer der verstaubten Ideen dieses Jahrhunderts abgestellt wird. Aus der Geschichte der Vertreibungen und Ausgrenzungen kritischen Denkens – gerade auf deutschem Boden – sollten wir unsere Lektionen gelernt haben. Zu den besten Lehrern gehören jene Intellektuelle, jene »unbotmäßigen Zeitgenossen«, die Oskar Negt in diesem Band mit so viel freundschaftlicher Verbundenheit porträtiert.

*Oskar Negt: Unbotmäßige Zeitgenossen. Annäherungen und Erinnerungen, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1994, 283 S., DM 24,90*

JOHANO STRASSER

## Macht und Moral

**M**acht und Moral, ein großes Thema, das von Platon und Aristoteles über Augustinus und Thomas von Aquin bis zu Macciavelli, Montestquieu, Kant und Nietzsche immer wieder das Nachdenken herausgefordert hat. Auch heute noch ist es ein fester Bestandteil des gehobenen Feuilletons und immer wiederkehrender Programmpunkt in den zahllosen Veransaltungen der Begegnungsindustrie. Ja, fast könnte man sagen, daß die Erörterung dieses Themas zu den Ritualen unserer Demokratie gehört, ob als erbauliche Selbstfeier im Rahmen eines Staatsakts oder als theoretischer Unterbau allfälliger Empörung über die sich häufenden öffentlichen Skandale.

Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater im Weißen Haus unter dem Präsidenten Jimmy Carter, heute Professor für internationale Politik in Washington, neigt weder zu erbaulicher Selbstreflexion noch zu puristischem Moralisieren. Nicht der so oft überstrapazierte Gegensatz von Moral und Macht beschäftigt ihn, sondern vielmehr die Frage, wie weit zur Etablierung und Erhaltung von Macht Moral, d. h. eine glaubwürdige an Werten ausgerichtete Praxis unerlässlich ist.

Nach dem großen Sieg des Westens über seinen ideologischen Widersacher im Osten, treibt Brzezinski die Sorge um, daß der Westen insgesamt, vor allem aber die westliche Vormacht USA die ihr zugefallene alleinige Führungsrolle in der Welt nicht ausfüllen könne, weil Konsumhedonismus und platter Egoismus ihre geistigen Grundlagen zerstörten. »Die globale Bedeutung der politischen Botschaft des Westens könnte dadurch aufgehoben werden, daß die fortschrittliche Welt zunehmend dazu neigt, die innere Substanz der liberalen Demokratie durch einen Lebensstil zu verwässern, den ich als permissiven Überfluß bezeichne« (S. 12 f.).

Das 20. Jahrhundert, das Jahrhundert der Hybris, der »Metamythen« und des »Megatodes«, das unvorstellbare Verbrechen und unvorstellbares Leid über die Menschheit gebracht hat, geht seinem Ende entgegen. Aber der Zerfall des Sowjetimperiums, der letzten Ausgeburt der großen totalitaristischen Ideologien, ist für Brzezinski im Gegensatz etwa zu Francis Fukuyama keineswegs gleichzusetzen mit dem Sieg des Westens. Nicht der Überlegene westliche Geist hat den Kommunismus besiegt, sondern die »Frustrationen des täglichen Lebens«.

denen die Menschen in Gesellschaften ausgesetzt waren, die sich ganz dem materiellen Glück verschrieben hatten und doch gerade in dieser Beziehung immer aussichtsloser hinter dem Westen zurückfielen. Da der Westen selbst in einer tiefen geistigen Krise steckte und sich der im Westen praktizierte Lebensstil wegen der Begrenztheit der globalen Ressourcen nicht generalisieren lasse, bedeute das Ende der totalitären Bedrohung keineswegs, daß nun die Heraufkunft eines Zeitalters universeller Freiheit und Demokratie bevorstehe.

Von einer neuen Weltordnung ist laut Brzezinski weit und breit kaum etwas zu erkennen. Die beiden Ordnungsmächte, die in Frage kämen, die USA einerseits und die UNO andererseits, sind beide auf unterschiedliche Weise handicapt: die USA eine Macht ohne moralische Autorität, die UNO eine moralische Autorität ohne Macht. Europa, das nach Brzezinski an sich die besten Voraussetzungen besitzt, die führende Ordnungsmacht der Welt zu werden, kann diese Rolle nach seinem Urteil in den nächsten beiden Jahrzehnten nur dann spielen, wenn es zugleich die politische Einigung schnell vorantreibt und sich nach Osten erweitert. Das aber sei höchst unwahrscheinlich.

In der gegenwärtigen unsicheren Weltlage sieht der Autor vor allem zwei große Gefahren für den Westen, die sich unter Umständen miteinander verbinden könnten: die Gefahr eines neuen Faschismus in Rußland und die Gefahr einer gewaltsamen Erhebung der armen Mehrheit der Weltbevölkerung – evtl. unter Führung Chinas – gegen die reiche und überhebliche Minderheit in den hochentwickelten Industriestaaten. Beide Gefahren könnten nur gebannt werden, wenn der Westen erhebliche Anstrengungen unternähme, der immer krasser werdenden globalen Ungleichheit zu begegnen, und wenn er einen Lebensstil zu praktizieren lerne, der nicht nur Neid erwecke, sondern auch Achtung einflöße, weil er sichtbar an moralischen Werten orientiert sei. Leider seien aber die Werte, die heute vor allem über die Massenmedien vom Westen in die ganze Welt hinausgestrahlt würden, »moralisch korrumpiert und kulturell dekadent«. (S. 89) Zudem verhindere die moralische Apathie, die die Massen des Westens, allen voran die der USA, ergriffen habe, den notwendigen politischen Kurswechsel.

Nach Brzezinski steckt die Welt in einem Dilemma: Einerseits gibt es zur Führungsrolle der USA derzeit keine realistische Alternative, andererseits sind die USA nicht in der Lage, diese Rolle auszufüllen. Nicht äußere Hindernisse sind es, die die USA daran hindern, ihrem Auftrag gerecht zu werden, sondern innere: die

Kultur des permissiven Überflusses macht es zur Zeit unmöglich, »Amerikas Macht in eine Führungsrolle umzuwandeln, die moralisch gerechtfertigt« und damit ordnungsstiftend wäre (S. 124).

»Die entscheidende Entwicklung unserer Zeit«, schreibt Brzezinski, »war der Sieg des Westens in dem langwierigen, vierzig Jahre währenden Kalten Krieg. Dieser Sieg Amerikas über Rußland hat den bipolaren Kampf um die Vorherrschaft in der Weltpolitik beendet. Doch während die Vereinigten Staaten nun konkurrenzlos sind, da keiner ihrer Rivalen in der Lage ist, ihre umfassende Macht in Frage zu stellen, beeinträchtigen Amerikas innere Schwierigkeiten das tatsächliche Ausmaß der amerikanischen Macht und behindern die Umsetzung dieser Macht in eine weltweite Autorität. Als Folge davon können die Vereinigten Staaten weder der Polizist noch der Bankier, ja noch nicht einmal der Moralist der Welt sein. Die erste Rolle würde Legitimität erfordern, die zweite erfordert Liquidität, und die dritte muß aus einer makellosen Vorbildfunktion erwachsen« (S. 175).

Angesichts dieses Dilemmas versucht der Autor im Schlußteil seines Buches einen Weg zu skizzieren, wie dennoch so etwas wie eine neue Weltordnung nach den liberal-demokratischen Werten des Westens entstehen könnte. »Um . . . die allmähliche Entstehung einer solchen Weltordnung zu sichern«, heißt es hier, »müssen wir auf zwei wichtige Achsen neue Formen der verstärkten Zusammenarbeit entwickeln: die trilateralen Beziehungen zwischen den reichen Demokratien Europa, Amerika und Ostasien (vor allem Japan) und die Vereinten Nationen als umfassender und repräsentativer Rahmen der Weltpolitik« (S. 256). Auf beiden Achsen geht es auch um eine neue Rollenbestimmung für die USA. Wenn die Europäer und die Japaner, so Brzezinski, mehr globale Verantwortung übernehmen und es zu einer Stärkung der Vereinten Nationen käme, könnten die USA allmählich von ihren weltweiten Verpflichtungen ein wenig entlastet werden und so in einer stärker partnerschaftlichen Weltgemeinschaft die Rolle des *primus inter pares* übernehmen.

Vor allem in Fragen der militärischen Sicherheit ist für Brzezinski die Führung der USA auch weiterhin unentbehrlich. Am Ende sieht es fast danach aus, als wolle der Autor die eigentlichen harten Ordnungsfunktionen der NATO – evtl. erweitert durch die Kooperation Japans – zuweisen, während für die Vereinten Nationen die eher weichen Themen übrig blieben, »die einen weniger politischen Charakter haben, die

aber für das Überleben der Menschheit von entscheidender Bedeutung sind, wie zum Beispiel die Sicherung der Bewohnbarkeit unseres Planeten, die Gesetzgebung im Umweltschutzbereich, weltweit akzeptierte Richtlinien zur Bevölkerungspolitik und Förderung internationaler Entwicklungshilfe für die ärmeren Länder« (S. 260).

Die Frage ist allerdings, ob nicht für eine solchermaßen reduzierte Führungsrolle die moralische Autorität der USA noch ausreicht. Darum kommt der Autor zum Schluß auch noch einmal auf das Leitmotiv der Kulturkrise des Westens zu sprechen. Da letzten Endes über das kollektive Schicksal der Menschheit im »geistig-kulturellen Bereich« entschieden werde und der Westen nun einmal weltweit an der Spitze des sozialen und politischen Fortschritts stehe, hänge alles von der geistigen und kulturellen Erneuerung der westlichen Kultur ab.

»Wandel kann nur aus einer fundamentalen Neubewertung der Grundhaltungen erwachsen, die das soziale Verhalten bestimmen, und aus der Erkenntnis, daß wir eine gemeinsame, weltweit gültige Vorstellung von der Bedeutung des guten Lebens brauchen, die auf dem Gedanken der Selbstbescheidung im Hinblick auf soziale Bedürfnisbefriedigung basiert.« (S. 262).

Wie eine solche Verhaltensänderung aber mit den Strukturen und der Dynamik einer kapitalistischen Marktordnung kompatibel gemacht werden kann, darüber läßt sich der Autor nicht aus. Womöglich hat er, wie gelegentliche Hinweise auf die päpstliche Enzyklika *Centesimus Annus* nahelegen, eigene Vorstellungen von einer Wirtschaftsordnung, die sich von der gegenwärtigen unterscheiden. Möglich, daß er, wenn man ihn genauer befragte, der katholischen Soziallehre den Vorzug vor der neoklassischen Wirtschaftstheorie einräumen würde. Aber in diesem Buch bleibt diese wichtige Frage ausgeklammert. Dadurch haftet seinem ansonsten so sympathischen Appell zur moralischen Erneuerung des Westens letztlich doch etwas von jener Vagheit an, die alle Sonntagspredigten auszeichnet, welche die praktischen Konsequenzen der empfohlenen Umkehr, besonders dort, wo sie mit mächtigen Interessen kollidieren, lieber im unklaren lassen.

Zbigniew Brzezinski: *Macht und Moral. Neue Werte für die Weltpolitik*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1994, S. 272 S., DM 39,-

FRANZISKA FITTING

## Dem Treibhauseffekt erlegen

Passend zum Superwahljahr 1994 hat der Rowohlt-Verlag in seiner aktuell-Reihe ein Buch über *Rudolf Scharping, die SPD und die Macht* herausgebracht. Thomas Leif, Journalist aus Mainz, und Joachim Raschke, Professor am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Hamburg, haben sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Als Betrachter von außen eine hochkomplexe Partei, deren Vorsitzenden und – nein, nicht das ambivalente Verhältnis dieser Partei zu Macht – sondern die innerparteilichen Machtstrukturen auszuloten. Da Leif der Ruf eines investigativen Journalisten voraussetzt und Raschke nun seit Jahren Parteien und Bewegungen – wenn auch mehr aus dem grünen Spektrum – ergründet, erhofft man sich von der Lektüre neue Erkenntnis.

Der erste Teil des Buches ist dem Parteivorsitzenden Rudolf Scharping gewidmet. Die Ungereimtheiten des Inhaltsverzeichnisses lassen erkennen, daß die Autoren sich kurzfristig entschlossen haben, die sie vor allem interessierenden Fragen voranzustellen: »Durch welche Verfahrensentscheidungen wurde die Wahl Scharpings präjudiziert? Welche Machtkonstellationen bestimmten mit dem Verfahren zugleich das personelle Ergebnis? . . . Und warum scheiterte die Mitte-Links-Mehrheit der Partei?

Den Autoren gilt die Mitgliederbefragung als Ränkespiel – in diesem Falle des rechten Seeheimer Kreises, in Kooperation mit »NRW und Südwest« und Einzelpersonen wie Johannes Rau und Oskar Lafontaine, getrieben von persönlichen Animositäten gegen Gerhard Schröder. Diese Allianz habe den als mitte-links bezeichneten Mehrheitswillen zunichte gemacht. Oder meinen die Autoren mit Mehrheit die Mehrheit der Parteitagsdelegierten? Spätere Ausführungen legen es nahe, daß sie dieser Verwechslung von Delegierten und Mitgliedern erlegen sind. So wird auch nicht hinterfragt, ob Schröder für die Mitglieder der Partei – Heidemarie Wiezoreck-Zeul wird allemal als aussichtslose Kandidatin charakterisiert – als Protagonist der Linken erkennbar ist. Zudem hätten intensivere Recherchen in Bonn durchaus auch andere Interpretationen der Verfahrenswahl als das unterstellte Ränkespiel zugelassen. Ist es wirklich ganz ausgeschlossen, daß nach Engholms Sturz eine Phase der Orientierungslosigkeit folgte? Ist es wirklich ganz ausgeschlossen, daß diese Partei sich dem Willen ihrer Mitglieder mehr öffnen wollte?

Zum anderen – schlußfolgert der Leser – muß Scharping mitte, wenn nicht mitte-rechts sein, um in der Kategorisierung der Autoren zu verweilen. Leif und Raschke beschränkten sich aber darauf, einige Freunde und Kritiker des Parteivorsitzenden zu befragen, vor allem die Rheinland-Pfälzer.

Auch die Beschreibung der politischen Entwicklung Scharpings bleibt merkwürdig skizzenhaft. Die Begründung der Autoren, er sei eher ein »unbeschriebenes Blatt«, ist kaum glaubhaft: Es handelt sich nicht um einen politischen newcomer, sondern um einen Politiker, der sich jahrzehntelang öffentlich positionieren mußte. Wenn auch anfangs – dies mag Leif und Raschke weniger interessiert haben – zu den Themen, die Kommunal- und Landespolitiker entsprechend der Erwartung ihrer Wähler zu behandeln haben. Grundsätzliche Erwägungen Scharpings finden sich vor allem in der jüngsten Zeit. In Mainz und in Bonn hätte man den Autoren gerne weitergeholfen. Daß das Aussparen der politischen Entwicklung nicht auf mangelnden Quellen beruht, hat Ulrich Rosenbaum mit seinem Buch unter Beweis gestellt. Etwas mehr Recherche hätte das Buch von Leif und Raschke stringenter gemacht: So hätte der Leser etwa erfahren können, was sich hinter der Überschrift *Der lange Marsch in die Mitte* verbirgt, wo sein Ausgangspunkt lag, wo er verharrete, oder zurückschritt, wo er weiterging.

Seine jetzige Position wird umschrieben, selten belegt. Er stelle in das Zentrum seiner Politik die Frage: »Was ist für die Menschen wirklich wichtig?« Was keine unschickliche Frage für Politiker und Politikerinnen sein kann. Scharping stünde den Gattungsfragen (Ökologie und Frauen) fern, kapriziere sich auf die Klassenfragen, ohne dabei jedoch den richtigen Drive zu entwickeln: Er plädiere dafür, daß sich die Partei wieder stärker den Arbeitnehmerfragen zuwende, die Wirtschaft sei ihm aber Wunschpartner. Es fällt unter den Tisch, daß Scharping eine geradezu luxuriöse Debatte angesichts der Wahlkampfzeit initiierte, in der sich die Partei in einem Regierungsprogramm über Inhalte und deren Gewichtung verständigen konnte. Ein Mangel an der Behandlung von Gattungsfragen läßt sich auch in der Fassung der ersten Entwürfe schwerlich feststellen.

Es zeigt sich spätestens bei der Gegenüberstellung von Gattungs- und Klassenfragen ein grundlegender Mangel der Analyse, der sich durch das gesamte Buch wie ein roter Faden zieht: Von der politischen und wirtschaftlichen Situation wird abstrahiert, die Folie, auf der aktive Politiker agieren müssen, wird dabei aber ausgeblendet.

Etwa wenn von der Zentralität des Begriffs *Sicherheit* in Scharpings Weltbild berichtet wird, unabhängig von den immensen Verwerfungen infolge der deutschen Einheit, von den Arbeitsplatzverlusten, von den Wahlgewinnen der Rechtsextremisten. Da erinnert es an Psychologie am Küchentisch, wenn die Autoren über »Unsicherheitserfahrungen« des Parteivorsitzenden glauben spekulieren zu können.

Geradezu fahrlässig wird diese Interpretationsweise, wenn kritisiert wird, daß Scharping in seinen Stellungnahmen von rechts und Rechten rede statt von links und Linken. Dies zeige nicht nur »seine starke Ablehnung gegen die härtere Rechte«, sondern auch seine »emotionale Distanz zu Linken«. Das In-Eins-Setzen von links und rechts ist äußerst verwunderlich. Noch erstaunlicher ist: Den Autoren entging, daß es zur Zeit erheblichen Anlaß, über die Gefahren von rechtsaußen zu reden, gibt.

In diesem Duktus marschieren die Autoren fröhlich fort: Da werden etwa Szenarien beschrieben: eine Strategie der Gesamtintegration der verschiedenen Richtungsströmungen mit seinem Vertreter Oskar Lafontaine, die Politik reduzierter Ansprüche oder Minimalismusstrategie, vertreten durch Helmut Schmidt und Rudolf Scharping (eine »Enkellinie«, die noch häufiger in dem Buch angedeutet wird), und eine Strategie des arbeitsteiligen-kooperativen Reformbündnisses à la Gerhard Schröder. Natürlich mit den entsprechenden Koalitionspartnern: Die Gesamtintegratoren bevorzugten keinen, die Minimalisten *schwarz-rot*, die Reformbündler *rot-grün*. Warum nicht anders herum, fragt man sich: Ließe sich Oskar Lafontaines wirtschaftlicher Kurs nicht auch als ein Kurs der reduzierten Ansprüche bezeichnen, Gerhard Schröder als Gesamtintegrator angesichts seines Wahlkampfes in Niedersachsen, und plädierte Scharping nicht im Regierungs-Programm für ein Reformbündnis? Doch es scheint den Autoren vor allem daran gelegen, die Linie Schmidt-Scharping aufzubauen.

Nicht die einzige Schlagseite: Ärgerlich ist, wenn ohne Belegstück mitgeteilt wird, daß »Scharping [...] nicht nur Ausdruck und Verstärker eines Rechtsrucks der Partei«, sondern »auch einige offenbar strukturelle Schwächen der postmaterialistischen Linken« kompensiere. Diese postmaterialistische Linke wird im folgenden näher betrachtet: Sie erweist sich nach den Untersuchungsergebnissen der Autoren als diffuse Gruppe. In einem Exkurs wird festgestellt, daß sie am weitesten links stünden. Das läßt sich durch die beigegefügte Tabelle nicht beweisen, in den einzelnen Untersuchungsergebnissen verschwimmt die Trennschärfe zu den

Materialisten. Zudem erweist sich bei genauer Beobachtung der ideellen Postmaterialisten in Gestalt der GRÜNEN, daß sich Postmaterialismus durchaus mit einer politischen Bevorzugung der Bessergestellten verbinden kann (»Ökologische FDP«). Analytisch kurzgegriffen ist es schon, wenn unter diesen Prämissen behauptet wird, »daß sich die politische Linke auf Wählerebene durch die Entwicklung des Postmaterialismus« vergrößert hat.

Der Hort der Linken sei der *Frankfurter Kreis*. Er wird zum Gegenstand einer filigranen Untersuchung. Schwächen werden zwar bei der Linken ausgemacht: Gestaltungsschwäche, Unverbindlichkeit und Selbsttäuschungen. Horst Peters assistierte hier bei der Analyse. Doch zusammen mit der zuvor beschriebenen Einschätzung der Wählerschaft geraten sie zum Hoffnungsschimmer dieser Partei. Scharping sei in der Vergangenheit nur »Mitläufer« gewesen (Rosenbaums Recherchen führten zu anderen Ergebnissen), seine Vorliebe für ökonomisch-soziale Themen bringe ihm zwar Sympathie der gesellschaftspolitischen Linken ein. Inzwischen aber könne man ihn deutlich bei den Seeheimern verorten.

Der *Seeheimer Kreis*, der von seiner Struktur her und seiner Funktion nicht mit dem Frankfurter Kreis verglichen werden kann, wird als scheinbar monolithischer Block dagegen gesetzt, der zwar das intellektuelle Potential nicht vorzuweisen habe, aber in den letzten

Jahren im Aufwind sei. Sie seien die heimlichen Königsmacher (s. o.).

Daß Auf- und Abschwung von politischen Fraktionen etwas mit den Problemen der Bevölkerung zu tun haben, entgeht ihnen. Könnte es sein, daß die Autoren dem Treibhauseffekt des politischen Milieus erlegen sind?

Zweifelsohne, wenn man etwa die schwerwiegende Frage nachlesen darf, ob die SPD eine Regierung des Krisenmanagements oder eine Reformregierung anstrebe und bei ihrer Erörterung die Realität jenseits der Programmatik nur verhalten durchschimmert.

Wer politische Bücher schreibt, will auch eine *message* verbreiten. Etwa die, daß die Linke vor Scharping auf der Hut zu sein habe, daß er die linke Wählerschaft mit seinem Zentrismus, seiner Minimalismusstrategie zu vertreiben drohe und damit die Zukunft dieser Partei und den Wahlsieg gefährde. Dies zu behaupten, ist das Recht der Autoren, das Recht des Lesers ist es, zu widersprechen. Doch kommt diese Botschaft bei Leif und Raschke als Analyse und somit mit dem Anspruch der Objektivität verkleidet daher. Und so bleibt der alte Spruch: »Man merkt die Absicht und ist verstimmt.«

*Thomas Leif / Joachim Raschke: Rudolf Scharping, die SPD und die Macht. Eine Partei wird besichtigt, rororo aktuell, Reinbek bei Hamburg 1994, 256 S., DM 14,90*

Kinder aus Weißrußland im Hof der Mainzer Staatskanzlei

Foto: JOKER/J. Baier



## Zu den Autorinnen und Autoren

JACQUES DELORS, geb. 1925, langjähriger EG-Ratspräsident.

FRANZISKA FITTING, geb. 1955, Kulturredakteurin der Zeitung *metal*.

RÜDIGER GÖRNER, geb. 1957, Professor für Deutsche Literatur an der Aston University/GB.

REGINE HILDEBRANDT, geb. 1941, Sozialministerin des Landes Brandenburg.

CHRISTIAN JÜRGENS, geb. 1969, Literaturwissenschaftler und Philosoph, lebt in Hamburg.

CARL-WILHELM MACKE, geb. 1950, lebt als freier Publizist in München.

MARGARITA MATHIOPOULOS, geb. 1957, Politikwissenschaftlerin und Publizistin, lehrt Amerikanische Außenpolitik und Internationale Beziehungen an den Universitäten Hannover und Braunschweig.

EBERHARD MOTHS, geb. 1941, publizierte zahlreiche Texte über sozialökonomische Themen, lebt in Bonn.

LUTZ RATHENOW, geb. 1952, Schriftsteller, lebt in Berlin.

MEINHARD RAUCHENSTEINER, geb. 1970, Philosoph und Verlagslektor, lebt in Wien.

GABRIELE RÖTHEMEYER, geb. 1947, freie Dramaturgin und Dokumentarfilmerin.

RUDOLF SCHARPING, geb. 1947, seit 1991 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. SPD-Vorsitzender.

DIETMAR SCHILLER, geb. 1965, Politologe, lebt in Berlin.

WOLFGANG SCHROEDER, geb. 1960, Grundsatzreferent bei der IG METALL in Frankfurt a. M.

FRANZ SOMMERFELD, politischer Korrespondent der BERLINER ZEITUNG.

GÜNTER VERHEUGEN, geb. 1944, seit 1993 Bundesgeschäftsführer der SPD.

FRANZ VRANITZKY, geb. 1937, seit 1986 Bundeskanzler Österreichs.

### IMPRESSUM

#### *Anschrift der Redaktion:*

Godesberger Allee 139  
53175 Bonn  
Tel.: (02 28) 88 35 40-43  
Telefax: (02 28) 88 35 39

#### *Verlag und Anzeigenverwaltung:*

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH  
In der Raste 2  
53129 Bonn  
Tel.: (02 28) 23 80 83  
Telefax: (02 28) 23 41 04  
Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. 1. 1994  
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

#### *Gesamtherstellung:*

satz+druck gmbh, Düsseldorf

#### *Bezugsbedingungen:*

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus; Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.